Universität Augsburg
Philosophisch-Sozialwissenschaftliche Fakultät
Lehrstuhl für Politikwissenschaft
mit Schwerpunkt Friedens- und Konfliktforschung
B.A. Sozialwissenschaften
Betreuer: Dr. Ulrich Roos

Sommersemester 2015
30.04.2015

Bachelorarbeit im Studiengang B.A. Sozialwissenschaften

mit dem Thema

Wahrnehmungsdifferenzen in den internationalen Beziehungen am Beispiel der iranischen Nuklearpolitik

Eine qualitative Analyse

zur Erlangung des akademischen Grades Bachelor of Arts
der Philosophisch-Sozialwissenschaftlichen Fakultät
der Universität Augsburg

Moritz Clauß moritz.clauss@student.uni-augsburg.de

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung....4
2. Fragestellung....7
2.1 Erläuterung der Fragestellung....7
2.2 Relevanz der Forschungsfragen....8
2.3 Auswahl der untersuchten Akteure....9
3. Forschungsstand....11
3.1 Amerikanisch-iranische und israelisch-iranische Beziehungen....11
3.1.1 Allianz mit den USA (1953-1979)....11
3.1.2 Abbruch der amerikanisch-iranischen Beziehungen nach 1979....12
3.1.3 US-Politik im Atomstreit....13
3.1.4 Israelische Politik im Atomstreit....14
3.1.5 Iran und der Nahostkonflikt....16
3.2 Russisch-iranische Beziehungen....17
3.2.1 Nahostpolitik der Sowjetunion....17
3.2.2 Strategische Partnerschaft....17
3.2.3 Russlands Politik im Atomstreit....18
3.3 Deutsch-iranische Beziehungen....19
3.3.1 Kooperation und Austausch (1953-2003)....19
3.3.2 Deutsche Politik im Atomstreit....20
3.4 Iranische (Außen-)Politik....22
3.4.1 Wunsch nach Unabhängigkeit....22
3.4.2 Ziele iranischer Außenpolitik....23
3.4.3 Ziele des Nuklearprogramms....25
3.4.4 Die Rationalität des scheinbar Irrationalen....26
3.4.5 Khamenei, Ahmadinedschad und Rohani....27
4. Theorie & Methodik....30
4.1 Wahrnehmung in der Weltpolitik....30
4.2 Erkenntnistheoretischer Hintergrund....32
4.3 Qualitative Inhaltsanalyse und Grounded Theory....33
5. Forschungsdesign....36
5.1 Analysematerial....36
5.2 Analyseablauf....37
6. Forschungsergebnisse....40
6.1 Iran....40
6.1.1 Kommunizierte Wahrnehmungen....40
6.1.2 Gestaltete Handlungsspielräume....45
6.2 USA....49
6.2.1 Kommunizierte Wahrnehmungen....49
6.2.2 Gestaltete Handlungsspielräume....53

6.3 Russland....55
6.3.1 Kommunizierte Wahrnehmungen....55
6.3.2 Gestaltete Handlungsspielräume....58
6.4 Deutschland....60
6.4.1 Kommunizierte Wahrnehmungen....60
6.4.2 Gestaltete Handlungsspielräume....62
6.5 Israel....64
6.5.1 Kommunizierte Wahrnehmungen....64
6.5.2 Gestaltete Handlungsspielräume....69
6.6 Weitere Beobachtungen....70
6.7 Selbstreflexion....72
7. Abschließende Gegenüberstellung der Ergebnisse....75
8. Literaturverzeichnis....77
8.1 Monographien & Sammelbände....77
8.2 Zeitschriftenartikel, Studien & Paper....78
8.3 Internetquellen....80
8.3.1 Regierungen / Regierungsinstitutionen....80
8.3.2 Medienberichte....81
8.3.3 Wissenschaftliche Online-Beiträge....82
8.4 Analysierte Texte....82
9. Erklärung über die eigenständige Erstellung der Bachelorarbeit....85

1. Einleitung

Im Sommer des Jahres 2002 publizierte eine iranische Oppositionsgruppe Informationen über bis dato geheim gehaltene Nuklearanlagen in Iran. Wenige Jahre später diskutierten selbst Staaten wie Deutschland und Frankreich öffentlich darüber, ob man Iran aufgrund seiner möglicherweise geplanten nuklearen Aufrüstung mit militärischen Maßnahmen drohen solle. BefürworterInnen für dieses Vorgehen finden sich vor allem in Israel, wo von verschiedenen Seiten eine Vernichtung sämtlicher iranischer Atomanlagen gefordert wird (vgl. Brzoska/Neuneck/Meier 2006: 1 ff.).

Dass die Israelis einen solchen Angriff ohne die Unterstützung der USA wagen würden, ist jedoch unwahrscheinlich. Die Vereinigten Staaten wiederum ziehen Präventivangriffe zwar in Erwägung, würden im Vorfeld eines Krieges aber sicherlich nach internationaler Unterstützung suchen (vgl. Rudolf 2012: 5).

Der Konflikt rund um das iranische Nuklearprogramm ist dementsprechend nicht nur ein Streit zwischen Iran und Israel (bzw. den USA). Er ist eine Auseinandersetzung internationalen Ausmaßes.

Die Geheimhaltung der Atomanlagen durch Iran war eine Verletzung des Nichtverbreitungsvertrages (NVV) (vgl. Liebert/Kalinowski 2008: 31). Artikel 3 des NVV sieht vor, dass sich sämtliches Nuklearmaterial weltweit unter der Kontrolle der Internationalen Atomenergieorganisation (IAEO) befinden muss (vgl. Auswärtiges Amt 2014 a: 2 f.). Dies war bei den iranischen Anlagen nicht der Fall. Weiterhin wurden in Iran winzige Mengen hoch angereicherten Urans gefunden, weshalb die Frage im Raum stand, ob auch ein Verstoß gegen Artikel 2 des NVV vorlag (vgl. Liebert/Kalinowski 2008: 31), demzufolge Nichtkernwaffenstaaten keine Kernwaffen herstellen oder kaufen und auch nicht nach Unterstützung für die Herstellung nuklearen Waffenmaterials suchen dürfen (vgl. Auswärtiges Amt 2014 a: 2).

Iran erklärte, dass es sich bei dem hoch angereicherten Uran um eine aus Pakistan eingeschleppte Kontamination handle. Fachleute hielten das für glaubhaft. Auch für den militärischen Schutz mehrerer Anlagen, den Bau eines für die Produktion von Plutonium geeigneten Schwerwasserreaktors und die Geheimhaltungsversuche hatte die iranische Seite laut Liebert und Kalinowski zumindest plausible Erklärungen (vgl. Liebert/Kalinowski 2008: 32).

Aus einem gemeinsamen Dokument der US-Geheimdienste aus dem Jahr 2007 geht zudem hervor, dass Iran sein Kernwaffenprogramm höchstwahrscheinlich im Herbst 2003

beendet und seitdem nicht wieder aufgenommen hat. Die Geheimdienste hielten weiterhin fest, dass das Land frühestens 2009 Material für eine Bombe produzieren könne, stuften dies jedoch als äußerst unwahrscheinlich ein. Mittlerweile überwacht die IAEO alle offiziellen Nuklearmaterialien Irans (vgl. ebd. 32 ff.; National Counterproliferation Center 2007). Einem Bericht der New York Times zufolge bestätigten die US-Geheimdienste 2012 ihre fünf Jahre alte Einschätzung: Dafür, dass Iran eine Atombombe baue, gebe es auch weiterhin keine Beweise (vgl. Mazzetti/Risen 2012).

Seit 2008 stellen BeobachterInnen außerdem ein zunehmend kooperatives und transparenteres Verhalten Irans fest (vgl. Liebert/Kalinowski 2008: 32). Am 24. November 2013 einigte sich das Land mit den UN-Vetostaaten und Deutschland auf ein Übergangsabkommen mit sechsmonatiger Laufzeit (vgl. Süddeutsche Zeitung 2013). Darin verpflichtete sich Iran dazu, keine neuen Anreicherungsanlagen in Betrieb zu nehmen, die Anreicherung von Uran auf über 5% zu stoppen und der IAEO tiefere Einblicke in das Nuklearprogramm zu gewähren. Die EU-3+3[1] setzten als Gegenleistung verschiedene Sanktionen aus und verzichteten darauf, im Zusammenhang mit dem Nuklearprogramm weitere Sanktionen umzusetzen (vgl. Mehr News Agency 2013). Im Juli 2014 wurde das Übergangsabkommen bis zum 24. November desselben Jahres verlängert. Zudem arbeiten die EU-3+3 und Iran an einem endgültigen Papier (vgl. Löwenstein 2014). Die EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton kommentierte die Verlängerung der Verhandlungen damit, dass man zwar „spürbaren Fortschritt in manchen der Themen erreicht und zusammen an einem umfassenden gemeinsamen Aktionsplan gearbeitet“ habe, es aber weiterhin „bedeutende Unterschiede in manchen zentralen Punkten“ gebe (ebd.). Kurz vor Ablauf des Übergangsabkommens wurden Iran weitere sieben Monate Aufschub gewährt. Als Folge der Fristverlängerung forderten Mitglieder der Republikanischen Partei in den USA, die Sanktionen gegen Iran wieder zu verschärfen (vgl. Fischer 2014). Am 2. April 2015 einigten sich die EU-3+3 und Teheran nach einem mehrtägigen Verhandlungsmarathon auf die Eckpunkte für eine abschließende Vereinbarung. Iran wird sein Programm demnach „bis zu 25 Jahre lang internationalen Kontrollen […] unterwerfen“ (Auswärtiges Amt 2015).

1 Die Verhandlungspartner Irans werden als EU-3+3 (gemeint sind die drei EU-Staaten Deutschland, Frankreich und Großbritannien sowie die USA, Russland und China) oder als P5+1 (gemeint sind hier die „permanent five“, die fünf ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates, plus Deutschland) bezeichnet. Ich verwende in dieser Arbeit die Formulierung EU-3+3, mit einer Ausnahme: Nämlich dann, wenn es sich um die Rezeption einer Aussage Dritter handelt und dort die Bezeichnung P5+1 eine zentrale Rolle spielt.

Der ehemalige US-Präsident Bush lehnte Verhandlungen mit Iran während seiner Amtszeit grundsätzlich ab und setzte sich für militärische Drohungen gegenüber Teheran ein (vgl. Rudolf/Lohmann 2010: 5 f.). Für ihn war Iran Teil der „Achse des Bösen“ (vgl. Reissner 2009: 54). PolitikerInnen der Republikanischen Partei sind allerdings nicht die einzigen, die die Verhandlungen mit Iran ablehnen. Israels Ministerpräsident Netanjahu kritisierte das Übergangsabkommen scharf (vgl. Borgstede/Schmitt 2013). 2012 erklärte er vor der UN-Vollversammlung: „Nichts kann unsere gemeinsame Zukunft mehr in Gefahr bringen, als die Bewaffnung des Iran mit atomaren Waffen“ (Netanjahu 2012).

2. Fragestellung

Dass es offensichtlich sich mehr oder weniger stark voneinander abgrenzende Einschätzungen des iranischen Nuklearprogramms und Irans gibt, führt zur Fragestellung, die ich mit meiner Bachelorarbeit beantworten möchte:

> *Wie nehmen Iran, die USA, Russland, Deutschland und Israel die Islamische Republik Iran und die Entwicklungen um das iranische Atomprogramm wahr und welche Handlungsspielräume werden durch die jeweilige Wahrnehmungskommunikation gestaltet?*

2.1 Erläuterung der Fragestellung

Es handelt sich hierbei um zwei aneinander gekoppelte Fragen, die ich kurz näher erläutern möchte. Einerseits geht es mir darum, in meiner Forschung die unterschiedlichen Wahrnehmungen der betreffenden Staaten zu analysieren und differenziert darzustellen. Andererseits will ich darauf aufbauend untersuchen, was diese Beobachtungen für die Praxis – also für den Verlauf des Konflikts – bedeuten.

Mit *Wahrnehmung* meine ich die Perspektive, die die Akteure[2] im internationalen Diskurs einnehmen und vertreten. Dazu gehört, wie die Staaten das Atomprogramm, das Verhalten Irans und Iran selbst interpretieren und bewerten, welche Ursachen für dieses Verhalten sie sehen und wie sie sich dazu positionieren bzw. welche Interessen sie in diesem Zusammenhang artikulieren. In die Analyse eingeflossen sind dabei selbstverständlich nur *kommunizierte Wahrnehmungen*. Perzeptionen, die nicht öffentlich artikuliert werden, entziehen sich der wissenschaftlichen Analysefähigkeit.

Die Bezeichnung *„um das iranische Atomprogramm“* im ersten Teil der Fragestellung verdeutlicht dabei, dass der Fokus dieser Arbeit auf dem Verhalten Irans liegt, ohne jedoch die Reaktionen anderer Staaten auf das Atomprogramm sowie die Verhandlungen zwischen den EU-3+3 und Iran zu ignorieren.

Weiterhin will ich ausgehend von der Annahme, dass außenpolitische Sprechakte selbst bereits Handlungen darstellen (vgl. u.a. Wiener 2003: 147; Hellmann 2006: 15 f., 220), anhand der analysierten Wahrnehmungen zeigen, welche Handlungsspielräume die Akteure durch den Akt der *Wahrnehmungskommunikation* gestalten. Unter *gestalteten Handlungsspielräumen* verstehe ich die potentiellen Handlungen, die mit einer kommunizierten Wahrnehmung in Verbindung gebracht werden können. Ich betrachte

2 Da ich der Einfachheit halber nur Staaten als Akteure in den internationalen Beziehungen bezeichne und damit immer den Staat als Ganzes – nicht die Personen, die ihn bilden – meine, verzichte ich auf das Gendern dieses Begriffs.

Sprechakte in der Weltpolitik dementsprechend als einen Teil der internationalen Beziehungen, der Wirklichkeiten konstruiert und darauf ausgelegt ist, bestimmte Handlungen vorzubereiten und andere auszuschließen.

2.2 Relevanz der Forschungsfragen

Mit meiner Forschungsarbeit will ich den Konflikt um das iranische Nuklearprogramm möglichst nachvollziehbar und differenziert analysieren und herausarbeiten, welche Entwicklungen von den genannten Staaten vorangetrieben oder ausgeschlossen werden. In den Medien werden wir quasi täglich mit Aussagen von PolitikerInnen konfrontiert, die ausgesprochen unterschiedliche Sichtweisen auf den Atomkonflikt kommunizieren. Ich möchte in meiner Arbeit nicht nur diese Wahrnehmungskommunikationen aufschlüsseln, sondern auch analysieren, was mit ihnen bezweckt wird. Und damit gleichermaßen zeigen, dass diese Aussagen in der Politik oft komplexer sind, als sie im ersten Moment zu sein scheinen.

Betrachtet man beispielsweise die mediale Aufbereitung der oft dramatischen Reden des israelischen Ministerpräsidenten Netanjahu oder der Iraner Khamenei und Ahmadinedschad, so fällt auf, dass die Dramatisierung dieser Inhalte oft aktiv vorangetrieben wird. Eine genauere Analyse, ein Hinterfragen der kommunizierten Wahrnehmungen findet in der Regel nicht oder nur unzureichend statt. Durch die Aufschlüsselung von Wahrnehmungskommunikationen und der dadurch ermöglichten Handlungsspielräume möchte ich deshalb ein Verständnis für die angesprochene Komplexität und für die vielen verschiedenen Interpretationsmöglichkeiten des Konfliktes schaffen. Mit der Analyse der kommunizierten Wahrnehmungen will ich weiterhin zeigen, inwiefern sich das in den Internationalen Beziehungen (IB) lange Zeit kaum beachtete Konzept der Wahrnehmung im Rahmen von IB-Analysen anwenden lässt.

Zusätzliche Relevanz erhalten diese Forschungsfragen aufgrund der großen Bedeutung des Atomkonflikts für die internationale Sicherheit und das globale Nichtverbreitungsregime (vgl. Finger/Hiermann 2006: 1). Meier bezeichnet den Streit um das iranische Atomprogramm als „die größte Herausforderung für internationale Bemühungen, die Proliferation von Nuklearwaffen zu verhindern“ (Meier 2014: 5). Diese Non-Proliferation wird von mehreren Staaten (u.a. von Iran und Indien) kritisch gesehen. Sie vertreten die Ansicht, dass der Atomwaffensperrvertrag die Atomwaffen der USA, Russlands, Chinas, Großbritanniens und Frankreichs legitimiert und diesen Ländern somit einen dauerhaften Sonderstatus in der Weltpolitik einräumt (vgl. Kegley 2009: 441). Unter

PolitikwissenschaftlerInnen wiederum gibt es sowohl GegnerInnen als auch AnhängerInnen des Nichtverbreitungsregimes.

So stellt beispielsweise Schelling fest, dass eine Welt ohne Atomwaffen unsicherer wäre als eine Welt mit Atomwaffen. Sein Kernargument: Wenn wir davon sprechen, ob ein Akteur „die Bombe hat“, geht es dabei weniger um den tatsächlichen Besitz von Kernwaffen als um die Fähigkeit, diese herzustellen. Für eine Welt ohne Atomwaffen würde das aus Schellings Sicht bedeuten, dass alle Staaten Sicherheitspläne hätten, die ihnen erlauben würden, in wenigen Wochen oder Monaten eben diese Waffen zu bauen. Statt einer durch die Verbreitung von Atomwaffen stabilisierten Welt hätte man es in diesem Fall mit einer Welt zu tun, in der jeder jeden ständig kritisch beäugt – immer auf der Lauer, denn ein Akteur könnte im Geheimen die Bombe bauen und dann müssten die anderen Staaten zu ihrer eigenen Sicherheit schnell nachziehen (vgl. Schelling 2009).

Im Gegensatz dazu ist Wilson ein klarer Verfechter der nuklearen Abrüstung. Er denkt, dass der Glaube an den stabilisierenden Effekt von Atomwaffen auf einem großen Irrtum beruht. Nämlich dem Umstand, dass die US-Atombombenabwürfe auf Japan im Zweiten Weltkrieg die japanische Führung zur Kapitulation gezwungen hätten. Ein Mythos, der sich lange gehalten hat. Heute scheint es vielen HistorikerInnen und PolitikwissenschaftlerInnen aber viel wahrscheinlicher, dass die Invasion der Sowjetunion Auslöser für die Kapitulation Japans war. Hieraus leitet Wilson ab, dass Atomwaffen trotz ihres großen Zerstörungspotentials keine Kriege entscheiden. Das und die Tatsache, dass die Welt im Kalten Krieg nur knapp einem nuklearen Desaster entgangen ist, bestätigt aus seiner Sicht die Logik des Nichtverbreitungsregimes (vgl. Wilson 2013).

Die vielen verschiedenen Argumente im Diskurs um die Non-Proliferation einerseits und die Brisanz des Atomkonflikts andererseits sind für mich somit weitere Gründe, eben diesen Konflikt mithilfe meiner Forschungsfragen aufzuschlüsseln, damit die LeserInnen dieser Arbeit sich ein umfassendes Bild von den Entwicklungen im Nuklearkonflikt machen können und gleichzeitig einen Überblick darüber bekommen, welche Interessen und Ziele die genannten Staaten verfolgen.

2.3 Auswahl der untersuchten Akteure

Nach dem Abschnitt zur Relevanz meiner Forschungsfragen möchte ich nun noch die Wahl der fünf genannten Staaten – Iran, USA, Russland, Deutschland und Israel – begründen.

Eine diplomatische Lösung des Atomkonflikts ist ohne aktives Mitwirken Irans nicht möglich, weshalb die Selbstwahrnehmung Teherans eine entscheidende Rolle spielt. Die USA und Deutschland wiederum sind beide an den Verhandlungen mit Iran beteiligt, wobei BeobachterInnen der BRD als einzigem Nicht-Atomwaffenstaat der EU-3+3 eine besondere Glaubwürdigkeit in Bezug auf das Nichtverbreitungsregime zuschreiben (vgl. Meier 2014: 32). Hinzu kommt, dass Deutschland im Gegensatz zu den USA ein vergleichsweise gutes Verhältnis zur Islamischen Republik Iran pflegt, das auf eine jahrzehntelange Kooperation in den Bereichen Bildung und Wirtschaft zurückblicken kann (vgl. Auswärtiges Amt 2014 b).

Russland wiederum kooperiert noch intensiver als die Bundesrepublik mit Iran, wobei hervorzuheben ist, dass Moskau und Teheran teilweise identische regionale Interessen vertreten und sich bei deren Durchsetzung gegenseitig helfen (vgl. Adomeit 2007: 5 f.). Gleichzeitig unterstützt Moskau allerdings als Mitglied der EU-3+3 die Sanktionen gegen Iran, woran sich ablesen lässt, dass auch in den russisch-iranischen Beziehungen ernstzunehmende Differenzen zwischen beiden Staaten bestehen (vgl. Katz 2008: 203 f.).

Israel wiederum lehnt den Verlauf der Verhandlungen mit Iran strikt ab. Die Betrachtung der israelischen Sichtweise ermöglicht es folglich, den Gegenpart zur iranischen Politik aufzugreifen. Die USA, Deutschland und Russland befinden sich somit zwischen zwei Polen. Alle drei Staaten haben dabei eine grundlegende Verbundenheit mit Israel, sind jedoch gleichzeitig auch an den von der israelischen Regierung kritisierten Verhandlungen mit Iran beteiligt.

3. Forschungsstand

Im Folgenden wird der Forschungsstand der Bachelorarbeit dargestellt. Dieser Abschnitt der Arbeit beschäftigt sich mit der iranischen Außenpolitik und den Beziehungen zwischen Iran und Deutschland, Israel, den USA und Russland. Selbstverständlich handelt es sich dabei nicht um eine objektive Darstellung der Ereignisse. Die Entwicklungen und Positionen werden jedoch von möglichst vielen Seiten beleuchtet, so dass keine einseitige Darstellung entsteht.

Da konkrete IB-Wahrnehmungsanalysen bisher die Ausnahme bilden, gehe ich im Forschungsstand intensiv auf die Ausgestaltung der Beziehungen zwischen den Staaten und den damit zusammenhängenden Interessen ein. Auch deshalb, weil ich der Analyse ein besseres Verständnis der zwischenstaatlichen Beziehungen voranstellen möchte. Im Kapitel zur Analyse zeige ich dann, inwiefern diese Entwicklungen und Interessen sich mit den Wahrnehmungskommunikationen der Staaten und den dadurch gestalteten Handlungsspielräumen decken.

3.1 Amerikanisch-iranische und israelisch-iranische Beziehungen

Den Anfang machen die USA und Israel. Ihre Konflikte mit Iran bestehen nicht erst seit der Aufdeckung des iranischen Nuklearprogramms. Trotzdem sind sie vergleichsweise jung.

3.1.1 Allianz mit den USA (1953-1979)

Mitte des vergangenen Jahrhunderts bildeten Iran und die USA eine Allianz (vgl. Hunter 1990: 102). Diese lässt sich auf den Sturz des demokratisch gewählten iranischen Premierministers Mohammed Mossadegh im Jahr 1953 zurückführen, an dem die Geheimdienste CIA und MI6 beteiligt waren (vgl. Kinzer 2009: 27 ff.). Die Mitwirkung der Geheimdienste am Putsch war lange Zeit ein offenes Geheimnis, wurde jedoch erst 60 Jahre später offiziell bestätigt (vgl. Byrne 2013). In einem 2013 veröffentlichten und zuvor als „Top Secret“ eingestuften CIA-Dokument mit dem Titel „Campaign to Install Pro-Western Government in Iran“ ist die Rede von „legalen“ oder „quasi-legalen“ Methoden, die den Fall Mossadeghs zur Folge haben sollen. Ziel war demnach – wie seit Jahrzehnten vermutet – die Installation einer pro westlichen Regierung unter der Leitung des Schahs (vgl. National Security Archive 2013: 1).

Der Plan ging auf, doch die Einmischung der USA und Großbritanniens in die iranische Innenpolitik war nur kurzfristig erfolgreich. Nach 1953 machte der Schah sich und das Land stark vom Westen (vor allem von den USA) abhängig. Laut Steinbach schadete dies nicht nur intensiv den Beziehungen zu arabischen Nachbarstaaten, sondern sorgte zudem in Teilen der Bevölkerung für ein Ohnmachtsgefühl gegenüber dem Westen (vgl. Steinbach 1981: 22 f.).

Neben der Allianz mit den USA unterstützte Iran in dieser Zeit auch Israel. Zum einen, weil die USA dies ebenfalls taten, zum anderen, weil das iranische Regime den israelischen Staat als Verbündeten gegen die Sowjetunion ansah. Die regionale Isolation Israels und Irans, zweier nicht arabischer Staaten im Mittleren Osten, förderte diese Kooperation zusätzlich (vgl. Hunter 1990: 102 ff.; Kaye et al. 2011: 9-14), da die Zusammenarbeit mit Israel die Position Irans gegenüber den arabischen Nachbarn stärkte (vgl. Alaolmolki 1991: 178; Kaye et al. 2011: 14). Der israelisch-ägyptische Friedensvertrag und die Islamische Revolution führten dann jedoch dazu, dass sich beide Länder mit der Zeit voneinander abwandten (vgl. Hunter 1990: 104).

3.1.2 Abbruch der amerikanisch-iranischen Beziehungen nach 1979

1979 kam es in Iran zur besagten Islamischen Revolution, die den Shah Mohammad Reza Pahlavi stürzte und damit die Monarchie beendete. Nach inneren Richtungskämpfen wurde Iran zur Islamischen Republik. In den folgenden zwei Jahren fand eine Bekämpfung der säkularen und linken Kräfte im Land statt, aus der diese Bewegungen stark geschwächt hervorgingen (vgl. Hunter 1990: 1).

Die Revolution markierte einen Wendepunkt in den Beziehungen des Landes zu Israel und den Vereinigten Staaten (vgl. Hunter 1990: 2). In Folge des Sturms auf die US-Botschaft in Teheran und der über ein Jahr andauernden Geiselnahme von US-BürgerInnen beendeten die USA den amerikanisch-iranischen Austausch. Wirtschaftskontakte blieben jedoch weiter bestehen. Bis Mitte 2012 nahmen die Vereinigten Staaten Nahrung und Medizin von den Sanktionen gegen Iran aus. In den Jahren nach der Revolution waren die Staaten zudem der größte Erdöl-Abnehmer Irans (Posch 2013: 16 f.). Politisch hatte Washington jedoch das Ziel, Teheran zu isolieren (vgl. Reissner 2009: 53). Seit Mitte der 1980er gehörte das Land für die USA zur Gruppe der „Schurkenstaaten“ (vgl. Rudolf/Lohmann 2010: 7).

Im Fall der iranisch-israelischen Beziehungen erkannte auch das neue Regime den Wert Israels als Gegengewicht zu den arabischen Nachbarn – vor allem zu Irak. Auch Israel nahm sich überschneidende Interessen der beiden Staaten wahr. Im ersten Golfkrieg ver-

sorgten die Israelis die Islamische Republik deshalb mit Waffen. Gleichzeitig begann die iranische Führung in dieser Zeit jedoch, öffentlich gegen Israel zu predigen. Durch die anti-israelische Rhetorik versuchte Iran, ein Bild des Widerstands zu zeichnen und seine Isolation im arabischen Raum aufzulösen (vgl. Kaye et al. 2001: 14 f.).

3.1.3 US-Politik im Atomstreit

Die Vereinigten Staaten unter Präsident Bush sahen Iran und das Nuklearprogramm als Bedrohung für einen stabilen Mittleren Osten. International setzten sich die USA deshalb für harte Sanktionen und militärische Drohgebärden gegen Teheran ein (vgl. Rudolf/Lohmann 2010: 5 f.). Seit 2002 zählte Bush Iran zur „Achse des Bösen“ (vgl. Reissner 2009: 54). Washington lehnte es zudem ab, Gespräche mit Teheran zu führen, weil die Führung der Islamischen Republik im Fall von Verhandlungen eine parallele Fortsetzung des Nuklearprogramms voraussetzte. Die Bush-Regierung befürchtete, Iran könne die Zeitspanne der Gespräche nutzen, um das Programm weiter voranzutreiben. 2005 gelang es den europäischen Staaten zwar, die USA an den Verhandlungstisch zu bringen. Doch auch dieser Schritt konnte Rudolf und Lohmann zufolge nicht mehr verhindern, dass die amerikanische Iranpolitik mit ihrem Fokus auf Drohungen und Sanktionen gegen Ende der Ära Bush vollkommen festgefahren war (vgl. Rudolf/Lohmann 2010: 7 f.).

Unter Bushs Nachfolger Obama änderte sich die Wahrnehmung des nuklearen Bedrohungsszenarios anscheinend nicht. Wohl aber der politische Umgang damit, weshalb BeobachterInnen den Regierungswechsel in den USA als Chance für eine friedliche Lösung des Konflikts sehen (vgl. Reissner 2009: 53). Die Obama-Regierung erkannte demnach, dass der starke Druck von außen das Nuklearprogramm nicht stoppen konnte – und gleichzeitig das Regime in Teheran stärkte (vgl. Rudolf/Lohmann 2010: 5). Sie nahm außerdem Abstand vom stark vereinfachenden Gut-Böse-Schema, das unter Präsident Bush quasi-religiöse Ausmaße angenommen hatte (vgl. Reissner 2009: 53) und verfolgt BeobachterInnen zufolge einen Kurs der „ausgestreckten Hand“, mit dem sie in Iran einen Wandel herbeiführen will. Die Islamische Republik wiederum ging anfangs nur zögernd auf diese Veränderung ein (vgl. Rudolf/Lohmann 2010: 8). Damit beendete Barack Obama eine 30 Jahre dauernde Ära, in der die USA und Iran keine diplomatischen Beziehungen miteinander gepflegt hatten (vgl. Perthes 2009: 3).

Ziel dieser veränderten US-Außenpolitik ist es wohl, dem in Iran vorherrschenden Feindbild USA den Wind aus den Segeln zu nehmen und gleichzeitig positive Anreize zur Kooperation zu setzen. Dabei geht die Obama-Regierung äußerst behutsam vor und

versucht möglichst zu verhindern, dass die eigene Politik als direkte Einmischung in die Innenpolitik Irans gesehen werden könnte, oder gar der Eindruck entsteht, die USA würden einen Systemwechsel in Iran herbeiführen wollen. Nichtsdestotrotz sind auch Sanktionen weiterhin Teil amerikanischer Iranpolitik. Sie sollen die Kosten für das Nuklearprogramm in die Höhe treiben und Teheran so zum Umdenken bewegen. Auch ein militärisches Eingreifen behält sich die US-Regierung weiterhin vor – es gilt jedoch als allerletztes Mittel (vgl. Rudolf/Lohmann 2010: 9 ff., 24, 29). Falls die diplomatische Politik scheitert, dürfte der Druck auf die EU allerdings groß sein, ein etwaiges militärisches Vorgehen der USA gegen Iran zu unterstützen oder dem zumindest nicht im Wege zu stehen (vgl. Reissner 2009: 52).

Washington hat weiterhin das Ziel, den Mittleren Osten zu stabilisieren. Ein Krieg mit Iran hätte hingegen eher einen Anstieg der Instabilität zur Folge (vgl. Nirumand 2008: 24). Ein nuklear bewaffneter Iran wiederum würde die Handlungsfreiheit der USA im Mittleren Osten einschränken (vgl. Kroenig 2012: 78).

Zu guter Letzt werden den USA auch ökonomische Interessen zugeschrieben: Im Kriegsfall hätte Iran beispielsweise die Möglichkeit, die Straße von Hormuz zu blockieren, über die etwa 20% des weltweiten Öltransfers abgewickelt werden. Dies könnte den Erdölpreis nach Stand 2012 auf ein Rekordniveau von bis zu 200 US-Dollar pro Barrel anheben (vgl. Bock 2012 a: 84 f.). Hinzu kommt, dass sich ein großer Teil der weltweiten Ölreserven am Persischen Golf befindet. Iran war bereits vor über 20 Jahren einer der größten Ölproduzenten der Welt (vgl. Alaolmolki 1991: 4-30) und verfügt heutzutage über die zweitgrößten Öl- und Gasreserven weltweit, weshalb das Land für energieintensive Staaten eine große Rolle spielt (vgl. Perthes 2009: 3). Zwar geht die Menge des importieren Öls in den USA seit Jahren zurück, aber aktuell kann noch nicht einmal ansatzweise von einer Unabhängigkeit von Ölimporten die Rede sein (vgl. U.S. Energy Information Administration 2014).

3.1.4 Israelische Politik im Atomstreit

Die von den USA, Russland, China und den EU-3 geführten Verhandlungen mit Iran lehnt Israel ab. Der israelische Ministerpräsident Netanjahu verurteilte beispielsweise das Übergangsabkommen und erklärte nach dessen Abschluss:

> „Heute ist die Welt sehr viel gefährlicher geworden, weil das gefährlichste Regime der Welt einen wichtigen Schritt in Richtung des Besitzes der gefährlichsten Waffe der Welt gemacht hat […].“ (Netanjahu, Benjamin; zitiert nach Borgstede/Schmitt 2013)

In seiner Rede vor der UN-Vollversammlung im Jahr 2012 bezeichnete Netanjahu Iran zudem als Macht des Mittelalters und erklärte: „Nichts kann unsere gemeinsame Zukunft mehr in Gefahr bringen, als die Bewaffnung des Iran mit atomaren Waffen“ (Netanjahu 2012). Den ehemaligen Präsidenten Irans, Ahmadinedschad, verglich Netanjahu mit Adolf Hitler (vgl. Gassel 2008: 8).

BeobachterInnen sehen dementsprechend eine veränderte Wahrnehmung in der israelischen Regierung, die sich im vergangenen Jahrzehnt etabliert hat. Die zuvor trotz ihrer anti-israelischen Rhetorik als pragmatisch betrachtete iranische Führung entwickelte sich im Zuge des Atomstreits zum Hauptrivalen Israels. Hierfür gibt es mehrere Gründe: 2002 wurden die Existenz der geheimen iranischen Nuklearanlagen bekannt, 2003 verschwand im Zuge des Irakkriegs Saddam Hussein, der gemeinsame Feind Israels und Irans, von der Bildfläche. Die politischen Eliten Israels sahen in Iran dadurch immer mehr einen Rivalen, der eine Hegemonie im Mittleren Osten anstrebt und den Einfluss des Westens (vor allem der USA) in der Region unterminieren möchte (vgl. Kaye et al. 2011: 19-26).

Interessanterweise teilen nicht alle staatlichen Akteure in Israel die Einschätzung der führenden PolitikerInnen. Einem Bericht der Washington Post zufolge besteht zwischen den Geheimdiensten und der Regierung keine Einigkeit über die Einordnung Irans (vgl. Brulliard 2012). Die israelische Zeitung Haaretz zitierte Yuval Diskin, den ehemaligen Chef des israelischen Geheimdienstes Schin Bet, mit der Aussage:

> „They [Anm.: die israelische Führung] are misleading the public on the Iran issue. They tell the public that if Israel acts, Iran won't have a nuclear bomb. This is misleading. Actually, many experts say that an Israeli attack would accelerate the Iranian nuclear race […].“ (Diskin, Yuval; zitiert nach Ravid 2012)

Diskin räumt somit die Möglichkeit ein, dass Iran sich nuklear rüstet, wendet sich aber gleichzeitig gegen einen militärischen Eingriff Israels – genau dieser wird von der israelischen Regierung jedoch immer wieder ins Spiel gebracht (vgl. Brzoska et al. 2006: 1 ff.). Zuvor hatte bereits der ehemalige Chef des Mossad, Meir Dagan, in einem Interview erklärt, ein Angriff auf Iran könne ein eventuelles iranisches Atomprogramm nicht stoppen, hätte aber einen regionalen Krieg zur Folge, von dem man nicht wisse, wohin er führe (vgl. CBS News 2012).

Eine Minderheit der israelischen Eliten – vorwiegend aus den Reihen der Geheimdienste – sieht das iranische Regime außerdem nicht als (rein) ideologischen, sondern als

komplexen Akteur, der von nationalen Interessen und dem eigenen Überlebenswillen geleitet wird (vgl. Kaye et al. 2011: 30 f.).

Die Regierung Israels hingegen nimmt die anti-israelische Rhetorik Teherans mittlerweile sehr ernst. Sie hält Iran für einen Akteur, der – sollte er an Atomwaffen gelangen – diese tatsächlich gegen Israel einsetzen könnte (vgl. ebd.). 2007 zog sie deshalb bereits einen Militärschlag gegen Iran in Erwägung. US-Präsident Bush versagte jedoch die Unterstützung der Vereinigten Staaten. Der Grund: Ein solcher Angriff sei ineffizient und habe eine destabilisierende Wirkung auf den Nahen Osten (vgl. Nirumand 2008: 24). Kroenig hingegen stützt mit seinem Artikel „Time to Attack Iran“ Netanjahus Anliegen. Er impliziert darin mit der Aussage „Strike now or suffer later“, dass ein militärisches Eingreifen der USA die einzige Lösung sei, um Schlimmeres zu verhindern. Seine Argumentation verläuft jedoch teils widersprüchlich: Aus Kroenigs Sicht waren die bisherigen Informationen der US-Geheimdienste und der IAEO in Bezug auf das iranische Atomprogramm sehr zuverlässig, weshalb bei einem Militärschlag höchstwahrscheinlich sämtliche relevante Anlagen vernichtet würden (vgl. Kroenig 2012: 79, 85 f.). Dies steht im Widerspruch zur Annahme eben dieser Geheimdienste, dass das militärische Nuklearprogramm von Teheran höchstwahrscheinlich 2003 eingestellt wurde. Weiterhin nennt Kroenig keinen Grund, warum ein nuklear bewaffneter Iran für die USA eine größere Bedrohung sein sollte, als andere Staaten mit Kernwaffen – beispielsweise Nordkorea.

3.1.5 Iran und der Nahostkonflikt

Die iranisch-israelischen Beziehungen sind nicht nur aufgrund des iranischen Nuklearprogramms sehr angespannt. BeobachterInnen zufolge versucht Iran seit längerem, sich als der islamische Staat zu präsentieren, der die PalästinenserInnen am meisten unterstützt. Der iranischen Führung scheint dabei durchaus bewusst zu sein, dass diese Unterstützung eine Gratwanderung darstellt. Um einen israelischen Angriff nicht zu provozieren, vermeidet Teheran deshalb, direkt in den Nahostkonflikt einzugreifen – es bleibt bei Worten, Diplomatie und indirekter Unterstützung (vgl. Nirumand 2008: 22 ff.). Tatsächlich werden die Beziehungen Irans zur Hisbollah im Libanon als gut, der Einfluss Teherans auf die Palästinensischen Gebiete hingegen eher als gering eingeschätzt. Dass Iran Erfolge der Hamas positiv bewertet und als Beleg für den Aufstieg des Islamismus sieht, dürfte für Israel allerdings tatsächlich ein Problem darstellen. Auch deshalb, weil durch den internationalen Boykott der Hamas-Regierung der Einfluss Irans zunimmt, da

dadurch selbst gemäßigte palästinensische Kräfte auf materielle Unterstützung aus Teheran angewiesen sind (vgl. Perthes 2009: 5).

Auf israelischer Seite wiederum lässt sich in den vergangenen 20 Jahren ein Argumentationswechsel beobachten: Mitte der 1990er ging die Regierung Israels davon aus, dass ein Frieden mit den PalästinenserInnen die angespannten Beziehungen zu Iran positiv verändern könne. Als eine Einigung im Nahostkonflikt um die Jahrtausendwende wieder in weite Ferne rückte, drehte Israel diese Argumentation um: Nun galt der Frieden mit Iran, dem Unterstützer der Hamas, als Voraussetzung für die Lösung des Nahostkonflikts. Eine Sichtweise, der vorgeworfen wurde, dass sie Iran als Ausrede nutze, um keine Lösung im Nahostkonflikt erreichen zu müssen (vgl. Kaye et al. 2011: 21 ff.).

3.2 Russisch-iranische Beziehungen

Genau wie die israelisch-iranischen und die amerikanisch-iranischen Beziehungen waren auch die Beziehungen zwischen Russland und Iran in der Vergangenheit immer wieder starken Spannungen unterworfen.

3.2.1 Nahostpolitik der Sowjetunion

Nach dem zweiten Weltkrieg war russische Nahostpolitik vor allem darauf bedacht, die amerikanische Containment-Politik gegenüber der Sowjetunion abzuwehren – ihr Ziel war, Gefahren aus dem Süden einzudämmen und westliche Positionen in der Region zu schwächen (vgl. Khasan 1998: 84). Für die Sowjetunion bildete Iran dabei eine Art Bollwerk zwischen sowjetischem Boden und arabischen Ländern (vgl. Steinbach 1981: 21, 26 f.). Gleichzeitig war die Politik der UdSSR im Mittleren Osten zumindest zum Teil ideologischer Natur (vgl. Freedman 2001: 58) und sollte eine anti-imperialistische arabische Gemeinschaft anstoßen. Nach ihrem Zusammenbruch hat sich die russische Nah-Ost-Politik jedoch drastisch verändert (vgl. Freedman 1997: 1 ff.).

3.2.2 Strategische Partnerschaft

Nach dem Ende des Kalten Krieges hatte Moskau ein grundlegendes Problem: Weder wirtschaftlich noch militärisch hatte Russland besonderen Einfluss in der Welt. Die Russische Armee war schlecht aufgestellt, die Verteidigungsmechanismen standen plötzlich in neu gegründeten Staaten und waren somit nutzlos, die russische Wirtschaft befand sich im Abstieg und die Infrastruktur des Landes verschlechterte sich zusehends (vgl. Freedman 2001: 58 f., 63 f.). Die russische Regierung war somit großem sozialen, politischen und ökonomischen Druck ausgesetzt (vgl. Khasan 1998: 84).

Gleichzeitig sah sich Russland nach dem Fall des Eisernen Vorhangs einem wieder erstarkenden Islam, beispielsweise in Aserbaidschan und in Tadschikistan gegenüber. Moskau hielt zu dieser Zeit eine von Teheran ausgehende Islamisierung der Region für möglich und beobachtete außerdem, wie die USA und die Nato ihren Einfluss im Mittleren Osten zu steigern versuchten (vgl. Freedman 2001: 58 f.). Hiro bezeichnete die Iranpolitik 1995 deshalb als wichtigen Testfall für Staaten wie Russland und China, um ihre Unabhängigkeit von den Vereinigten Staaten zu demonstrieren (vgl. Hiro 1995: 1662).

Die russische Regierung dürfte das ähnlich gesehen haben. Jedenfalls begann sie trotz – bzw. gerade wegen – ihrer Ablehnung des Islamismus, wirtschaftlich und politisch mit Iran zu kooperieren. Moskau wollte so seine Macht am Persischen Golf ausbauen und dadurch mehr Einfluss in der gesamten Region gewinnen (vgl. Freedman 2001: 58 f.). Iran war für Russland zu dieser Zeit der wohl wichtigste Staat im Mittleren Osten (vgl. Freedman 1997: 1-7). Russland lieferte unter anderem Militärequipment und Nuklearreaktoren an die Islamische Republik und lockerte somit teilweise seine eigenen wirtschaftlichen Probleme (vgl. Freedman 2001: 66). Zudem achtete die iranische Führung im Zuge der Kooperation behutsam darauf, Russland nicht zu verstimmen und unterstützte keine islamischen oder islamistischen Bemühungen an Russlands Grenzen. 1995 sprach der russische Botschafter in Teheran deshalb von einer strategischen Beziehung beider Staaten (vgl. Freedman 1997: 1-7).

Um die Jahrtausendwende ging Moskau davon aus, dass ein friedlicherer Mittlerer Osten den Frieden im Kaukasus und in Zentralasien begünstigen würde und zur Deradikalisierung Teherans beitragen könne. Die Kooperation mit Iran ist für Russland somit von wirtschaftlicher und sicherheitspolitischer Bedeutung. Die Beziehungen zu Teheran wirken anti-isolierend und halten etwaige islamistische Einflüsse Irans aus dem Kaukasus heraus (vgl. Khasan 1998: 99).

3.2.3 Russlands Politik im Atomstreit

Noch vor wenigen Jahren lehnte Russland Sanktionen gegen Iran gänzlich ab. Obwohl Moskau bereits zu dieser Zeit teilweise dieselben Ziele wie die USA verfolgte, wendete sich Putins Regierung gegen eine harte Gangart gegenüber Teheran. Trenin ging 2006 deshalb davon aus, dass Moskau einen nuklear aufgerüsteten Iran einem Angriff der USA vorziehen würde (vgl. Trenin 2006: 92 ff.).

Nichtsdestotrotz will Putin verhindern, dass Iran in den Besitz von Kernwaffen gelangt. Doch gleichzeitig sieht Moskau Teheran auch weiterhin als wichtigen Stützpfeiler, der

Russland dabei hilft, seinen Einfluss im Mittleren Osten zu steigern und den Einfluss der USA in der Region einzudämmen. Die Zusammenarbeit zwischen den beiden Akteuren wurde im Atomkonflikt deshalb nicht beendet: Russland kooperiert mit Iran mitunter beim Bau von Atomkraftwerken, im Bereich der Erdölförderung oder in der Weltraumforschung. Allerdings nie in unbeschränktem Umfang, um die USA nicht zu stark zu verärgern (vgl. Adomeit 2007: 5 f.). Die Kooperation beider Staaten verläuft zudem nicht problemlos: Sowohl Russland als auch Iran sind immer wieder von der mangelnden Kooperationsbereitschaft des jeweils anderen frustriert (vgl. Katz 2012: 54).

Nixey beschreibt die russische Politik im Atomkonflikt dementsprechend als eine Politik des *Balancing*. Demnach hat Moskau weder ein Interesse an einem nuklear bewaffneten Iran, noch am Ende des Atomprogramms. Hätte Iran Atomwaffen, wäre das Land eine Bedrohung für Russland und ein gefährlicher Konkurrent im Mittleren Osten. Ein durch die USA und Israel geschwächter Iran würde hingegen zu einer Destabilisierung der Region beitragen. Beides ist nicht in Moskaus Sinne. Der ökonomische und politische Anreiz mit Teheran zu kooperieren ist für Russland somit nach wie vor groß, aber er hat seine Grenzen (vgl. Nixey 2010: 7 ff.). Als Mitglied des UN-Sicherheitsrats hat Russland Iran nach eigener Auffassung zwar gemeinsam mit China immer wieder vor schärferen Sanktionen geschützt. Aber nichtsdestotrotz unterstützt Moskau Sanktionen gegen und Forderungen an Iran. Mittlerweile sieht es deshalb ganz danach aus, als würde auch Russland unbedingt einen nuklear gerüsteten Iran verhindern wollen (vgl. Katz 2008: 203 f.).

3.3 Deutsch-iranische Beziehungen

3.3.1 Kooperation und Austausch (1953-2003)

Die Bundesrepublik Deutschland unterhält seit 1952 diplomatische Beziehungen zu Iran (vgl. Auswärtiges Amt 2014 b). 1957 besuchte Bundeskanzler Adenauer und 1963 Bundespräsident Lübke das Land. Vor allem Lübkes Besuch wurde dabei als Bestätigung der innigen Verbundenheit beider Staaten gewertet. Bonn und Teheran unterhielten jedoch nicht nur gute politische Beziehungen. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs stiegen die Exporte deutscher Unternehmen nach Iran Jahr für Jahr an. Als sich die finanzielle Lage Irans durch einen Ausfall von Erdöleinnahmen rapide verschlechterte, leistete Deutschland 1954 zudem Entwicklungshilfe und entsandte Wirtschaftsdelegationen, um den Handel zwischen beiden Ländern weiter anzukurbeln (vgl. Ansari 1967: 42

ff., 72 ff., 95-99, 119 f.). Auch im Bildungsbereich arbeiteten beide Staaten zusammen (vgl. Auswärtiges Amt 2014 b).

Nach der Islamischen Revolution erhielt die deutsch-iranische Partnerschaft dann einen deutlichen Dämpfer. Trotz der angespannten Lage führten die Bundesrepublik und Iran ihre Beziehungen jedoch auch nach 1979 fort. Das Auswärtige Amt beschreibt die Zusammenarbeit beider Staaten im kulturellen Bereich nach wie vor als gut. Vor den Sanktionen gegen Iran exportierten deutsche Unternehmen zudem jährlich Waren im Wert von mehreren Milliarden Euro in die Islamische Republik (vgl. Auswärtiges Amt 2014 b).

In den 1990ern formulierte der ehemalige Außenminister Klaus Kinkel für die deutsche Iranpolitik die Strategie der „Nicht-Ausgrenzung“, die eine Isolation Irans und somit eine Eskalation der Beziehungen zwischen Teheran und dem Westen verhindern sollte. Diese Politik stand im Widerspruch zur amerikanischen Exklusionsstrategie (vgl. Reissner 2009: 51).

Als ressourcenarmes Land, das 83% des Gas- und ganze 97% des Ölbedarfs durch Importe deckt, hat die Bundesrepublik dabei höchstwahrscheinlich ein großes Interesse an Öl- und Gaslieferungen aus dem Mittleren Osten. Mittelfristig ist die Energieversorgung Deutschlands zwar gesichert, allerdings verfügt unter den derzeitigen Energielieferanten lediglich Russland über das Potential, die Energieexporte auszuweiten. Die große Marktmacht russischer Unternehmen wird von Deutschland jedoch kritisch gesehen. Die Bundesrepublik hat deshalb ein Interesse an einer Verteilung der Importe auf viele Lieferanten artikuliert, um so für eine langfristige und stabile Energiesicherheit zu sorgen. Wie die USA hat somit auch Deutschland ein energie- bzw. sicherheitspolitisches Interesse an Iran. Hinzu kommt, dass der Mittlere Osten einen schnell wachsenden Markt für Produkte und Dienstleistungen aus Deutschland darstellt (vgl. Hobohm 2009: 66-70). Laut Maull hat die Bundesrepublik zudem prinzipiell ein Interesse an der Demokratisierung und an der Etablierung des Rechtsstaats in anderen Ländern (vgl. Maull 2006: 68-70).

3.3.2 Deutsche Politik im Atomstreit

Deutsche Außenpolitik ist Teil der Außenpolitik der EU, wobei Deutschland im Rahmen der EU-Politik eine einflussreiche Führungsmacht darstellt (vgl. Müller-Brandeck-Bocquet 2012: 16). Dementsprechend ist es kaum verwunderlich, dass Deutschland seinen Kurs im Streit um das iranische Atomprogramm nicht alleine verfolgt.

Im Gegensatz zu den USA haben einige Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (darunter Deutschland) von Beginn an die Gespräche mit der iranischen Regierung gesucht. Washington reagierte äußerst skeptisch auf diese Bemühungen. Bereits 2002 verhandelten die EU und Iran ein Handels- und Kooperationsabkommen. Als Basis der EU-Außenpolitik wird dabei bis heute das Konzept „Wandel durch Annäherung“ gesehen (vgl. Reissner 2009: 51-54).

Seit 2003 versucht Deutschland gemeinsam mit Frankreich und Großbritannien, einen Kompromiss mit Iran im Streit um das Atomprogramm zu finden. Ziel dabei ist, die von einem militärischen Missbrauch der iranischen Nuklearforschung ausgehende Gefahr zu minimieren (vgl. Meier 2014: 7). EU-VertreterInnen beschweren sich dabei seit Beginn der Verhandlungen über das intransparente Vorgehen der iranischen Delegation. Regelmäßige Positionswechsel und sich widersprechende Aussagen ihrer Gegenüber führen bei den EuropäerInnen demnach oft zu Verwirrung (vgl. Vatanka 2008: 2; Posch 2013: 7).

Im Fall erfolgreicher Verhandlungen stellen die europäischen Staaten Iran nicht nur eine Lockerung der Sanktionen in Aussicht. Auch eine engere Zusammenarbeit in den Bereichen Technik und Nuklearforschung, eine Verbesserung der Handelsbeziehungen und die Bereitschaft, die Urananreicherung in Iran dauerhaft zu akzeptieren, liegen im Falle einer langfristigen Lösung auf dem Tisch (vgl. Rudolf/Lohmann 2010: 8).

Aus heutiger Perspektive ist zu vermuten, dass das von Beginn an intensive Engagement der EU-Staaten dazu beigetragen hat, dass ein Angriff auf die iranischen Atomanlagen zwar zur Debatte stand, aber nie durchgeführt wurde. Der Teilerfolg, der nach knapp zehn Jahren errungen werden konnte, kann zudem ebenfalls als Bestätigung der EU-Politik gesehen werden (vgl. Meier 2014: 32).

Deutschlands Vorteil in den Verhandlungen liegt BeobachterInnen zufolge in der Glaubwürdigkeit, mit der die deutsche Politik Atomwaffen weltweit zu verringern sucht (vgl. Meier 2014: 32). Die Bundesrepublik hat – im Gegensatz zu allen anderen Mitgliedern der EU-3+3 – weder selbst Atomwaffen, noch dürfte die deutsche Politik Iran mit militärischen Drohungen oder einer aggressiven Sprache verschreckt oder verunglimpft haben. Die Ausgangsposition des deutsch-iranischen Austauschs ist somit wohl eine bessere als die zwischen Iran und den Vereinigten Staaten.

Nichtsdestotrotz erweckt deutsche Iranpolitik hin und wieder den Eindruck als sei ihr Hauptanliegen, die Vereinigten Staaten, Israel und die deutsche Öffentlichkeit nicht zu verärgern (vgl. Reissner 2009: 57).

3.4 Iranische (Außen-)Politik

Kommen wir nun zu dem Staat, um den sich die gesamte Arbeit dreht: Die Islamische Republik Iran. Im Diskurs um das iranische Atomprogramm werden die Ziele der iranischen Außenpolitik oft missachtet, oder aber sehr reißerisch dargestellt:

> „What does exist is sensationalistic coverage about Iran's nuclear ambitions and about mad mullahs driven by apocalyptic delusions and a martyr complex. That picture suggests that Iran's policy consists of a series of random hit-and-run assaults on U.S. interests and that its leaders, being irrational and undeterrable, must be elimintated by force.“ (Milani 2009: 46)

Tatsächlich hat iranische Außenpolitik ihre eigene strategische Logik, die auf den Zielen und Wahrnehmungen der iranischen Führung basiert (vgl. ebd.).

3.4.1 Wunsch nach Unabhängigkeit

Seit der Revolution besteht in der politischen Elite Irans Einigkeit darüber, dass die Islamische Republik Iran ein unabhängiger und souveräner Staat sowie eine aufsteigende Macht ist, und dass Iran deshalb eine angemessene Behandlung von anderen Staaten verdient (vgl. Perthes 2009: 4 f.). Die Islamische Revolution kann dementsprechend als Antwort auf eine rapide, nicht gern gesehene Verwestlichung mit dem Ziel der vollständigen Unabhängigkeit gesehen werden (vgl. Steinbach 1981: 22 f.; Ben-Meir 2009). Dieser Unabhängigkeitsgedanke ist laut Ben-Meir nicht nur fest in der iranischen Führung, sondern auch in großen Teilen der Bevölkerung verankert (vgl. Ben-Meir 2009).

Das Misstrauen gegenüber anderen Staaten ist dabei keineswegs unbegründet und folgt nicht nur aus den Ereignissen zwischen 1953 und 1979. Denn bereits ab dem 19. Jahrhundert war Iran „Schauplatz von rivalisierenden Auseinandersetzungen zwischen den Großmächten [...]: England, Russland (bzw. seit 1917 die Sowjetunion) und – nach dem Zweiten Weltkrieg – die USA haben Iran aus politischen und wirtschaftlichen Gründen in ihren Einflussbereich zu bringen versucht“ (Steinbach 1981: 21).

Der Versuch der Bush-Regierung, „mit so genannten moderaten arabischen Staaten und Israel eine Allianz gegen Iran zu bilden“, bestätigte aus iranischer Perspektive die Problematik westlichen Einflusses (Perthes 2009: 4). Der ehemalige US-Präsident bezeichnete Iran als Bedrohung für die internationale Sicherheit und sprach sogar von einem „Nuklearen Holocaust“ sowie von einem potentiellen durch Iran ausgelösten dritten Weltkrieg (vgl. Hunter 2010: 13). Auch von Bushs Vorgängern fühlte sich die iranische Führung oft übergangen. Der Grund: Die Vereinigten Staaten schlossen das Land jahr-

zehntelang von ihren regionalen Sicherheitsbemühungen aus. Konferenzen, die den Mittleren Osten betrafen, fanden ohne Iran statt (vgl. Hunter 2010: 50).

Der Wunsch nach Unabhängigkeit Irans hat somit nachvollziehbare Gründe. Ökonomischen und technologischen Fortschritt kann und konnte die Islamische Republik jedoch nie im Alleingang leisten. Westliche Staaten sind deshalb langfristig wichtige (potentielle) Kooperationspartner für Teheran (vgl. Hunter 1989: 144).

In der Praxis ist und war Iran nie unabhängig von anderen Staaten. Nach dem Ersten Golfkrieg hatte das Land ein negatives Wachstum, hohe Arbeitslosigkeit, niedrige Produktionsraten und kaum Investitionen vorzuweisen. Tatsächlich bestand dadurch eine hohe Abhängigkeit von Importen. Die iranische Führung musste mit anderen Staaten kooperieren – und machte eine Politik, die ihren ideologischen Überzeugungen widersprach. Das Ergebnis war eine Entwicklung stabiler Beziehungen, beispielsweise zu Ländern in Europa. Die Europäische Union und Japan waren um die Jahrtausendwende die wichtigsten Handelspartner des Landes. Vor dem Beginn des Atomkonflikts verbesserten sich auch die politischen Beziehungen Irans zu Europa zusehends (vgl. Ehteshami 2002: 289 f.). Die iranische Führung hat dementsprechend wohl längst erkannt, dass die Isolation beendet werden muss. Besondere Erwähnung verdient in diesem Zusammenhang die Aussage des Obersten Rechtsgelehrten Khamenei, der erklärte, er sei der erste, der die Beziehungen zu den USA verbessern würde, wenn dies zum Wohle der iranischen Bevölkerung geschehe (vgl. Vatanka 2008: 1).

3.4.2 Ziele iranischer Außenpolitik

Während westliche Medien häufig das Bild einer ideologisch verkrampften Politik von Teheran zeichnen, attestieren BeobachterInnen dem postrevolutionären Iran eine größtenteils pragmatische Außenpolitik (vgl. u.a. Kamrava 2008: 8; Ehteshami 2002: 284). Das bedeutet: Die Führung Irans hat ein Verständnis von den Fähigkeiten und Bedürfnissen des Landes und sie versucht, ihre Politik danach auszurichten. Auch eine Kooperation mit den USA ist dabei kein Tabuthema. Versuche im Jahr 2002, die Beziehungen zu den USA zu verbessern, wurden von der Bush-Regierung jedoch ignoriert (vgl. Kamrava 2008: 9).

Bei den konkreten Zielen der Außenpolitik Irans gibt es verschiedene Einschätzungen. Ehteshami ging bereits im Jahr 2002 davon aus, dass die Wirtschaftspolitik in der iranischen Außenpolitik eine grundlegende Rolle spielt, während ideologische und strategische Erwägungen in den Hintergrund rücken (vgl. Ehteshami 2002: 305). Kamrava bestätigte diese Einschätzung 2008. Ihm zufolge will die iranische Außenpolitik die Wirt-

schaft stärken und die Isolation des Landes beenden (vgl. Kamrava 2008: 9). Eine starke Ökonomie wird demnach als Grundstein einer politischen Unabhängigkeit Irans gesehen. Der Fokus auf den Ölexport ist für das Land dabei ein zweischneidiges Schwert. Denn einerseits finanziert dieser den Fortschritt. Andererseits begibt sich Iran so jedoch in eine große Abhängigkeit vom Öl (vgl. Ehteshami 2002: 286 ff.). Sanktionen im Bereich des Ölsektors können so zum Problem für das ganze Land werden.

Limbert und Milani wiederum rücken die Sicherheitsinteressen des Landes und der Regierung in den Vordergrund. Sie gehen davon aus, dass ein Ziel der Islamischen Republik das Überleben und ein Ziel der iranischen Elite ihr Machterhalt ist (vgl. Limbert 2009: 163 ff.; Milani 2009: 46). Auch Waltz teilt diese Einschätzung:

> „Despite a widespread belief to the contrary, Iranian policy is made not by 'mad mullahs' but by perfectly sane ayatollahs who want to survive just like any other leaders […].“ (Waltz 2012)

Sowohl die ökonomischen als auch die sicherheitspolitischen Interessen fanden sich vermutlich in einem geheimen Angebot Irans an die USA im Jahr 2003 wieder, auf das die Bush-Regierung nie reagierte. Es wird vermutet, dass Iran darin seine Hilfe bei der Stabilisierung Iraks, das Aussetzen der Urananreicherung sowie eine Verbesserung der iranisch-amerikanischen Beziehungen anbot und im Gegenzug eine Lockerung der Wirtschaftssanktionen sowie eine Sicherheitsgarantie von den USA forderte (vgl. Kamrava 2008: 9).

Viele AnalystInnen haben zudem herausgearbeitet, dass es ein zentrales außenpolitisches Ziel Irans ist, Respekt zu erlangen. Respekt für den Staat, das Volk, die Ressourcen und die historische Bedeutung des Landes (vgl. Limbert 2009: 159).

Nachdem der Respektbegriff in den Internationalen Beziehungen jahrzehntelang so gut wie keine Rolle spielte, zeigt sich hier wohl eine Bestätigung der Forschung Reinhard Wolfs, der das Verlangen von Individuen nach Respekt teilweise auf Staaten überträgt. Beleidigungen und mangelnder Respekt können aus dieser Perspektive helfen, vor allem viele ethnische Konflikte in ihrer Intensität zu erklären (vgl. Wolf 2008: 5 ff., 14 ff.). Bezogen auf den Konflikt mit Iran ist an dieser Stelle eine Umfrage des Gallup-Instituts aus dem Jahr 2005 erwähnenswert. Darin beantworteten 62% der IranerInnen die Frage „Do you believe the Western world respects the Muslim world?“ mit nein (vgl. World Economic Forum 2008: 132 f.). Wie ihre Führung sieht somit die Mehrheit der iranischen Bevölkerung einen Mangel an Respekt der westlichen Staatenwelt gegenüber Iran. Dieser Umstand ist wenig überraschend – und wird noch klarer, wenn man aner-

kennt, dass die Vorstellung einer nationalen Würde „in vielen islamischen Kulturen besonders tief verwurzelt“ ist (Wolf 2008: 29).

Teheran erhebt folglich Anspruch darauf, dass Staaten wie die USA Iran auf Augenhöhe begegnen (vgl. Perthes 2009: 4 f.). Die Islamische Republik will – gerade in Bezug auf die Region – eine aktive Rolle spielen und an den Entwicklungsprozessen im Mittleren Osten mitwirken (vgl. Kamrava 2008: 13).

Dass die Islamische Republik die Vernichtung des jüdischen Volks anstrebt, darf indes bezweifelt werden: In Iran leben etwa 25.000 Jüdinnen und Juden (Stand 2008), mehr als in allen anderen islamischen und arabischen Ländern im Mittleren Osten. Während des Zweiten Weltkriegs nahm Teheran hunderte Jüdinnen und Juden auf. Die in Iran geborenen und aufgewachsenen jüdischen IranerInnen sehen das Land heute als ihre Heimat an. Im Rahmen der Islamischen Revolution wurden sie zwar diskriminiert und denunziert, aber diese Unterdrückung unterschied und unterscheidet sich nicht von der anderer Minderheiten im Land. Obwohl sie nur als BürgerInnen zweiter Klasse behandelt werden, verhalten sich die jüdischen IranerInnen heute der iranischen Führung gegenüber loyal und werden umgekehrt von ihr akzeptiert. Die meisten von ihnen haben dementsprechend kein Interesse daran, nach Israel auszuwandern. Denn auch dort würde sie Diskriminierung erwarten. Zudem sind die jüdischen IranerInnen AnhängerInnen der orientalischen Kultur und lehnen das europäisierte Israel ab (Amirpur 2008: 12-19).

3.4.3 Ziele des Nuklearprogramms

Kommen wir nun noch zum Hauptthema dieser Arbeit: Dem iranischen Nuklearprogramm. In Iran besteht ein breiter Konsens, demzufolge ein Atomprogramm den Interessen des Landes dient. Allerdings wird heftig darüber diskutiert, wie weit dieses Programm gehen soll. Im Wesentlichen gibt es dabei drei Argumentationslinien (vgl. Kamrava 2008: 12):

Dem ersten Argument folgend hat Iran als Unterzeichner des Atomwaffensperrvertrags ein Recht auf die zivile Nutzung der Atomkraft. Ergänzt wird dieser Aspekt durch das zweite Argument, demzufolge die Nutzung der Atomenergie für die fortschreitende Technologisierung und den steigenden Energieverbrauch des Landes wichtig ist. Das dritte Argument ist hingegen militärischer Natur – und überschreitet das Ziel der zivilen Nutzung der Kernenergie. Es fußt auf der Beobachtung, dass Iran umgeben von bedrohlichen Atommächten (Israel, Pakistan und den USA) ist. Gleichzeitig wird festgestellt, dass die USA im Irak (einem Staat ohne Atomwaffen) einmarschiert sind, aber mit Nordkorea (nach dessen Erlangen der Atombombe) Verhandlungen führten (vgl. ebd.).

Die letzte dieser drei Argumentationen wird von Kenneth Waltz gestützt, der in seinem Aufsatz „Why Iran Should Get the Bomb“ erläutert, dass Israels Atomwaffen zu einer Instabilität im Mittleren Osten beitragen, weshalb iranische Kernwaffen die Region stabilisieren würden (vgl. Waltz 2012). Allerdings darf bezweifelt werden, dass Stabilität alleine zu einer dauerhaften Lösung des Konflikts führt.

Verschiedene Fraktionen innerhalb Irans setzen auf eines oder mehrere der drei vorgestellten Argumente. Aktuell scheinen dabei diejenigen, die lediglich die zivile Nutzung der Atomkraft befürworten, die Oberhand im Staatsapparat zu haben (vgl. Kamrava 2008: 12 f.). Der National Intelligence Estimate der US-Geheimdienste aus dem Jahr 2007 teilt diese Einschätzung: „This NIE does not assume that Iran intends to acquire nuclear weapons“ (National Counterproliferation Center 2007: 4).

3.4.4 Die Rationalität des scheinbar Irrationalen

Im Diskurs um die iranische Außenpolitik und das iranische Nuklearprogramm kommen immer wieder Zweifel an der Rationalität Irans zu Sprache. Den Grund hierfür sieht Perthes in der provozierenden Rhetorik der iranischen Führung – vor allem unter dem ehemaligen Präsidenten Ahmadinedschad, der das Existenzrecht Israels abgestritten und den Holocaust geleugnet hat. Nichtsdestotrotz hält Perthes das iranische Regime für einen rationalen Akteur, der Kosten und Nutzen abwägt (vgl. Perthes 2009: 3). Auch Ahmadinedschad, der radikale Politiker und Ideologe, machte demnach „sehr rationale Abwägungen, wenn es um die Strategie für den eigenen Machterhalt [ging]“ (Gassel 2008: 9).

Der ehemalige Mossad-Chef Efraim Halevi erklärte zu dieser Frage:

> „Ich glaube nicht, dass die Iraner irrational handeln. Im Gegenteil: Sie handeln sehr rational. Sie als irrational darzustellen, würde bedeuten, die Realität zu ignorieren.“ (Halevi, Efraim; zitiert nach Gassel 2008: 9)

Bock sieht die Rationalität Irans unter der Präsidentschaft Ahmadinedschads an ein absichtlich irrationales Verhalten geknüpft, mit dem der Politiker Verhaltensänderungen seiner Gegner erreichen will. Eine Methodik, die sich auch im Fall von Netanjahu beobachten lässt (vgl. Bock 2012 a: 84). Beide Seiten bauen demnach große Drohgebilde auf, um ihre eigene Position zu verbessern. Dass Iran ein solches Drohgebilde nötig haben könnte, liegt vermutlich daran, dass sich das Land im Vergleich zum Westen in einer unterlegenen Position sieht (vgl. Limbert 2009: 159). Die Abschreckungspolitik Irans kann demnach als Antwort auf die Eindämmungspolitik der USA gesehen werden (vgl. Milani 2009: 49). Teheran geht aus dieser Perspektive davon aus, dass Israel und

die USA keinen (nuklearen) Krieg riskieren würden und Iran im Falle einer nuklearen Aufrüstung vor einem westlichen Angriff sicher wäre. Die Sicherheitsgarantie, die Nordkorea von den Vereinigten Staaten just nach dem Erhalt der Atombombe bekommen hat, stützt diese Annahme (vgl. Bock 2012 b: 6).

> „Although it is impossible to be certain of Iranian intentions, it is far more likely that if Iran desires nuclear weapons, it is for the purpose of providing for its own security, not to improve its offensive capabilities (or destroy itself).“ (Waltz 2012)

Diese Argumentation hat viele KritikerInnen. Doch zumindest für Iran und die iranische Führung dürfte der Besitz von Atomwaffen – das hat der Fall Nordkorea gezeigt – tatsächlich einen Anstieg der Sicherheit bedeuten. Was nicht heißt – und es ist wichtig, das an dieser Stelle hervorzuheben –, dass Teheran tatsächlich in den Besitz von Kernwaffen gelangen möchte.

3.4.5 Khamenei, Ahmadinedschad und Rohani

Der letzte Abschnitt zur Politik Irans beschäftigt sich mit dessen Führer, Ali Khamenei, sowie dem ehemaligen Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad und seinem Nachfolger Hassan Rohani.

> „Khamenei is the barometer to watch […].“ (Vatanka 2014)

Seit dem Tod Khomeinis ist Ayatollah Khamenei der Oberste Revolutionsführer Irans (vgl. Reissner 2007: 15). Seinen Einfluss auf die iranische Außenpolitik sollte man weder über- noch unterschätzen. Khamenei ist nicht unabhängig von politischem Druck – sei es aus den eigenen Reihen, aus der iranischen Elite oder in der internationalen Politik (vgl. Vatanka 2008: 1). Interne Richtungskämpfe sind in der Politik Irans zudem die Regel, nicht die Ausnahme (vgl. Ehteshami 2009: 9). Auch der Revolutionsführer kann somit nicht einfach machen, was er will. Gleichzeitig ist seine Stimme jedoch von grundlegender Bedeutung. In den Verhandlungen im Atomkonflikt hat sie mehr Gewicht als die des Präsidenten oder des Außenministers. Seine Aussagen sind der beste Indikator für die Politik Irans (vgl. Vatanka 2008: 1-4), seine Reden zentral für innen- und außenpolitische Grundsätze des Landes (vgl. Reissner 2008: 5). In der Regel unterstützt der Revolutionsführer allerdings ohnehin die Außenpolitik des Präsidenten (vgl. Posch 2013: 11 f.).

In der iranischen Politiklandschaft ist Ayatollah Khamenei als konservativer Politiker einzustufen. Er ist ein Gegner der Radikalen, setzt sich jedoch auch für eine gewisse Distanz zum Westen ein. Was nicht bedeutet, dass er Kooperationen mit westlichen Staa-

ten sabotiert. Dem ehemaligen iranische Präsidenten Rafsanjani ließ er beispielsweise genug Spielraum für eine pragmatische Außenpolitik (vgl. Ehteshami 2002: 292). Außerdem unterstützt er die Politik des neuen Präsidenten Rohani (vgl. Vatanka 2014). Der Präsident Irans wiederum muss seine Politik nicht nur am Revolutionsführer, sondern auch an den politischen Eliten und Institutionen des Landes ausrichten. Die Einführung einer moderaten Politik kann somit von keinem Präsidenten im Alleingang geleistet werden (vgl. Hunter 1989: 138). Nichtsdestotrotz spielt auch der Präsident eine wichtige Rolle in der Außenpolitik. Er ist direkter Vorgesetzter des Außenministers (vgl. Ehteshami 2002: 293).

2005 wählte das iranische Volk Mahmud Ahmadinedschad zum Präsidenten. Schon vor seinem Amtsantritt wurde er im Westen als „radikaler Hardliner“ bezeichnet (vgl. Kamrava 2008: 10 f.). Dabei war er während seiner Amtszeit als Bürgermeister von Teheran weder durch Rassismus noch durch Antisemitismus aufgefallen – beides entwickelte sich Armipur zufolge erst im Zuge seiner Präsidentschaft (vgl. Armipur 2008: 17).

Für die meisten BeobachterInnen gehört Ahmadinedschad innerhalb des iranischen Systems fraglos zur radikalen Fraktion. Das macht ihn jedoch nicht zu einem irrationalen Spinner. 2006 schrieb er beispielsweise einen Brief an US-Präsident Bush, 2007 einen an das amerikanische Volk. Beide Briefe waren ausschweifend und stark religiös geprägt. Aber sie waren der Versuch, einen direkten Dialog mit den USA zu beginnen. Washington ging nicht auf diese Versuche ein (vgl. Kamrava 2008: 10 f.). Ahmadinedschad bot den USA weiterhin die Unterstützung im Kampf gegen den Terrorismus an. Auch hierauf gab es von der Bush-Regierung keine Reaktion (vgl. Gassel 2008: 8). In den folgenden Jahren verfolgte der iranische Präsident eine populistische, radikale Politik, deren Hauptzweck laut Posch seit 2009 das Überleben seines eigenen politischen Zirkels war (vgl. Posch 2011: 23). Armipur geht zudem davon aus, dass Ahmadinedschad mit seinen antisemitischen Äußerungen die „Meinungsführerschaft im arabischen Raum“ gewinnen und von innenpolitischen Problemen Irans ablenken wollte (vgl. Armipur 2008: 18). Das Nuklearprogramm bezeichnete Ahmadinedschad drohend als „Lokomotive ohne Bremsen“ (vgl. Vatanka 2014). Vermutlich als Folge solcher radikaler Reden entzog der Revolutionsführer ihm 2011 seine Unterstützung – der Präsident war danach außenpolitisch handlungsunfähig (vgl. Posch 2013: 8).

Gassel geht davon aus, dass die Rhetorik des ehemaligen Präsidenten ein schlechter Indikator für die Außenpolitik Irans war. Je radikaler sie klang, desto weniger ließ sich demnach daraus ableiten (vgl. Gassel 2008: 9). Diese Beobachtung deckt sich mit der

Tatsache, dass Ahmadinedschad viele große Reden schwang, denen jedoch nie Taten folgten (vgl. Nirumand 2008: 22 ff.). Trotzdem hat die radikale und populistische Rhetorik Ahmadinedschads den Fokus des Westens auf sich gezogen. Und das, obwohl der Präsident nicht die eigentlich treibende Kraft der iranischen Außenpolitik darstellt (vgl. Vatanka 2008: 1).

2013 wurde Hassan Rohani der Nachfolger Ahmadinedschads. Von Beginn an warnten die USA davor, nicht zu viele Hoffnungen in den neuen iranischen Präsidenten zu setzen. Diese Skepsis ist teilweise berechtigt, denn auch nach Rohanis Amtsantritt sind die Differenzen zwischen Iran und dem Westen noch sehr groß. Allerdings hat der Revolutionsführer dem Präsidenten bei seiner auf die USA und die EU zugehenden Außenpolitik den Rücken gestärkt. Aktuell sieht es ganz danach aus, dass Khamenei und Rohani beide ein erfolgreiches Ende der Verhandlungen und eine friedliche Lösung des Konflikts anstreben. Der Grund für diese Annäherung liegt vermutlich auch darin, dass die iranische Führung befürchtet, der Nachfolger Obamas könne weit weniger verhandlungsbereit als der jetzige US-Präsident sein (vgl. Vatanka 2014).

4. Theorie & Methodik

4.1 Wahrnehmung in der Weltpolitik

Der Begriff der Wahrnehmung, der in der Fragestellung dieser Arbeit Verwendung findet, ist in den internationalen Beziehungen nicht selbstverständlich, weshalb ich an dieser Stelle genauer auf ihn eingehe. Im Analyseteil dieser Arbeit gehe ich dann ausgehend von meinem Forschungsprozess der Frage nach, inwiefern sich der Wahrnehmungsbegriff in der qualitativen IB-Forschung tatsächlich praktisch anwenden lässt.

Für (Sozial-)KonstruktivistInnen ist Wahrnehmung ein elementarer Baustein des eigenen Weltverständnisses. Da der Konstruktivismus ursprünglich keine IB-Theorie gewesen ist, gehe ich an dieser Stelle zuerst allgemein auf die konstruktivistische Argumentation ein und wende sie dann im nächsten Schritt auf die internationale Politik an.

Der Physiker und Konstruktivist Heinz von Foerster hält fest, dass BeobachterInnen immer selbst Teil ihrer Beobachtungswelt sind (vgl. Foerster 2014: 43). Glasersfeld leitet hieraus ab, dass es unmöglich ist, die eigene Wahrnehmung der Welt mit der Welt selbst zu vergleichen: Jeder Mensch kann nur über sich selbst Zugang zur Welt haben, wodurch das Erkennen einer objektiven Wirklichkeit unmöglich ist (vgl. Glasersfeld 2014: 10 ff.). Obwohl wir die Welt nicht begreifen können, können wir jedoch herausfinden, wie sie funktioniert (vgl. Wendt 1995: 74). Der Unterschied liegt hierbei in den Begriffen *kennen* und *können*: Wir *kennen* nicht die wahre Beschaffenheit der Dinge, aber wir *können* schlüssige Theorien darüber aufstellen, die sich in der Praxis bewähren (vgl. Glasersfeld 2014: 13 f.). Das Spannende an diesem theoretischen Fundament ist, dass seine Anwendung sich nicht auf eine Wissenschaft beschränkt.

Die aus der „Gesellschaftlichen Konstruktion der Wirklichkeit“ (vgl. Berger/Luckmann 2013) folgende Unmöglichkeit des Erkennens der Wahrheit (und somit die Unmöglichkeit von Objektivität) wendet von Foerster auf die Kommunikation an: „Wenn ein Empfänger ein Signal bekommt, kann er es interpretieren, und die Interpretation verwandelt das Signal in Information“ (Foerster 2007: 343). Ein Signal kann dabei sowohl im physikalischen als auch im sprachlichen Sinne gesehen werden. Das bedeutet: Eine Aussage der Person A kann von Person B anders verstanden werden als sie von A gemeint war. Oder, um es mit den Worten von Foersters zu sagen: „Der Hörer, nicht der Sprecher bestimmt die Bedeutung einer Aussage“ (Foerster 2007: 2).

Aus der konstruktivistischen Perspektive verhalten sich Staaten anderen Staaten gegenüber deshalb auf Basis der Bedeutung, die diese anderen Staaten für sie haben. Kollekti-

ve Meinungen und intersubjektives Verständnis konstituierten die Strukturen, die den Handlungen zugrunde liegen (vgl. Wendt 1992: 396 f.). Weltpolitik ist folglich ein soziales Konstrukt. Kern ihrer Analyse ist, wie Interaktionen zwischen Staaten soziale Strukturen – die die Identitäten und Interessen der Akteure formen – (re)produzieren (vgl. Wendt 1995: 71-81). Die Staatenwelt beinhaltet dabei eine Vielzahl an Akteuren, die sich gegenseitig wahrnehmen und aufeinander reagieren (vgl. Jervis 1985: 33).

> „The news media routinely inform us about foreign countries testing new ballistic missiles [...]. Is this good or bad news? The answer to this question depends, of course, on the perceived quality of the relations between our own country and the foreign country in question. [...] If it is an enemy, chances are that one would feel threatened; if it is an ally, one would, on the contrary, feel safeguarded.“ (Castano et al. 2003: 449)

Eine Handlung des Staates A kann von den Staaten B und C somit vollkommen unterschiedlich bewertet werden – abhängig davon, ob Staat A als Verbündeter oder als Feind betrachtet wird. B und C können zwei stark voneinander abweichende Bilder von A und seinen Handlungen konstruieren. Sie nehmen A verschieden wahr.

Wahrnehmung scheint also auch in der internationalen Politik eine wichtige Rolle zu spielen (vgl. Jervis 1976: 3). Das liegt daran, dass sie keineswegs an einen einzelnen Menschen gebunden ist. Denn historische, örtliche, kulturelle oder situationsbedingte Gemeinsamkeiten sorgen dafür, dass Individuen einer Gruppe (z.B. die Gruppe derjenigen, die amerikanische Außenpolitik machen) als Entität betrachtet werden können (vgl. Castano et al. 2003: 450). Das gilt auch für Staaten, die sich somit nicht auf die Individuen in ihrem Innern reduzieren lassen. Ein Präsident eines Staates weiß beispielsweise nicht alles, was der betreffende Staat weiß. Das Land kann somit an einem Krieg beteiligt sein, ohne dass es einen Menschen gibt, der sämtliches Wissen über den Krieg, die Kriegsziele, Strategien usw. besitzt. Das Wissen um all diese Dinge ist ein kollektives Wissen. Es baut auf dem Wissen von Individuen auf, lässt sich jedoch nicht auf dieses reduzieren. Da die Handlungen des Staates auf diesem Kollektivwissen basieren, sind auch die dahinter stehenden Intentionen kollektive Intentionen. Eine Herrscherin oder ein Herrscher alleine kann schließlich keinen Krieg führen (vgl. Wendt 2004: 296 f., 304 f.). Grundlegend für die Außenpolitik ist somit das Weltbild, das die Gruppe derjenigen, die die Außenpolitik eines Staates gestalten, hat. Die Führung eines Staates handelt nicht basierend auf objektiven Fakten, sondern ausgehend von ihrer Wahrnehmung (vgl. Boulding 2009: 161 ff.). Die Selbst- und Fremdwahrnehmungen der Staaten kön-

nen sich dabei deutlich unterscheiden (vgl. Jervis 1985: 33), weil „Werte, Weltbilder und Identitätsvorstellungen verschiedener Staaten“ nicht miteinander vereinbar sein müssen (Rittberger et al. 2012: 35).

Ausgehend von einem derartigen Begriff der kollektiven Wahrnehmung erklärt Fiedler, dass sich psychologische Erkenntnisse im Bereich sozialer Wahrnehmung auf außenpolitische Dilemmata übertragen lassen (vgl. Fiedler 2004: 103). Für die Bedeutung der Wahrnehmung in der internationalen Politik nennt er konkrete Fälle:

> „Viele Beispiele der jüngsten Geschichte – Russen und Amerikaner im Kalten Krieg, Israelis und Palästinenser, Serben und Kroaten, BRD und DDR – zeugen von der Illusion, dass allein die eigene Seite sich Frieden wünscht. Der Gegenseite werden Kriegsgelüste unterstellt.“ (Fiedler 2014: 105)

Als Gründe dafür, dass Gruppen sich und andere Gruppen als dermaßen unterschiedlich auffassen, nennt er folgende Aspekte: Die „Theorie der sozialen Identität“, derzufolge fremde Gruppen im Vergleich zur eigenen abgewertet werden, um die eigene Gruppe in einem positiveren Bild zu sehen. Das in der Attributionsforschung übliche Erklärungsmuster, demzufolge Handlungen der eigenen Gruppe mit situativen Umständen, die der anderen jedoch durch feststehende Eigenschaften erklärt werden. Sowie den Aspekt, dass das Wissen über eben diese anderen vorwiegend aus „zweiter Hand“ stammt (vgl. Fiedler 2014: 105).

4.2 Erkenntnistheoretischer Hintergrund

Meine konstruktivistischen Vorannahmen beschränken sich selbstverständlich nicht nur auf die handelnden Akteure in der Weltpolitik. Sie betreffen auch mich selbst und mein epistemologisches Verständnis.

Meine Forschungsarbeit basiert auf der Annahme, dass auch Wissen als Ergebnis von Wissenschaft ein soziales Konstrukt ist (vgl. Ulbert 2005: 9 f.). Wissenschaft dient deshalb aus meiner Sicht dem *Verstehen* ihres Untersuchungsgegenstands, nicht dem *Erkennen* von Fakten (vgl. Mayer 2003: 55). Denn auch in der Forschung gibt es keine objektiven BeobachterInnen (vgl. Früh 2011: 111 ff.; Lamneck 2010: 20 f.; Ulbert 2005: 19). Und auch in der Forschung schließt „das Finden eines befriedigenden Wegs nie aus, daß da andere befriedigende Wege gefunden werden können“ (Glasersfeld 2014: 32). Die konstruktivistische Analyse trägt somit nicht nur der Konstruktion ihres Forschungsgegenstands, sondern auch ihrer eigenen Konstruktion Rechnung. Sie ist reflexiv (vgl. Weller 2005: 36).

Ich bin fest davon überzeugt, dass eine Forschung, die unabhängig von Vorannahmen, bestehendem Wissen und Sozialisierungen stattfindet, unmöglich ist. Sowohl der in dieser Arbeit dargestellte Forschungsstand als auch die theoretische Reflexion und die empirische Forschungsarbeit sind nicht absolut.

Hiervon ausgehend stellt sich dann jedoch die Frage nach dem Sinn von Wissenschaft. Wenn Wissenschaft nicht zu absoluten Wahrheiten führt – wieso sollte man dann noch forschen?

Meine Antwort auf diese Frage ist, dass man forschen sollte, weil am Ende der Analyse ein intersubjektiv nachvollziehbares Ergebnis stehen kann. Und das, obwohl konstruktivistische Analysen sich meist mit sehr umstrittenen Themen beschäftigen (vgl. Weller 2005: 37). Denn trotz vieler Kontroversen gilt: Wenn eine Sache nicht nur von einzelnen Personen, sondern von vielen Menschen anerkannt bzw. bestätigt wird, kommt irgendwann der Punkt, an dem man von Realität sprechen kann – auch wenn diese sich nie absolut bestätigen lässt. Wissenschaft ist aus dieser Perspektive ein ausgesprochen demokratischer Prozess (vgl. Früh 2011: 114 f.; Glasersfeld 2014: 33).

Meine Forschung verläuft dementsprechend ganz nach der von Glasersfeld getroffenen Unterscheidung in *kennen* und *können*: Ich will versuchen, eine schlüssige Analyse durchzuführen, deren Ergebnisse sich in der Praxis bewähren (vgl. Glasersfeld 2014: 13 f.).

4.3 Qualitative Inhaltsanalyse und Grounded Theory

Als Hauptmethode der Forschung greife ich in dieser Arbeit auf die Qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring zurück. Allerdings unter Berücksichtigung einiger der Kernelemente der Grounded Theory nach Strauss und Corbin.

Für die Wahl der Qualitativen Inhaltsanalyse gibt es mehrere Gründe. So ermöglicht die Inhaltsanalyse es, Aussagen über die TeilnehmerInnen eines Diskurses zu machen, ohne auf die aktive Mithilfe dieser Personen angewiesen zu sein. Ihre Orientierung an klaren Regeln und die vergleichsweise niedrigen Kosten sorgen zudem dafür, dass die Analyse leicht reproduzierbar ist – andere ForscherInnnen können die erzielten Ergebnisse mit vergleichsweise geringem Aufwand nachprüfen (vgl. Früh 2011: 41 f.). Da das Ziel einer Inhaltsanalyse in der Regel eine Komplexitätsreduzierung ist, die die Aufmerksamkeit des/der Forschenden auf für die Fragestellung relevante Aussagen und systematische Vergleiche lenkt (vgl. Früh 2011: 42), ist sie außerdem bestens geeignet, um kom-

plexe Kommunikationsvorgänge, wie sie im Fall des Nuklearkonflikts ohne Frage bestehen, zu analysieren.

Im Zentrum der Qualitativen Inhaltsanalyse steht ein Kategoriensystem, das – je nach Herangehensweise – der Analyse vorangestellt wird oder aus ihr hervorgeht und im Zuge eines systematischen Analyseablaufs entsteht. Trotz der bereits erwähnten Regelgeleitetheit und dieser Systematik bietet die Qualitative Inhaltsanalyse allerdings ein großes Maß an Flexibilität, weshalb sie problemlos auf den jeweiligen Forschungsstand angepasst werden kann (vgl. Mayring 2010: 48 ff.). Diese Flexibilität im Rahmen der qualitativen Forschung kann differenziertere, im Idealfall auch neue Erkenntnisse zur Folge haben (vgl. Lamneck 2010: 23 f.). Da es sich bei der Qualitativen Inhaltsanalyse um eine theoriegeleitete Methode handelt, beinhaltet sie außerdem eine Rückbindung an den Forschungsstand sowie an den theoretischen Hintergrund (vgl. Mayring 2010: 51).

Die Qualitative Inhaltsanalyse beinhaltet mehrere konkrete Vorgehensweisen – die Zusammenfassung, die Explikation und die Strukturierung. Für meine Analyse habe ich die Methode der Zusammenfassung gewählt, mit der sich das Datenmaterial reduzieren lässt, so dass die grundlegenden Inhalte bestehen bleiben (vgl. Mayring 2010: 65). Dabei ist eine induktive Kategorienbildung möglich, bei der die Kategorien direkt aus dem erforschten Material abgeleitet werden. Mayring selbst sieht in diesem Fall starke Parallelen zwischen der Qualitativen Inhaltsanalyse und der Grounded Theory (vgl. Mayring 2010: 83 ff.). Da seiner Methodik von verschiedenen Seiten eine zu starke Orientierung an ihrem quantitativen Gegenpart vorgeworfen wird, nutze ich an dieser Stelle die Flexibilität des inhaltsanalytischen Vorgehens und passe die Analyse für meinen Forschungszweck an, indem ich sie um Elemente der Grounded Theory nach Strauss und Corbin erweitere.

Die Grounded Theory unterstützt eine möglichst offene Herangehensweise an den Forschungsgegenstand, weshalb sie die Kategorisierung nicht an den Beginn, sondern an das Ende der Forschung stellt. Diese Offenheit soll verhindern, dass die Forschungsarbeit lediglich einer Bestätigung vorgefertigter Denkmuster dient. Die einzelnen Schritte im Forschungsprozess – Datenerhebung, Auswertung und Kategorisierung – gelten in der Grounded Theory nicht als abschließbar und wirken wechselseitig aufeinander ein. Das heißt: Die Forschung besteht nicht aus einer simplen Schrittfolge. Stattdessen werden die verschiedenen Forschungsschritte parallel durchgeführt. So können beispielsweise Erkenntnisse aus der Analyse die Suche nach weiterem Analysematerial beeinflussen. Auch dieser Schritt dient einer hohen Offenheit und soll dabei helfen, zu

neuen Erkenntnissen zu gelangen (vgl. Strübing 2008: 14). Ein wichtiger Baustein der Analyse ist dabei das Schreiben von Memos. Thesen, allgemeine Gedanken zum Thema, Interpretationen und Auffälligkeiten werden umgehend als Fließtext notiert und bei der Auswertung hinzugezogen. Das Verfassen von Memos ist dadurch Teil der wechselseitigen Vorgehensweise der Grounded Theory und sorgt dafür, dass die Ergebnissicherung den Forschungsprozess nicht beendet, sondern ihn immerzu begleitet (vgl. Strübing 2008: 34 ff.).

5. Forschungsdesign

5.1 Analysematerial

Das Material für die Inhaltsanalyse waren Texte der Regierungen der ausgewählten Staaten (z.B. transkribierte Reden von und Interviews mit RegierungsvertreterInnen, Pressekonferenzen und öffentliche Stellungnahmen).[3] Diese Regierungstexte werden in der Regel auf offiziellen Regierungsseiten und von RegierungsmitarbeiterInnen nach außen kommuniziert. Innerhalb dieser Regierungen spielen dabei in der internationalen Politik vor allem der/die PräsidentIn/MinisterpräsidentIn – bzw. im Falle der BRD die Bundeskanzlerin – und der/die AußenministerIn eine tragende Rolle. Im Fall Irans ist die Sache allerdings nicht ganz so einfach. Neben dem Außenminister Sarif und dem Präsidenten Rohani darf der Einfluss des Revolutionsführers Khamenei nicht vernachlässigt werden (vgl. Reissner 2007: 15). Seine Reden sind zentral für innen- und außenpolitische Grundsätze des Landes (vgl. Reissner 2008: 5).

Die Beschaffung des Datenmaterials verlief unproblematisch: Nach einer Sichtung von Medienbeiträgen der vergangenen zwei Jahre war schnell klar, welche Reden im politischen und medialen Diskurs eine besondere Rolle spielen. Die Transkripte dieser Reden konnte ich dann über die Websites der Medien, der Regierungen und internationaler Organisationen zusammentragen. Dadurch ergab sich ein Datensatz von über 30 Texten. Dieses Datenmaterial habe ich auf dreifachem Wege eingegrenzt:

Erstens über eine zeitliche Beschränkung. Alle analysierten Texte stammen aus der Zeit nach dem Amtsantritt Hassan Rohanis im September 2013.

Zweitens über die inhaltliche Gewichtung. Texte, die sich ausschließlich oder vor allem mit Iran und/oder dem Nuklearkonflikt beschäftigen, habe ich denen vorgezogen, die diese Themen nur am Rande streifen.

Und drittens über den Rahmen, in dem die jeweiligen Inhalte kommuniziert wurden. Ausführliche Reden bei großen Veranstaltungen (z.B. vor den Vereinten Nationen), bei denen den Regierungen klar war, dass sie besonders öffentlichkeitswirksam sein dürften, wurden denen vorgezogen, bei denen die kommunizierte Wahrnehmung nur wenige RezipientInnen erreichen konnte. Besonders nachvollziehbar dürfte das in Bezug auf die Reden von Rohani und Netanjahu vor den Vereinten Nationen, oder aber in Bezug auf den viel diskutierten Auftritt von Netanjahu im US-Kongress im März 2015 sein.

3 Eine Liste sämtlicher analysierter Texte findet sich im Literaturverzeichnis.

Ich habe grundsätzlich versucht, zuerst Texte zu analysieren, die diesen Kriterien entsprechen. Im Fall der Bundesrepublik Deutschland und Russlands wurden aus Mangel an perfekt passendem Material weitere Texte hinzugezogen.

5.2 Analyseablauf

Die von Mayring hervorgehobenen Gütekriterien der empirischen Sozialforschung (Objektivität, Reliabilität und Validität) konnte ich im Forschungsprozess nicht vollständig erfüllen. Denn eine optimale Überprüfung dieser Kriterien erfordert ein mehrköpfiges Forschungsteam, in dem die ForscherInnen ihre Ergebnisse untereinander vergleichen (vgl. Mayring 2010: 51 f.). Ich habe die vorliegende Analyse jedoch alleine durchgeführt. Um trotzdem eine gute Vergleichbarkeit und Nachvollziehbarkeit der Ergebnisse zu erreichen, habe ich die erstellten Kategorien immer an möglichst vielen Textstellen festgemacht und im Fall der gestalteten Handlungsspielräume meine Ergebnisse mit denen des Forschungsstands verglichen. Damit ließen sich nahezu alle offenen Fragen und Widersprüche klären. Die verbleibenden Widersprüche wurden von mir über eine erneute Prüfung der Analyseschritte und zusätzliche Recherchen aufgelöst. Der systematische Ablauf der Analyse und ihre Regelgeleitetheit sowie mein transparenter Forschungsprozess stellen aus meiner Sicht ebenfalls eine intersubjektive Nachvollziehbarkeit der Forschung sicher.

Der genaue Ablauf der Analyse war dabei wie folgt:

In einem ersten Schritt habe ich einen Text gelesen und dabei sowohl erste Randnotizen (Memos) verfasst als auch offensichtlich irrelevante Textstellen, die sich mit vollkommen anderen Themen – beispielsweise der Krimkrise – beschäftigten, gestrichen. Textstellen, die sich offensichtlich direkt mit der Fragestellung befassten, habe ich farbig markiert. In einem zweiten Lesedurchgang habe ich dann sowohl die bisherigen Memos vervollständigt und gegebenenfalls neue verfasst, als auch mit der Zusammenfassung des Textes begonnen.

Für diese Zusammenfassung habe ich mir nach der Vorlage von Mayring für jeden analysierten Staat eine OpenOffice-Tabelle gestaltet. Diese Tabellen beinhalten die folgenden Spalten – und somit Analyseschritte:

- Paraphrase
- Generalisierung
- Überlegung ↔ Unterkategorien ↔ Erste Kategorisierung

- Finale Kategorisierung der Wahrnehmung
- Gestaltete Handlungsspielräume

Die Paraphrase ist schlichtweg die Zusammenfassung einer Aussage und umfasst maximal einen Satz. Die Generalisierung verdichtet die Paraphrase und bringt ihren Inhalt kurz und prägnant auf den Punkt. Bei der Überlegung[4] wird diese Aussage dann näher analysiert und gegebenenfalls interpretiert. Hierbei wird auch auf die bereits verfassten Memos zurückgegriffen – und es entstehen neue, wenn auch meist kürzere Memos. Dabei ist es wichtig, dass erst einmal alle mit der Generalisierung assoziierten Gedanken aufgeschrieben werden. Aussagen, die sich später als unlogisch oder fehlerhaft erweisen, lassen sich im Verlauf der Forschung immer noch korrigieren. Nur so ist ein möglichst großer Grad an Offenheit umsetzbar. Eine ständige Wechselwirkung sämtlicher Analyseschritte, wie sie die Grounded Theory fordert, ist hier jedoch nicht der Fall. Stattdessen habe ich mich auf die wechselseitigen Einflüsse von Memos, Überlegungen und Kategorisierungsschritten beschränkt. Im Fall Irans habe ich weiterhin nach der Analyse zweier Texte einen neuen, dritten Text hinzugezogen, um die bei der Kategoriebildung aufgetauchten Differenzen zu prüfen.
Die vergleichsweise oberflächlichen Schritte Paraphrase und Generalisierung erforderten nur in den seltensten Fällen eine nachträgliche Anpassung. Die finale Kategorisierung hingegen befand sich in meiner Forschung in ständiger Veränderung und wurde mit jedem neu analysierten Text angepasst und weiter aus- bzw. umformuliert. Selbiges galt für die daraus resultierenden Handlungsspielräume.

4 Die Überlegung ist in Mayrings Vorgehensweise nicht enthalten. Sie entspricht den Memos der Grounded Theory, fällt jedoch zumeist kürzer aus als diese.

Ablauf der Inhaltsanalyse am Beispiel einer Aussage des amerikanischen Außenministers John Kerry:

Paraphrase
ich möchte diese Möglichkeit nutzen, um mich bei Sarif zu bedanken[5]

↓

Generalisierung
bedanke mich bei Sarif

↓

Überlegung
Wenn man sich bei jemandem bedankt, dann weil dieser jemand etwas getan hat, was man selbst gut bzw. richtig findet bzw. die Tat gut für einen selbst oder eine einem nahestehende Person ist. US-Außenminister Kerry findet folglich, dass sich der iranische Außenminister Sarif in den Verhandlungen positiv verhält. Was macht ein positives Verhalten in Verhandlungen aus? → Dass man sich konstruktiv verhält, auf eine Lösung hinarbeitet und kompromissbereit ist. Wenn Kerry sich bei Sarif bedankt, dann also weil der iranische Außenminister bzw. sein Verhandlungsstab in den Verhandlungen konstruktiv und kompromissbereit agiert.

↑

↓

Unterkategorien
- Iran ist konstruktiv
- Iran ist kompromissbereit
- Iran arbeitet auf eine diplomatische Lösung hin
- Iran verhält sich in den Verhandlungen positiv

↑

↓

Kategorisierung
W-us-01[6]: Iran ist ein rationaler Akteur, mit dem man sich im Nuklearkonflikt vermutlich einigen kann:
- …

5 vgl. IIP Digital 2014 b
6 W-us-01 → Die erste Kategorie (01) der Wahrnehmung (W) der Vereinigten Staaten von Amerika (us)

6. Forschungsergebnisse

Im Folgenden stelle ich nun meine Forschungsergebnisse vor. Diese Ergebnisse sind nach Ländern geordnet und mit Zitaten aus den analysierten Texten angereichert, die die Auswertung nachvollziehbarer machen sollen.

6.1 Iran

6.1.1 Kommunizierte Wahrnehmungen

Die Wahrnehmungskommunikation der iranischen Führung unterscheidet sich in den meisten Punkten stark von den kommunizierten Wahrnehmungen der anderen analysierten Staaten (Russland ausgenommen). Außerdem hat sich in der Analyse eine gewisse Differenz zwischen der Kommunikation des Obersten Führers Khamenei und der Regierung Irans gezeigt: Deren Aussagen gehen zwar tendenziell in dieselbe Richtung, wirken aber teilweise widersprüchlich. Denn während sich die Regierung vergleichsweise gemäßigt äußert, nutzt Khamenei eine radikale und stark ideologisierte Rhetorik. Ein Umstand, der im Hinblick auf die gestalteten Handlungsspielräume eine große Rolle spielt.

[W-ir-01]

Die Islamische Republik ist ein guter, friedlicher, offener und kooperationsbereiter Staat, der rational und nachvollziehbar agiert und dessen antiwestliche Haltungen nur eine Reaktion auf (historische) Fehler anderer sind

Die iranische Führung betrachtet die Islamische Republik als einen Staat, der zum Wohl seines Volks handelt und der mit den anderen Staaten und Völkern in der Region in Frieden leben möchte. In dieser Wahrnehmung ist Iran kein extremistischer Akteur, sondern das exakte Gegenteil: Ein von sich aus friedlicher und offener regionaler Player, der Gewalt, Terrorismus und Extremismus ablehnt, der dialog- und kooperationsbereit ist und dessen Bedeutung stetig wächst:

> „A good word, a good action and a pure deed – one that is for God – prevails. It will grow roots, it will become strong and it will yield fruits. The Islamic Republic is that good word.“ (Khamenei, Ali; zitiert nach Leader.ir 2014)

> „Iran believes – and is ready, and I’m prepared – to engage with Saudi Arabia and to engage with Turkey, to engage with Egypt, to engage – we are already engaged with a lot of them, with Iraq, with Syria, with Turkey, with other friends in the regi-

> on – but even those that are not currently engaged with Iran […].“ (Sarif, Mohammed; zitiert nach The Washington Post 2015 a)

Westliche Kritik an der Politik Irans ist aus diese Perspektive nicht gerechtfertigt. Denn aus Sicht der iranischen Führung ist das Verhalten, das der Westen kritisiert, nur eine Reaktion auf Fehlverhalten des Westens selbst. Westliche Staaten – allen voran die USA – sind demnach „arrogante Mächte“ und die Ursache für einen Teil der Probleme in Iran und in der Region:

> „[F]rom supporting Saddam Hussein in the Iran-Iraq war to overthrowing a democratically elected government in Iran and to whatever happened in between and afterwards that makes Iranians be at least skeptical of U.S. intentions.“ (Sarif, Mohammed; zitiert nach The Washington Post 2015 a)

> „When Generals step into a region, do not expect diplomats to greet them warmly; when war begins, diplomacy tends to end. When sanctions set in, deep hatred for those imposing them also begins. When the atmosphere of the Middle East is securitized, the answer will be of the same nature asswell.“ (Rohani, Hassan; zitiert nach United Nations 2014)

> „Extremism is not a regional issue that just the nations of our region would have to grapple with; extremism is a global issue. Certain states have helped creating it and are now failing to withstand it.“ (Rohani, Hassan; zitiert nach United Nations 2014)

Bis zu diesem Punkt stehen die Aussagen von Rohani, Sarif und Khamenei in Einklang miteinander. Was sie eint ist die Ansicht, dass einige – nicht alle – Probleme im Mittleren Osten und speziell in Iran von anderen Staaten (mit)verursacht wurden. Und dass die Ablehnung und die Skepsis gegenüber diesen Staaten, allen voran gegenüber den USA, folglich berechtigt und nachvollziehbar sind. Dass sie eine Reaktion sind auf Dinge, die diese Staaten getan haben. Angefangen vom Sturz Mossadeghs 1953 bis hin zu den Sanktionen in der Gegenwart.

Soweit die Übereinstimmung. Doch bei näherer Betrachtung fällt auf, dass der Religionsführer im Gegensatz zur iranischen Regierung stark ideologische, radikale Wahrnehmungen kommuniziert. Sichtweisen, die in einem religiösen Gleichnis kulminieren:

> „[Shaitan] gives promises and awakens desires in people's hearts. He paints a colorful, fake and imaginary future – like a mirage – for the eyes of believers. 'But shaitan's promises are nothing but deception'. His promises are hollow. On the one hand, he makes threats and on the other hand, he tempts. This is like America's behavior in the present time.“ (Khamenei, Ali; zitiert nach Leader.ir 2014)

Einerseits findet sich hier dieselbe Kritik, die auch von der Regierung Irans geäußert wird: Die USA sind für die Probleme des Landes mitverantwortlich. Andererseits hebt Khamenei diesen Kritikpunkt mit seinem Gleichnis auf eine neue Stufe: Die Vereinigten Staaten sind (wie) der Teufel. Sie wollen andere verführen, beeinflussen und steuern. Ein dramatischeres, schlechteres Urteil über einen anderen Staat lässt sich kaum fällen. Deutlicher lässt sich kaum beschreiben, welchen Bedrohungen von außen die Islamische Republik sich laut Khamenei gegenüber sieht: Auf der einen Seite die guten, ehrwürdigen und fleißigen IranerInnen, auf der anderen Seite der Teufel Amerika.

In Bezug auf die gestalteten Handlungsspielräume werden diese unterschiedlichen Wahrnehmungskommunikationen noch eine Rolle spielen. Doch fürs Erste genügt es festzuhalten, dass aus iranischer Sicht der Westen – allen voran die USA – mitschuldig an den Problemen des Landes ist. Indirekt über den fehlgeschlagenen „Krieg gegen den Terrorismus“ und direkt über Einmischungen in die iranische Politik und über das Sanktionsregime. Einflussnahmen, die aus iranischer Sicht ungerechtfertigt sind, da es sich bei der Islamischen Republik um einen guten, offenen und friedlichen Akteur handelt. Einen Akteur, der im Nuklearstreit vollkommen nachvollziehbar und transparent handelt.

[W-ir-02]

Das iranische Nuklearprogramm ist vollkommen unproblematisch und für niemanden eine Bedrohung

Ausgehend von *W-ir-01* bewertet die Islamische Republik ihr Atomprogramm als vollkommen unproblematisch. Der Grund: Es handelt sich aus ihrer Sicht um ein rein ziviles Programm zur langfristigen Sicherstellung der Energieversorgung – um ein Atomprogramm, nicht um ein Atomwaffenprogramm:

> „[I]t is clear that we are not after nuclear weapons.“ (Khamenei, Ali; zitiert nach Leader.ir 2014)

> „Well, we do not have a weapons program; we will never have a weapons program. We never had a weapons program.“ (Sarif, Mohammed; zitiert nach The Washington Post 2015 a)

Die iranische Führung betont, dass sie in den Verhandlungen ernste und ehrliche Absichten verfolgt, dass sie sich eine diplomatische Einigung wünscht und keinerlei Hintergedanken hat. Iran spielt demnach nicht, wie von KritikerInnen befürchtet, auf Zeit. Iran hält sich an die Non-Proliferation.

An dieser Stelle verlaufen die Wahrnehmungskommunikationen des Religionsführers und der Regierung wieder auf einer Linie: Beide vertreten die Ansicht, dass das iranische Atomprogramm vollkommen unproblematisch sei und von anderen als Ausrede genutzt werde:

> „[Israel] continued acts of aggression against Palestinian and Lebanese and Jordanian and Syrian people under the guise of a hypothetical Iranian threat, which is more hype than anything else. Iran is not threatening anybody.“ (Sarif, Mohammed; zitiert nach The Washington Post 2015 a)

> „I have repeatedly said in this meeting and different other meetings that the nuclear issue is an excuse. Even if the nuclear issue did not exist, they would make other excuses. For example, there is the issue of human rights and the issue of women.“ (Khamenei, Ali; zitiert nach Leader.ir 2014)

> „Those who make these claims need imaginary enemies to sustain tensions and sow division and conflict […].“ (Rohani, Hassan; zitiert nach United Nations 2014)

Das laut Iran nicht existierende Atomwaffenprogramm – eine hypothetische Bedrohung, ein Hype, ein Mittel zum Zweck. Tatsächlich, so die iranische Wahrnehmungskommunikation, bedroht das Atomprogramm niemanden. Die Bedrohung ist „imaginär“ – so wie der Feind, der durch sie erzeugt wird. Eine Perspektive, der man aus westlicher Sicht ab der ausgesprochen lapidaren Formulierung „the issue of human rights and the issue of women“, die ebenfalls als imaginär angesehen werden, nur schwer folgen kann. Die aber wiederum in Bezug auf das Atomprogramm nachvollziehbar ist: Iran sieht sich nicht als einen Akteur, der andere bedroht oder ihnen Schaden zufügt oder zufügen will. Diese Rolle nehmen aus iranischer Sicht neben Israel vor allem die USA ein:

> „[I]f someone is supposed to be concerned about the issue of nuclear weapons, that someone is not America. America itself has several thousand nuclear warheads and nuclear bombs and it has used them.“ (Khamenei, Ali; zitiert nach Leader.ir 2014)

[W-ir-03]

Iran ist ein unabhängiger, selbständiger Staat mit denselben Rechten und Pflichten wie alle Staaten

Den bereits im Forschungsstand angedeuteten Wunsch nach Unabhängigkeit kommuniziert die iranische Führung einheitlich nach außen: Iran sollte politisch, ökonomisch und im Bereich der Religion auf eigenen Beinen stehen. In allen Fällen bedeutet das jedoch nicht, dass Kooperationen mit anderen Staaten vollkommen unerwünscht sind. Stattdes-

sen sehen die Regierung und der Religionsführer Iran als einen selbständigen Staat, der sich nicht von anderen kontrollieren lassen sollte:

> „Independence means freedom from the will of foreigners and other people.“ (Khamenei, Ali; zitiert nach Leader.ir 2014)

Folgt man der Wahrnehmungskommunikation der iranischen Führung, so hat dieser Wunsch seinen Ursprung im historischen Verhalten anderer Staaten – Khamenei spricht auch hier wieder von den „arroganten Mächten“ –, die Iran in der Vergangenheit kontrollierten und die auch jetzt möglichst großen Einfluss auf Teheran erlangen möchten. Dem Religionsführer zufolge wollen diese Mächte den Willen der IranerInnen ändern.

> „This country did not enjoy independence for many years. The quasi-independence that existed was political. But the key of the government and the country was in the hands of other people. It was they who made the decisions. It was they who did everything.“ (Khamenei, Ali; zitiert nach Leader.ir 2014)

Iran sieht sich an dieser Stelle klar in der Rolle eines ehemaligen Opfers, das jetzt jedoch erstarkt und sich vom passiven zum aktiven Akteur wandelt, der nun Stärke beweisen muss, um nicht schikaniert zu werden. Einem Akteur, der ein Recht auf Frieden und Wohlstand und auf seine freie Entfaltung hat. Und einem Akteur, der in der Region Verantwortung übernehmen kann, will und sollte – der sich an der Lösung von Problemen beteiligen und mit anderen kooperieren möchte:

> „Iran believes – and is ready, and I’m prepared – to engage with Saudi Arabia and to engage with Turkey, to engage with Egypt, to engage – we are already engaged with a lot of them, with Iraq, with Syria, with Turkey, with other friends in the region [...]“ (Sarif, Mohammed; zitiert nach The Washington Post 2015 a)

Im Hinblick auf die Non-Proliferation bedeutet diese Entwicklung für die iranische Führung, dass Iran von anderen Staaten bisher kein – oder zu wenig – Respekt und Vertrauen entgegen gebracht wurde. Iran sieht sich selbst als einen Staat, der die Rechte anderer Länder respektiert – und der sich genau das auch von diesen Ländern wünscht. Die USA und ihre Verbündeten, so Teheran, dürften Iran zu nichts zwingen und würden die Islamische Republik zurzeit ungerechtfertigter Weise nicht auf Augenhöhe behandeln:

> „[I]t is important for everybody to realize that the only way to deal with Iran is through respect and negotiations and meeting on a non-zero-sum game.“ (Sarif, Mohammed; zitiert nach The Washington Post 2015 a)

6.1.2 Gestaltete Handlungsspielräume

Es ist naheliegend dass die iranische Führung mit ihrer Wahrnehmungskommunikation genau die Handlungsspielräume gestalten möchte, die sie offen ausspricht: Nämlich das Land und seine Unabhängigkeit zu stärken, von anderen mit Respekt und auf Augenhöhe behandelt zu werden und eine grundlegende Rolle in der Region zu übernehmen.

Im Hinblick auf die Unabhängigkeit zeigt sich dabei eine durchaus realitätsnahe Herangehensweise Teherans: Nicht einmal Khamenei scheint es auf eine tatsächliche Autarkie des Landes anzulegen, auch wenn er erklärt, dass eben dieser Schritt im Bereich des Möglichen liege. Die Regierung, die Khamenei nach eigenen Worten unterstützt, strebt hingegen die Kooperation mit anderen Akteuren – sowohl in der Region als auch weltweit – an. Sollte diese Politik gelingen, dürfte das unter anderem der Wirtschaft des Landes zu Gute kommen.

Bevor es dazu kommen kann, müssen der iranischen Wahrnehmungskommunikation folgend aber erst die Sicherheitsinteressen des Landes gewahrt werden. Die Furcht vor einem Kontrollverlust, die sich hier zeigt, scheint im Hinblick auf US-Militäreinsätze in Irak und Afghanistan und die Fremdbeeinflussung Irans zwischen 1953 und 1979 – einer Zeitspanne, die viele der obersten Köpfe des Landes vollständig miterlebten – glaubhaft.

Die durch die Wahrnehmungskommunikation der iranischen Führung gestalteten Handlungsspielräume legen somit nahe, dass sowohl die Sicherheits- als auch die Wirtschaftsinteressen eine große Rolle spielen, letztere aber einen leicht untergeordneten Platz einnehmen. Teheran will keine Kooperation – weder politisch noch ökonomisch – um jeden Preis. Teheran will zuerst Sicherheit – und dann darauf aufbauend wirtschaftlichen Aufschwung. Die im Forschungsstand dargestellte idealtypische Einteilung in sicherheitspolitische und wirtschaftspolitische Interessen trifft somit nicht ganz den Kern der Sache. Es geht nicht um Sicherheit *oder* Wirtschaft. Es geht um Sicherheit – und dann um Wirtschaft. Eine Gewichtung, die sich bereits in der bloßen Reihenfolge der Prinzipien in der folgenden Aussage Rohanis widerspiegelt:

> „The people of Iran are devoted to certain principles and values at the apex of which are independence, development and national pride […].“ (Rohani, Hassan; zitiert nach United Nations 2014)

Erst die Unabhängigkeit, dann die Entwicklung, dann der Nationalstolz. Im Fall des Letzteren macht die iranische Führung unmissverständlich klar, dass andere Staaten Teheran zu wenig Respekt entgegen brächten. Rohani verlangte in seiner Rede vor den UN

im September 2014 sogar eine Entschuldigung der USA und anderer Staaten für ihr Fehlverhalten in der Vergangenheit. Ein Umstand, der sich mit der Annahme deckt, dass Iran aus eigener Sicht eine angemessene Behandlung von anderen Staaten verdient (vgl. Perthes 2009: 4 f.). Im Hinblick auf den Respektbegriff schließe ich mich dementsprechend der Feststellung Wolfs an (vgl. Wolf 2008: 5 ff., 14 ff.): Es sieht ganz danach aus, als hätte mangelnder Respekt viel zur Intensität des aktuellen Konfliktes beigetragen. Die aus iranischer Sicht ungerechtfertigten Sanktionen könnten dafür gesorgt haben, dass sich Teheran in dieser Ansicht bestätigt sieht, und dass die iranische Führung hier nach einem Ausgleich strebt. Einem Ausgleich, der auch aus sicherheitspolitischer Perspektive nachvollziehbar ist: Wenn ein Staat einen anderen auf Augenhöhe behandelt, heißt das auch, dass er ihn nicht kontrolliert.

Deutlich schwieriger fällt hingegen eine Einschätzung des Nuklearprogramms. Teheran hält daran fest, dass das Programm nie militärisch gewesen sei und sein werde, und dass die Kernenergie eine wichtige Komponente für die Energiesicherheit des Landes sei – nicht in der Gegenwart, sondern in der Zukunft. An keiner Stelle kommuniziert die iranische Führung diesen Umstand deutlicher nach außen als mit der folgenden Aussage Khameneis:

> „A country needs nuclear energy. It has managed to achieve this science and technology on its own, with its own efforts and follow-up, without stealing it from others and without colluding with other people […].“ (Khamenei, Ali; zitiert nach Leader.ir 2014)

Ein – technologisch weit entwickeltes Land – braucht die Atomenergie. Eine Aussage, die sich nicht so einfach von der Hand weisen lässt: Die wenigsten technologisierten Länder nutzen keine Kernenergie – oder verringern deren Nutzung, so wie Deutschland es aktuell tut. Es ist also durchaus möglich, dass Teheran mit seinem Atomprogramm genau das bezweckt: Die Technologisierung des Landes vorantreiben. Mit einem Mittel, das auch viele andere Staaten einsetzen.

Das wäre eine Möglichkeit. Die andere wäre, dass es Teheran nicht (nur) um Technologisierung und Energiesicherheit geht, sondern dass auch innen- bzw. außenpolitische Faktoren eine Rolle spielen.

Mit Bezug auf die Innenpolitik wäre es möglich, dass das Atomprogramm als Ablenkungsmanöver – zum Beispiel von den von vielen Seiten kritisierten Demokratiedefiziten und Menschenrechtsverstößen des Landes – herhält. Bereits im Forschungsstand hatte ich erwähnt, dass das iranische Volk sich in Bezug auf den Sinn eines Nuklearpro-

gramms größtenteils einig ist. Das konsequente Festhalten an diesem Atomprogramm durch die Regierung – trotz des massiven Drucks von außen – könnte somit den Rückhalt für die iranische Führung in der Bevölkerung erhöhen und ihre Stärke beweisen. Stärke, die auch nach außen demonstriert werden kann: Die fortschrittlichsten Nationen der Erde setzen auf die Atomenergie, ebenso wie die Schwellenländer, die in naher Zukunft zu diesen Nationen gehören möchten. Als ein Staat, der diese Technologie beherrscht, würde Iran (nuklear)technologisch zu vielen anderen Staaten aufschließen – und hätte so einen Grund mehr, von diesen Akteuren Respekt und eine Behandlung auf Augenhöhe einzufordern. Dies würde sich mit dem im Forschungsstand beschriebenen Umstand, dass sich Teheran im Vergleich zum Westen aktuell in einer unterlegenen Position sieht (vgl. Limbert 2009: 159), decken.

Selbstverständlich kann man das alles auch vollkommen anders deuten. Vor allem die ideologisch aufgeladene Rhetorik Khameneis lässt westlichen LeserInnen viel Interpretationsspielraum und ist oft schwer nachvollziehbar. Es ist verständlich, dass viele hierzulande die Vorstellung einer von religiösen und ideologischen Vorstellungen getriebenen Außenpolitik schockierend und unverständlich finden. Nur: Höchstwahrscheinlich gibt es für dieses fanatische Säbelrasseln eine einfache Erklärung. Ausgehend von dem Umstand, dass sowohl die Regierung als auch der Religionsführer klar nach außen kommunizieren, dass Khamenei in den Verhandlungen hinter Rohani und Sarif steht. Dass er also ihren Kurs der Annäherung – all seiner antiwestlichen Rhetorik zum Trotz – unterstützt:

> „[E]veryone should know that I support the administration, as I supported all previous administrations. I trust the high-ranking executive officials.“ (Khamenei, Ali; zitiert nach Leader.ir 2014)

Für den Wahrheitsgehalt derartiger Aussagen spricht, dass Khamenei auch den ehemaligen moderaten Präsidenten Rafsanjani mit seiner pragmatischen Außenpolitik gewähren ließ (vgl. Ehteshami 2002: 292). BeobachterInnen halten seine Unterstützung der Rohani-Regierung deshalb für echt (vgl. Vatanka 2014). Folgt man dieser Argumentation, lässt sich die Rhetorik Khameneis als Ausgleich zu eben dieser Regierungspolitik auffassen: Das Aufrechterhalten antiwestlicher Reden – auch in einer Zeit, in der die Verhandlungen zwischen den EU-3+3 und Iran auf ein erfolgreiches Ende zulaufen – könnte dazu dienen, den Radikalen im eigenen Land zu verdeutlichen, dass ihre Kritik bei der iranischen Führung nicht auf taube Ohren stößt. Ganz so, wie es auch Ahmadinedschad mit seiner ideologischen Rhetorik versucht hat (vgl. Posch 2011: 23). Das

muss nicht heißen, dass Khamenei nicht auch selbst hinter diesen Aussagen steht. Aber mit Blick auf die aktuelle Außenpolitik Irans sieht es ganz danach aus, als hätte der Oberste Führer Irans ausgesprochen realpolitische Ziele und Vorstellungen – die er mit seiner Rolle als Religionsführer des Landes in Einklang zu bringen sucht. Ein Ansatz, der erklären würde, wieso Khamenei der iranischen Regierung den Rücken stärkt – und trotzdem weiter Reden hält, die im Westen auf starke Ablehnung stoßen.

Im Hinblick auf den Forschungsstand zeigt sich, dass diese Strategie nicht neu wäre: Bereits nach ihrer Gründung kooperierte die Islamische Republik schließlich mit westlichen Staaten und verbreitete gleichzeitig ihre antiwestliche Ideologie (vgl. Ehteshami 289 f.; Kaye et al. 2001: 14 f.). Es ist davon auszugehen, dass Teheran auch jetzt wieder auf diese Vorgehensweise setzt und so versucht, einen Ausgleich zwischen Hardliner-Politik und kooperativem Verhalten zu schaffen. Sicherlich ein schmaler Grat, und zum jetzigen Stand ist unklar, wie weit das eine zu Gunsten des anderen zurückgeschraubt werden wird. Im Idealfall (aus westlicher Sicht) müssen sich die Hardliner irgendwann den außen- und innenpolitischen Realitäten – dem wirtschaftlichen Aufschwung und der zunehmenden Sicherheit des Landes – beugen.

Wahrscheinlich ist jedenfalls, dass Teheran durch seine Politik der Annäherung wieder verstärkt in die regionale und globale Politik eingebunden wird. Ein Ziel, das die iranische Regierung selbst regelmäßig äußert und das auch von Kamrava festgehalten wird (vgl. Kamrava 2008: 13). Die Rhetorik des Religionsführers dürfte dies einerseits erschweren, andererseits aber die Verbindungen zu antiamerikanischen Bewegungen schützen. Somit verfestigt sich der Eindruck, dass Teheran einen Mittelweg anstrebt, der die bestehenden Partnerschaften und Freundschaften nicht aufgibt, gleichzeitig aber neue Kooperationen und die Einbindung Irans in die internationale Gemeinschaft ermöglichen soll.

An diesem Punkt stellt sich die Frage, wie weit Teheran seinen Einfluss in der Region wirklich vergrößern will. Die iranische Führung gibt an, keineswegs die Stellung eines Hegemons, sondern gleichberechtigte, auf gegenseitiger Anerkennung und Respekt beruhende Kooperationen anzustreben. KritikerInnen in den USA und Israel befürchten jedoch, dass die Islamische Republik die Region kontrollieren möchte. Auch einen solchen Weg könnte die – in diesem Fall trügerische – Wahrnehmungskommunikation Teherans ebnen. Womit wir zur Frage kommen, inwiefern Iran ein vertrauenswürdiger,

glaubhafter Akteur ist. Und somit zum Argument, dass Teheran gerade die Annäherung in den Verhandlungen dazu nutzen könnte, um Atomwaffen zu erhalten.[7]

An dieser Stelle ist keine widerspruchsfreie Analyse möglich. Irans Außenminister Sarif erklärt, dass Iran nicht nur in der Gegenwart und Zukunft keine Atomwaffen wolle, sondern dass dieser Umstand auch in der Vergangenheit gegolten habe. Eine Aussage, die der Annahme der US-Geheimdienste, Iran habe den militärischen Teil des Atomprogramms höchstwahrscheinlich 2003 eingestellt (vgl. National Counterproliferation Center 2007) widerspricht – denn was es nicht gibt, das kann auch nicht eingestellt werden. Zum jetzigen Stand ist es dabei schlichtweg unmöglich festzustellen, ob sich die US-Geheimdienste mit ihrer Aussage irren oder bewusst eine Falschdarstellung betreiben, oder ob die iranische Führung die internationale Gemeinschaft zum Narren hält. Im Hinblick auf den erfolgreichen Verlauf der Verhandlungen scheinen jedoch Zweifel daran, dass Teheran (immer noch) Atomwaffen bauen will, gerechtfertigt. Seine Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen könnte Iran schließlich auch (bzw. im Fall der Wirtschaft *nur*) ohne ein Atomwaffenprogramm umsetzen. Außerdem stimmen die Aussagen der iranischen Führung an diesem Punkt wieder mit denen der US-Geheimdienste (vgl. National Counterproliferation Center 2007: 4) sowie mit der Feststellung Kamravas, dass aktuell die BefürworterInnen der zivilen Atomkraft in Iran die Oberhand im Staatsapparat zu haben scheinen (vgl. Kamrava 2008: 12 f.) überein. Deshalb lässt sich unabhängig von der Zeit vor 2003 festhalten, dass Iran zum jetzigen Zeitpunkt wahrscheinlich kein militärisches Atomprogramm verfolgt. Das Argument von Waltz, ein Atomwaffenprogramm Irans könne die Region stabilisieren und für einen Anstieg der Sicherheit Teherans sorgen (vgl. Waltz 2012), ist somit ab dem Punkt, an dem neben den iranischen Sicherheitsinteressen auch den Wirtschaftsinteressen des Landes Rechnung getragen wird, unbrauchbar. Denn der viel diskutierte Fall Nordkorea zeigt, dass der von den USA und ihren Verbündeten derart scharf kritisierte Besitz von Atomwaffen Hand in Hand geht mit wirtschaftlicher und politischer Isolation – also mit dem Gegenteil von dem, was Teheran offensichtlich erreichen möchte.

7 Diese Argumentation wird unter anderem von Israels Ministerpräsident Netanjahu vertreten und spielt dementsprechend im Analyseabschnitt zu Israel eine wichtige Rolle.

6.2 USA

6.2.1 Kommunizierte Wahrnehmungen

Die Wahrnehmungskommunikation der USA erscheint – zumindest im ersten Moment – ebenfalls etwas widersprüchlich. Im Gegensatz zu Iran zeigt sich hier jedoch kein scheinbarer Widerspruch zwischen den Aussagen einzelner Personen, sondern zwischen den zu Tage geförderten Kategorien. Zur Auflösung dieses vermeintlichen Widerspruchs verweise ich auch in diesem Fall wieder auf den Abschnitt zu den gestalteten Handlungsspielräumen.

[W-us-01]

Iran ist ein rationaler Akteur, mit dem man sich im Nuklearkonflikt vermutlich einigen kann

Die Vereinigten Staaten halten das Iranische Regime keinesfalls für selbstzerstörerisch oder wahnhaft, sie unterstellen ihm vielmehr rationales Handeln. Diese Wahrnehmung fußt auf der Annahme, dass Iran sich aufgrund der Sanktionen zur Teilnahme an den Verhandlungen entschieden habe. Wirtschaftliche Interessen und Abwägungen haben für die Islamische Republik demnach eine hohe Relevanz. Die Rationalität Irans ermöglicht es den P5+1[8], Druck auf Teheran auszuüben. Iran ist (für die USA im positiven Sinne) beeinflussbar.

Zum einen gehen die Vereinigten Staaten somit davon aus, dass Iran – wie im vorherigen Abschnitt angenommen – rationale ökonomische Interessen verfolge. Zum anderen leiten sie aus dieser Rationalität jedoch nicht automatisch ab, dass die Islamische Republik ausschließlich friedliche Absichten hat. So haben die AmerikanerInnen zwar prinzipiell den Eindruck, dass Iran an einer friedlichen Lösung interessiert sein könnte. Sie sehen hier jedoch Teheran in der Bringschuld, eben diese friedlichen Absichten unter Beweis zu stellen:

> „The burden is on Iran to prove to the world that its nuclear program will be exclusively for peaceful purposes.“ (Obama, Barack; zitiert nach The White House 2013)

Nichtsdestotrotz lassen die USA keine Zweifel daran, dass Iran möglicherweise verhandlungs- und kompromissbereit genug ist, um eine friedliche Einigung zu erzielen.

8 Die USA sprechen (genau wie Russland) ausschließlich von P5+1, nie von EU-3+3. Näheres hierzu im Kapital 6.6 zu den weiteren Beobachtungen.

Sie sind davon überzeugt, dass die Politik Irans nicht auf willkürlichen Entscheidungen beruht und dass es nicht nur eine einzige politische Linie in Iran gibt:

> „I think there is a reality to there being different points of view in Iran. Certainly, Iran is not the vigorous, robust democracy that Israel is or the United States of America is.“ (Sherman, Wendy; zitiert nach IIP Digital 2014 a)

Es ist unschwer zu erkennen, welchen dieser „points of view“ die US-Regierung bevorzugt: Die USA schätzen die moderaten Kräfte in Iran, allen voran Hassan Rohani und seine Regierung, als vernünftig und verhandlungsbereit ein, sind sich aber unsicher, ob der Einfluss dieser Kräfte innerhalb des Landes am Ende ausreichen wird, um eine friedliche Einigung durchzusetzen:

> „President Rouhani was elected. He is a conservative cleric, but he does – it appear [*sic!*] – want to create some openings for Iran. He does want to get sanctions relief for his country. He does want to improve the economy. But [...] what he can achieve I think remains to be seen.“ (Sherman, Wendy; zitiert nach IIP Digital 2014 a)

> „[W]ith the election of a new Iranian President earlier this year, an opening for diplomacy emerged.“ (Obama, Barack; zitiert nach The White House 2013)

Es zeigt sich hier, dass sich die Vereinigten Staaten – den Beteuerungen Khameneis und der iranischen Regierung zum Trotz – nicht sicher sind, inwiefern Rohani tatsächlich die Unterstützung des Religionsführers genießt. Den Präsidenten schätzt die US-Regierung hingegen durchaus positiv ein. Im Vordergrund bei dieser Bewertung der neuen iranischen Regierung und ihrer Absichten dürfte das Verhalten der Delegierten Irans in den Verhandlungen stehen, das von den USA als konstruktiv und produktiv angesehen wird. Iran zeige in den Gesprächen, so die Überzeugung der Vereinigten Staaten, ernste diplomatische Absichten. Der Erfolg des gemeinsamen Aktionsplans, an dessen Abmachungen sich Teheran nach Informationen der USA vollständig gehalten hat, stützt der US-Regierung zufolge diese Annahme:

> „I believe the United States and our partners have earned the benefit of the doubt at this point. Many were quick to say that the Joint Plan of Action would be violated; it wouldn’t hold up, it would be shredded. Many said that Iran would not hold up its end of the bargain. Many said that the sanctions regime would collapse. But guess what? The interim agreement wasn’t violated. Iran has held up its end of the bargain, and the sanctions regime has remained intact.“ (Kerry, John; zitiert nach IIP Digital 2014 b)

Demnach hat Iran bereits konkret gehandelt, Zugeständnisse gemacht und seine Transparenz erweitert. Die Entscheidung für die Diplomatie hatte also bereits positive Effek-

te, die bisherigen Annäherungen haben schon zu einer Erhöhung der internationalen Sicherheit geführt. Zudem räumen die US-DiplomatInnen ein, dass es neben den gravierenden (aber nicht unüberwindbaren) Meinungsverschiedenheiten auch diverse Punkte gebe, in denen Iran und die USA durchaus einer Meinung sind.

Aus diesen Gründen hat sich bei der US-Regierung die Annahme durchgesetzt, dass eine für alle Seiten positive diplomatische Einigung im Atomkonflikt durchaus realistisch, wenn auch keinesfalls sicher ist. Die USA denken, dass die Auflockerung der stark verhärteten Fronten zwischen westlichen Staaten und Iran weiter voranschreiten kann, so dass Iran nach einer längeren Übergangsphase wieder ein vertrauenswürdiger, glaubhafter Akteur in der Weltpolitik sein könnte.

[W-us-02]

Iran ist intransparent und nur eingeschränkt berechenbar

Die durchaus positive Perspektive der USA in Bezug auf die Rationalität der iranischen Regierung wird durch eine pessimistischere und kritischere Sicht im Hinblick auf Irans Transparenz und Berechenbarkeit ergänzt. Die Vereinigten Staaten betonen in regelmäßigen Abständen, dass Iran die Transparenz des Atomprogramms zwar immer wieder verbessert habe, diese Verbesserungen aber noch lange nicht den amerikanischen Erwartungen entsprächen. Am klarsten wird diese Problematik in Bezug auf den Umstand, dass sich die USA über den Zweck des Atomprogramms unklar sind: Sie halten neben dem zivilen auch einen militärischen Hintergrund des Programms für möglich. Die Skepsis und das Misstrauen gegenüber Iran sehen sie dabei als historisch gerechtfertigt an:

> „[F]or many years, Iran has been unwilling to meet its obligations to the international community.“ (Obama, Barack; zitiert nach The White House 2013)

> „[T]he United States and Iran have decades of mistrust, obviously, since Americans were taken hostage […].“ (Sherman, Wendy; zitiert nach IIP Digital 2014 a)

Mit Blick auf den Forschungsstand handelt es sich hierbei um eine nachvollziehbare, aber eben auch einseitige Geschichtsauslegung, die unterschlägt, dass auch die USA an der Verschlechterung der Beziehungen und am Aufbau des gegenseitigen Misstrauens beteiligt waren. Die amerikanische Regierung betont die Fehler, die die iranische Seite in der Vergangenheit begangen hat. Ihre eigenen lässt sie unter den Tisch fallen.

Unter Berücksichtigung von *W-us-01* zeigt sich an dieser Stelle, dass die USA Iran zwar nicht als Kriegstreiber einschätzen, in ihrer Wahrnehmungskommunikation aber auch

keine Zweifel daran lassen, dass sie sich mit dieser Wahrnehmung nicht vollkommen sicher sind und sich folglich auch irren könnten. Daraus ergibt sich eine aus der Perspektive der USA mangelhafte Berechenbarkeit des iranischen Vorgehens: Die US-PolitikerInnen können die Positionen der iranischen Delegierten nicht immer beurteilen und halten Aussagen ihrer Gegenüber teilweise für nicht nachvollziehbar.

[W-us-03]

Iran ist hier und jetzt eine Bedrohung für die internationale Sicherheit

Das in *W-us-02* skizzierte Misstrauen Washingtons gegenüber Teheran ist zu guter Letzt die Basis eines Bedrohungsszenarios, das die US-Regierung nach eigenen Aussagen sehr ernst nimmt: Die USA gehen zwar eher davon aus, dass Iran friedliche Absichten verfolgt. Sie halten ein militärisches Nuklearprogramm aber ebenfalls für möglich. Und die Obama-Regierung lässt in diesem Zusammenhang keine Zweifel offen: Sie schätzt einen nuklear gerüsteten Iran als sehr gefährlich ein, weshalb sie ihn unbedingt verhindern will.

Die grundlegende Eigenschaft dieses Bedrohungsszenarios ist, dass die USA die Bedrohung nicht als potentiell, sondern als gegeben einstufen. Demnach ist Iran hier und jetzt eine Bedrohung, nicht nur für Israel, sondern für die internationale Sicherheit im Allgemeinen. Festgemacht wird diese Wahrnehmung an den iranischen Drohungen gegenüber Israel, an Menschenrechtsverstößen des iranischen Regimes und an der Rolle Teherans im Bürgerkrieg in Syrien, die von den USA als besorgniserregend eingestuft wird:

> „So I understand that the region is very concerned about Iran's activities in the region and throughout the world, as are we, as well as Iran's actions on human rights, which from an American point of view and an Israeli point of view are not what they should be, and according to the Universal Declaration of Human Rights." (Sherman, Wendy; zitiert nach IIP Digital 2014 a)

6.2.2 Gestaltete Handlungsspielräume

Die drei Wahrnehmungskategorien der USA erscheinen im ersten Moment etwas widersprüchlich, vor allem bei einer Gegenüberstellung mit der bereits zu Beginn dieser Arbeit zitierten Aussage der US-Geheimdienste aus dem Jahr 2007: „This NIE does not assume that Iran intends to acquire nuclear weapons" (National Counterproliferation Center 2007: 4). In ihrer Wahrnehmung kommunizieren die USA, dass sie genau diesen Schritt – die nukleare Bewaffnung Irans – für möglich halten. Ausgehend von der Tatsa-

che, dass es sich nur um kommunizierte Wahrnehmungen handelt, halte ich es deshalb für wahrscheinlich, dass bei einigen oder allen US-Wahrnehmungskategorien das Gestalten der Handlungsspielräume eine entscheidende Rolle spielt.

Die USA scheinen wirklich darum bemüht, eine zeitnahe friedliche Lösung voranzutreiben, was bedeutet, dass sie friedliche Absichten Teherans für durchaus realistisch halten – denn wenn Teheran kein friedlicher Akteur ist, ist eine friedliche Lösung schlichtweg unmöglich. Auch eine langfristige Verbesserung der Beziehungen zu Iran wird von der US-Regierung mittlerweile direkt angesprochen und aktiv vorangetrieben. Sollte es zu einer Einigung kommen, wollen die USA nicht nur Sanktionen lockern, sondern auch weiter an einer Annäherung zwischen dem Westen und Iran arbeiten und Teherans Isolation so beenden.

Das Aufrechterhalten des Bedrohungsszenarios, das sich in diesem Ausmaß nur schwer mit den öffentlich zugänglichen Geheimdienstinformationen und dem Lob der iranischen Delegation in Einklang bringen lässt, kann man vor diesem Hintergrund als Mittel zum Zweck erklären:

Es versucht zum einen, innenpolitischen bzw. israelischen Widerstand zu besänftigen. Denn die Obama-Regierung richtet sich mit der Betonung der Bedrohung in vielen Fällen direkt an die US-Republikaner und an die Regierung Israels, um diesen Akteuren zu verdeutlichen, dass ihre Sorgen ernst genommen werden und nicht unter den Tisch fallen. Zusätzlich könnte es sich um eine Verhandlungstaktik handeln: Die USA nutzen das Bedrohungsszenario eines atomar bewaffneten Iran in den Verhandlungen dazu, um Teheran möglichst viele Zugeständnisse abzugewinnen. Nur durch die große Bedrohung lässt sich schließlich begründen, wieso Irans Nuklearprogramm überhaupt besonderen Einschränkungen unterliegen sollte. Das Bedrohungsszenario macht die Verhandlungen erst notwendig. Je dramatischer die Bedrohung, desto mehr kann von Iran gefordert werden.

Auch die Kritik von Menschenrechtsverstößen in Iran passt in dieses Bild. Schließlich haben sich die Vereinigten Staaten in den vergangenen Jahrzehnten selbst nicht als Schützer der Menschenrechte profiliert. Im Gegenteil: Die Anwendung von Todesstrafe und Foltermethoden und die enge Kooperation mit Staaten wie Saudi Arabien legen nahe, dass die USA diese eigentlich berechtigte Kritik nur als weiteres praktisches Druckmittel gegen Iran nutzen – besonders glaubwürdig sind derartige Aussagen vor dem Hintergrund der US-Regierung jedoch nicht. Auch hier gilt demnach: Je drama-

tischer die Bedrohung, desto mehr kann von Iran gefordert werden. Und desto mehr wird auch gefordert:

Irans Atomprogramm soll, so die US-Regierung, sehr strengen Kontrollen unterliegen. Durch diese Kontrollen würden die P5+1 für die Laufzeit des Abkommens direkten Einfluss auf Teheran erlangen. Einfluss, der sich durch die positiven Anreize – den Kurs der „ausgestreckten Hand“ (vgl. Rudolf/Lohmann 2010: 8) – langfristig verfestigen könnte. Eine Entwicklung, die Khamenei mit seiner Gegenüberstellung von „Verlockung“ und „Bedrohung“ zwar ideologisch aufgeladen, aber nichtsdestoweniger treffend beschreibt.

Den so erlangten Einfluss wiederum könnten die USA nicht nur nutzen, um die langjährige Feindschaft beider Nationen schrittweise in eine Kooperation umzuwandeln (vgl. Rudolf/Lohmann 2010: 9 ff., 24, 29). Auch eine Stabilisierung des Mittleren Ostens, wie von Nirumand beschrieben, wäre durch eine Verbesserung der amerikanisch-iranischen Beziehungen möglich (vgl. Nirumand 2008: 24). Und auch wenn die Obama-Regierung das Thema Energieversorgung in ihren Reden nicht direkt anspricht, würde sich eine wirtschaftliche Kooperation zwischen den Vereinigten Staaten und Iran – dem Land mit den zweitgrößten Öl- und Gasreserven weltweit (vgl. Perthes 2009: 3) – nicht nur für Teheran, sondern auch für Washington lohnen. Der Weg für einen solchen Austausch wird durch die Wahrnehmungskommunikation der USA und das Voranschreiten der Verhandlungen geebnet. In Bezug auf die Menschenrechtssituation und die Demokratie Irans darf hingegen bezweifelt werden, dass es sich bei der Kritik der USA um mehr als – im Westen freilich gern gehörte – Lippenbekenntnisse handelt.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die über die Wahrnehmungskommunikation gestalteten Handlungsspielräume der USA dem entsprechen, was Rudolf und Lohmann als Ziel der US-Außenpolitik festhalten: Es findet eine Annäherung an Iran statt, die durch eine von Sanktionen und Druck geprägte Einflussnahme vervollständigt wird (vgl. Rudolf/Lohmann 2010: 9 ff., 24, 29).

6.3 Russland

6.3.1 Kommunizierte Wahrnehmungen

Die russische Wahrnehmungskommunikation unterscheidet sich stark von der amerikanischen Perspektive und widerspricht ihr in vielen Punkten direkt. Der von Washington wahrgenommenen Bedrohung durch Iran hält Moskau das Bild eines guten, verlässlichen Partners entgegen.

[W-ru-01]

Iran ist ein besonderer Partner Russlands

Die Russische Regierung kommuniziert über sämtliche analysierten Reden hinweg eine sehr positive, quasi-freundschaftliche Wahrnehmung der Islamischen Republik. Iran ist demnach ein besonderer, ja ein enger Partner Russlands, vielleicht sogar ein Freund – in einigen Aussagen spricht die russische Regierung direkt von einer freundschaftlichen Beziehung.

> „There is no need to describe the relations between our two countries. Russia and Iran are neighbours and longstanding reliable partners. Our position is that we can continue this work in the future, no matter what the turbulence in international relations and with regard to Iran.“ (Putin, Wladimir; zitiert nach Kremlin.ru 2014)

Doch unabhängig davon, ob Partnerschaft oder Freundschaft: Die Beziehungen zwischen beiden Ländern sind den russischen Aussagen zufolge überdurchschnittlich gut. Sie basieren auf langfristigen, gemeinsamen Interessen – nicht nur, aber vor allem in der Wirtschaft – und einem starken Vertrauen der Partner zueinander. Zudem erklärt Moskau, dass es nicht nur seine eigenen Interessen verfolge, sondern dass für die russische Seite auch die Interessen Irans – und deren Umsetzung – eine wichtige Rolle spielen würden. Der freundschaftliche Charakter der Partnerschaft wird dabei durch den Umstand unterstützt, dass die russische Regierung auch in den Meinungsverschiedenheiten zwischen Russland und Iran – beispielsweise im Syrienkonflikt – keine großen Hindernisse sieht: Iran ist ein Partner, hinter dem Russland trotz diverser Meinungsverschiedenheiten steht und der aus russischer Sicht nicht nur vertrauenswürdig ist, sondern auch Verantwortung übernehmen kann.

[W-ru-02]

Iran hat ein unabdingbares Recht auf sein rein ziviles Nuklearprogramm, das ihm einige Staaten (teilweise) verwehren wollen

Die russische Regierung lässt keine Zweifel daran, dass sie das iranische Nuklearprogramm für ein ausschließlich ziviles Programm hält. Sie betont weiterhin, dass dieses zivile Atomprogramm sich im Rahmen des internationalen Rechts bewege. Iran sei ein Staat, der wie alle anderen Staaten ein Recht auf die zivile Nutzung der Kernenergie habe – die internationale Gemeinschaft müsse dieses Recht respektieren:

> „[The] essence [of the agreement] is the recognition of Iran’s unconditional right to develop its peaceful nuclear programme, including the right to enrich uranium, if

> this programme is put under strict international control, and the lifting of all the sanctions in force against the Islamic Republic of Iran, including unilateral ones, the legitimacy of which we have never and will never acknowledge.“ (Lawrow, Sergei; zitiert nach The Ministry of Foreign Affairs of the Russian Federation 2013)

Mit den unilateralen Sanktionen ist das Vorgehen der USA gemeint. Die russische Regierung lehnt derartige Ansätze kategorisch ab. Aus Russlands Perspektive versuchen die USA, Iran von oben herab zu behandeln, wofür es weder eine legale noch eine legitime Grundlage gebe. In diesem Zusammenhang spricht sich die Putin-Regierung auch gegen jegliche militärischen oder gewalttätigen Ansätze aus.

[W-ru-03]

Iran ist ein rationaler Akteur, mit dem man sich im Nuklearkonflikt höchstwahrscheinlich einigen kann und soll

Im Gegensatz zu den USA kommuniziert Russland eine Wahrnehmung, derzufolge eine diplomatische Lösung des Nuklearkonflikts nicht nur möglich, sondern sehr wahrscheinlich ist. Die Putin-Regierung begründet diese Ansicht damit, dass sie keinerlei Hintergedanken Teherans vermutet. Irans Verhalten im Konflikt beschreibt Russland durchweg als positiv – die iranische Delegation sei in den Verhandlungen genauso produktiv wie die UnterhändlerInnen der P5+1:

> „The intensive efforts of delegations from the United Kingdom, Germany, China, Russia, the United States, France and Iran resulted in the development of a framework document.“ (Lawrow, Sergei; zitiert nach The Ministry of Foreign Affairs of the Russian Federation 2013)

Demnach beteiligen sich die iranischen Delegierten aktiv an einer Lösung und kooperieren. Die russische Regierung sieht weiterhin keinerlei Interesse Irans an einer Eskalation des Konflikts, da die iranische Führung rational und auf Basis des gesunden Menschenverstands handle. Iran sei kein Kriegstreiber – wenn die iranische Führung zur Gewalt greife, dann da, wo es richtig sei, beispielsweise im Kampf gegen den Terrorismus –, sondern ein Staat, der eine friedliche Lösung aktiv und produktiv vorantreibe, der sich um eine möglichst große Transparenz bemühe und bereits Kompromisse eingegangen sei: Den gemeinsamen Aktionsplan und seine erfolgreiche Umsetzung sieht die russische Regierung als klares Zeichen dafür, dass Iran seine friedlichen Absichten bereits unter Beweis gestellt hat – Teheran muss folglich nicht erst zur Kooperation gebracht werden, sondern kooperiert bereits. Was wiederum bedeutet, dass die P5+1 und Iran aus

russischer Sicht bereits jetzt nicht gegeneinander, sondern miteinander arbeiten:

> „The implementation of the Geneva agreement, which should start on the 20 January as scheduled, will create the necessary conditions for the development of respective agreements, which should result in a final and comprehensive settlement of this issue. We deem it important to continue constructive interaction between all the participants of the process to maintain and reinforce the spirit of joint work, which we developed in Geneva […].“ (Lawrow, Sergei; zitiert nach The Ministry of Foreign Affairs of the Russiand Federation 2014)

Aufgrund dieses positiven Verhaltens der Islamischen Republik sieht die russische Regierung den Nuklearkonflikt als diplomatisch lösbar an, wobei sie betont, dass sie eine friedliche Konfliktlösung nicht nur als realistisch, sondern auch als wünschenswert einstuft.

6.3.2 Gestaltete Handlungsspielräume

Russland kommuniziert neben seiner Wahrnehmung direkt das Interesse, auch in Zukunft mit Iran zusammenzuarbeiten und die Beziehungen zu Teheran mit der Zeit sogar noch weiter zu verbessern. Gleichzeitig will die russische Regierung nach ihren eigenen Worten nicht, dass Iran weiter isoliert wird, sondern dass als Folge einer diplomatischen Lösung des Nuklearkonflikts eine Integration der Islamischen Republik in die internationale Gemeinschaft beginnt. Eine verstärkte internationale Einbindung, eine gerechte Behandlung Irans und das Recht Teherans auf Beteiligung und Interaktion werden von Moskau in diesem Zusammenhang hervorgehoben.

Hieraus ergibt sich ein recht offensichtlicher Handlungsspielraum, der Nixeys These des *Balancing* (vgl. Nixey 2010: 7 ff.) stützt. Denn neben den vielen positiven Worten und dem ständigen Lob der russisch-iranischen Beziehungen darf nicht vergessen werden, dass Russland mitverantwortlich für die Sanktionen gegen Iran ist. Daraus lässt sich ableiten, dass Moskau tatsächlich einen Mittelweg anstrebt, der den Nuklearkonflikt friedlich löst, indem Teheran klare Zugeständnisse abgerungen werden, Iran aber nicht vollkommen schwächt, sondern im Gegenteil die Weichen für eine langfristig erfolgreiche Kooperation beider Staaten, nicht nur im Bereich der Kernenergie, sondern auch in weiteren ökonomischen und politischen Zweigen, stellt.

Diesem Ziel könnte jedoch im Weg stehen, dass Iran sich durch eine friedliche Lösung den USA und Europa wieder annähern dürfte – was einen Machtverlusts Russlands in der Region zur Folge hätte.

Folgt man nun der Argumentation von Adomeit, dass Moskau die Hilfe Teherans benötigt, um den eigenen Einfluss im Mittleren Osten zu steigern und den Einfluss der USA in der Region einzudämmen (vgl. Adomeit 2007: 5 f.), ergibt sich eine logische Erklärung des Spannungsverhältnisses von euphorischer pro-iranischer Rhetorik einerseits und teils anti-iranischer Politik andererseits: Die russische Regierung sieht Irans Atomprogramm durchaus kritisch, setzt aber alles daran, die Beziehungen zwischen Iran und Russland möglichst weit voranzutreiben und beide Staaten weiter aneinander anzunähern, damit Russland im Fall einer diplomatischen Konfliktlösung einen entscheiden Vorsprung zu den USA hat, die erst in einem langjährigen Prozess neues Vertrauen zwischen sich und Iran aufbauen müssten. Russland wäre folglich auch weiterhin der wichtigere Ansprechpartner Irans in Bezug auf wirtschaftliche und politische Kooperation, wodurch die Integration Irans in die internationale Gemeinschaft auch in Zukunft über Moskau als Vermittler ablaufen könnte. Weshalb an dieser Stelle klar wird, dass Russland eine harte Gangart gegenüber Iran nicht – wie im Forschungsstand angenommen – ablehnt, *obwohl* Moskau und Washington teilweise dieselben Ziele in der Region verfolgen (vgl. Trenin 2006: 92 ff.). Stattdessen inszeniert sich die russische Regierung als Fürsprecher Irans, *weil* sie und die US-Regierung ähnliche Ziele haben.

Die von Russland unterstützte Lockerung der Sanktionen bei Abschluss des Abkommens dürfte zudem die bisher aufgebauten russisch-iranischen Wirtschaftsbeziehungen weiter beflügeln, was nicht nur im Hinblick auf die westliche Sanktionspolitik gegen Russland im Rahmen der Krimkrise durchaus in Moskaus Interesse sein könnte. Und all das ohne einen zu großen Machtanstieg Irans (und somit Irans Unabhängigkeit von Russland) zu stark zu begünstigen. Denn die diplomatische Lösung, die Russland vorantreibt, würde Iran zwar von der Last vieler Sanktionen befreien, aber eben auch an spezielle Regelungen binden, die eine rasche Machtentfaltung Irans in der Region verhindern würden.

Dieser Ansatz könnte auch den Widerspruch zwischen der positiven Darstellung der russisch-iranischen Beziehungen durch Russland und der Feststellung von Katz, Russland und Iran seien immer wieder von der mangelnden Kooperationsbereitschaft des jeweils anderen frustriert (vgl. Katz 2012: 54), erklären: Die russische Regierung ist aktuell aus wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Gründen auf gute Beziehungen zu Iran angewiesen, weshalb sie diese Beziehungen positiver darstellt als sie es wirklich sind. Tatsächlich ist Iran vielleicht nicht der perfekte Partner, als den Moskau ihn verkaufen möchte. Sondern vielmehr ein relevanter Player im Mittleren Osten, der für Russland

nicht aufgrund der vielen Gemeinsamkeiten, sondern wegen seines Einflussbereichs eine wichtige Rolle spielt. Was selbstverständlich nicht bedeutet, dass eine Kooperation zwischen beiden Ländern nicht auch für beide Seiten ertragreich sein kann – nur sind die Ziele eben dieser Kooperation deutlich ignoranter, als die russische Regierung es zugegeben möchte. Russland und Iran sind keine Freunde. Sie sind strategische Partner.
Die Kategorien der Wahrnehmungskommunikation und die gestalteten Handlungsspielräume Russlands decken sich somit mit den im Forschungsstand erhobenen Aussagen: Die russische Regierung will durch eine intensive Kooperation mit Iran nach wie vor ihren Einfluss am Persischen Golf und im Mittleren Osten ausbauen.

6.4 Deutschland

6.4.1 Kommunizierte Wahrnehmungen

Die Wahrnehmungskommunikation der deutschen Regierung entspricht keiner der vorherigen Wahrnehmungskommunikationen, lässt sich aber zwischen den Aussagen der USA und Russlands einordnen – mal nähert sie sich mehr der einen, mal der anderen Seite an. Deutschland betrachtet Iran nicht ganz so kritisch wie die Vereinigten Staaten, aber auch weitaus weniger euphorisch als Russland.

[W-de-01]

Iran ist ein rationaler Akteur, mit dem eine friedliche Einigung möglich ist

Die Bundesregierung betrachtet Iran als einen rationalen Akteur, der Argumenten zugänglich ist und dementsprechend überzeugt werden kann. Sie geht davon aus, dass Iran sich weder isolieren, noch die Fronten in den Beziehungen zur westlichen Staatenwelt weiter verhärten möchte. Aus der Vernunft des iranischen Regimes folgt aus deutscher Sicht, dass Iran sowohl verhandlungswillig als auch kompromissbereit ist, und dass sich die Ansichten der EU-3+3 und Irans trotz aller Hindernisse in Einklang bringen lassen:

> „Eine Verhandlungslösung ist möglich.“ (Westerwelle, Guido; zitiert nach Auswärtiges Amt 2014 c)

> „Die Verhandlungsatmosphäre ist durchaus so, dass man sagen kann, auch die Iraner verhandeln mit dem Willen zu einem Ergebnis zu kommen, aber die ganze Wahrheit ist natürlich: Wir sind bei diesem komplexen Konflikt in vielen Punkten noch auseinander.“ (Steinmeier, Frank-Walter; zitiert nach Tagesschau.de 2014)

Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass die deutsche Regierung Iran – so wie Russland und die USA – nicht als Kriegstreiber einstuft, sondern als einen Staat, der

eine friedliche Lösung anstrebt. Deutschland geht somit nicht davon aus, dass Iran um jeden Preis gegen Israel vorgehen möchte. Den guten Willen Teherans machen die Deutschen dabei am erfolgreichen Voranschreiten der Verhandlungen fest:

> „Wir haben in den letzten Monaten sehr ernsthaft verhandelt und konnten auch spürbare Fortschritte erzielen. Gleichwohl bleiben in zentralen Fragen große Meinungsunterschiede bestehen. Aber wir haben doch den Eindruck gewonnen, dass beide Seiten ernsthaft um eine Einigung bemüht sind, und dass die Differenzen in der verbleibenden Zeit noch überwunden werden können.“ (Steinmeier, Frank-Walter; zitiert nach Auswärtiges Amt 2014 d)

Iran ist aus der Sicht der Bundesregierung demnach ein Akteur, mit dem man sinnvoll und zielführend verhandeln kann, der bis zu einem gewissen Grad offen für Neues ist und kooperieren möchte, gleichzeitig jedoch Angst hat, von einigen seiner Standpunkte abzuweichen. Aus diesen Gründen hält die Bundesregierung eine Einigung mit Iran in naher Zukunft trotz der verbleibenden Hindernisse für realistisch.

[W-de-02]

Iran ist keine akute, aber eine potentielle Bedrohung

Im Gegensatz zu den USA und Israel sieht Deutschland Iran nicht als akute Bedrohung. Iran ist kein Kriegstreiber, ein militärischer Eingriff wäre demnach nicht gerechtfertigt. Dass Teheran aktuell keine Bedrohung ist, bedeutet aus der deutschen Perspektive jedoch nicht, dass es nicht eine werden könnte. Denn die Bundesregierung sieht Israel und die internationale Sicherheit nur solange nicht von Iran gefährdet, wie das Land keine Kernwaffen besitzt. Mit Atomwaffen wäre die Islamische Republik also durchaus bedrohlich:

> „Der Iran hatte in der Vergangenheit unverhohlen die Vernichtung Israels propagiert. Unter der neuen Führung ist der Ton zwar teilweise ein anderer geworden, überzeugende Taten allerdings fehlen immer noch. Ziel ist und bleibt: Der Iran darf sich nicht nuklear bewaffnen. Er darf nicht zu einer Gefahr für Israel, für die gesamte Region und ebenso wenig für Europa und die ganze Welt werden.“ (Merkel, Angela; zitiert nach Die Bundesregierung 2014).

Dass Iran unter bestimmten Voraussetzungen eine Bedrohung sein könnte, liegt aus der Perspektive der Bundesregierung daran, dass das Land nach wie vor intransparent und nur eingeschränkt vertrauenswürdig ist – und dass das iranische Regime Israel in der Vergangenheit bereits verbal bedroht hat. Die Bundesregierung sieht zwischen sich und Iran zudem grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten, die teilweise mit einer ausge-

prägten Sturheit der iranischen Führung zusammenhängen.

[W-de-03]

Iran ist teilweise intransparent und nur eingeschränkt berechenbar

Genau wie die Vereinigten Staaten nimmt die Bundesregierung Iran als eingeschränkt berechenbar wahr. Der tatsächliche Zweck des Nuklearprogramms ist demzufolge unklar, Irans Handlungen lassen sich nicht vollständig nachvollziehen:

> „Die Behauptung, man handele hier im guten Glauben oder man sei ausschließlich auf das Vertrauen angewiesen, trifft nicht zu. 'Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser', und deswegen ist die Kontrolle bei den Genfer Verhandlungen fest vereinbart worden.“ (Westerwelle, Guido; zitiert nach Auswärtiges Amt 2014 c)

Neben einer eingeschränkten Vertrauenswürdigkeit Irans wird diese Sicht der deutschen Regierung vor allem durch die wahrgenommene Intransparenz Irans ausgelöst. Die Bundesregierung ist sich dementsprechend in der Frage, ob Iran Kernwaffen anstrebt, unsicher. Sie sieht Iran nicht als einen Akteur, auf dessen Aussagen man sich vollständig verlassen kann. Daran ändert auch die Präsidentschaft Rohanis nichts, bei dem sich die Bundesregierung nicht sicher ist, wie stark er sich tatsächlich von seinem Vorgänger unterscheidet.

6.4.2 Gestaltete Handlungsspielräume

Deutschland gestaltet über seine Wahrnehmungskommunikation offensichtlich einen Mittelweg, der sowohl die Beziehungen zu Iran verbessern als auch die Beziehungen zu Israel nicht verschlechtern soll.

So betont die Bundesregierung zum einen regelmäßig die aus ihrer Sicht berechtigten Sorgen der israelischen Regierung und großer Teile der israelischen Bevölkerung. Iran, das stellen alle VertreterInnen Deutschlands unmissverständlich klar, dürfe keine Atomwaffen erhalten. Die Frage, ob Iran diese Waffen überhaupt anstrebt, lässt sie unbeantwortet – laut ihrer kommunizierten Wahrnehmung ist sie nicht beantwortbar, da man Iran nur eingeschränkt vertrauen könne und die Handlungen der iranischen Führung nur schwer berechenbar seien. Diese Unsicherheit deckt sich mit den Aussagen von EU-VertreterInnen, die Iran für einen intransparenten und verwirrenden Akteur halten (vgl. Vatanka 2008: 2; Posch 2013: 7). Sie scheint folglich nicht strategischer Art zu sein, sondern der tatsächlichen Position Deutschlands zu entsprechen. Aus dieser Perspektive ist

es realistisch, dass die BRD – wie von Meier angenommen – einen militärischen Hintergrund des iranischen Atomprogramms für möglich hält und genau diese Möglichkeit eingrenzen bzw. verhindern will (vgl. Meier 2014: 7).

Zum anderen legt das Vorgehen Deutschlands in den Verhandlungen nahe, dass die deutsche Regierung ihre Unsicherheit und das fehlende Vertrauen zu Iran zumindest nicht als unlösbare Probleme betrachtet. Anders lässt sich nicht erklären, dass die Bundesrepublik die Verhandlungen nach wie vor aktiv vorantreibt und ihren Verlauf grundsätzlich positiv bewertet. Die Bundesregierung macht durch dieses Vorgehen von ihrer Seite den Weg frei für eine Annäherung zwischen Deutschland bzw. der EU und Iran. Gleichzeitig lässt sie keine Zweifel daran, dass die Islamische Republik für eine solche Annäherung selbst noch aktiver werden muss.

Somit sieht es ganz danach aus, als würde die Bundesregierung nach wie vor die im Forschungsstand beschriebene Strategie der „Nicht-Ausgrenzung“ Irans verfolgen, die eine Eskalation des Konflikts verhindern soll. Mit Ausnahme vielleicht von Russland ist Deutschland deshalb der einzige von mir untersuchte Staat, der seit der Islamischen Revolution eine konsistente Iranpolitik verfolgt, die eine Annäherung beider Staaten aneinander begünstigt. Kulturell und (von den letzten durch die Sanktionen geprägten Jahren abgesehen) auch wirtschaftlich ist diese Politik nach Aussagen der Regierung bereits erfolgreich. Eine diplomatische Lösung des Nuklearkonflikts könnte jedoch den bisher größten Erfolg mit sich bringen: Eine politische Annäherung, die die bisherigen kulturellen und ökonomischen Kooperationen stark begünstigt.

Diese Annäherung alleine dürfte die deutsche Strategie im Umgang mit Iran bereits rechtfertigen. Doch was ist mit der von Maull vertretenen These, Deutschland habe prinzipiell ein Interesse an der Demokratisierung und an der Etablierung des Rechtsstaats in anderen Ländern (vgl. Maull 2006: 68-70)? Und wie sieht es mit dem EU-Konzept „Wandel durch Annäherung“ aus?

Beide Konzepte spielen in der deutschen Wahrnehmungskommunikation wenn überhaupt nur eine untergeordnete Rolle. Was jedoch nicht bedeutet, dass Deutschland und die EU diese Ziele nicht verfolgen. Denn wenn die Strategie der „Nicht-Ausgrenzung“ aufgeht, könnte die dadurch gestärkte Kooperation zwischen Europa und Iran auch eine aus europäischer Sicht positive innenpolitische Entwicklung Irans begünstigen – weg von täglichen Menschenrechtsverstößen, hin zu einer Demokratisierung. Dass deutsche PolitikerInnen diese Ziele im Hinblick auf die Verhandlungen kaum erwähnen, dient

höchstwahrscheinlich dazu, die ohnehin schwierige Verhandlungssituation nicht weiter zu verkomplizieren. Ganz nach dem Motto: Ein Schritt nach dem anderen.

6.5 Israel

6.5.1 Kommunizierte Wahrnehmungen

Die von der israelischen Regierung kommunizierte Wahrnehmung Irans und des iranischen Atomprogramms ist – wie sich im Forschungsstand bereits angedeutet hat – ein Sonderfall. Und das in doppelter Hinsicht.

Denn erstens unterscheiden sich die Aussagen des israelischen Ministerpräsidenten und des Außenministeriums zu Iran und dessen Atomprogramm in Bezug auf die darin kommunizierte Wahrnehmung sehr stark von denen aller anderen untersuchten Staaten.

Und zweitens stammen so gut wie alle wichtigen Reden und Aussagen zum Atomkonflikt von Ministerpräsident Netanjahu. Außenminister Liebermann äußert sich vergleichsweise selten und auch weniger ausführlich zur Thematik. Netanjahu hingegen hat in den vergangenen Jahren mehrmals vor den Vereinten Nationen und zuletzt bei seiner stark umstrittenen Rede vor dem US-Kongress öffentlichkeitswirksam Stellung bezogen, so dass die Vermutung nahe liegt, dass der israelische Ministerpräsident die Zügel der Iranpolitik seines Landes in die Hand genommen hat. Zwei der drei Texte, die ich von der israelischen Regierung analysiert habe, stammen dementsprechend von Netanjahu. Das wirft selbstverständlich die Frage auf, ob die Analyse der israelischen Wahrnehmungskommunikation zu einseitig aufgestellt ist. Dagegen spricht aus meiner Sicht, dass eine der beiden Reden Netanjahus vom israelischen Außenministerium veröffentlicht wurde. Zudem bezieht sich das Außenministerium in vielen seiner vergleichsweise kurzen Beiträge oft auf Netanjahus Aussagen. Grundsätzliche Meinungs- oder Wahrnehmungsverschiedenheiten scheinen dementsprechend nicht gegeben.

[W-is-01]

Die Bösartigkeit der iranischen Führung macht Iran zu einer großen und akuten Bedrohung für die Welt

Die israelische Regierung stuft die iranische Führung als bösartig ein. Das mag im ersten Moment stark übertrieben klingen, lässt sich jedoch mit einer großen Zahl an Aussagen belegen.

Beginnend bei der Wahrnehmung Irans als Diktatur, die von Khamenei als Diktator geführt werde. Einem Diktator, der Hass und Antisemitismus schüre und der Israel ver-

nichten wolle. Im Gegensatz zu den USA und Deutschland, die zumindest pluralistische Tendenzen in Iran einräumen, ist die Islamische Republik aus der israelischen Perspektive ohne Frage eine vom Obersten Führer gelenkte Tyrannei, die die Bevölkerungsmehrheit unterdrückt.

Was diese Diktatur noch schlimmer als andere Diktaturen macht, ist aus israelischer Sicht die Tatsache, dass Iran Israel vernichten will. Auch hier lässt die israelische Regierung in ihrer Wahrnehmungskommunikation keine Zweifel: Sie glaubt nicht nur, dass Iran Kernwaffen erlangen möchte, sondern dass diese Waffen auch für eine offensive Nutzung gegen Israel gedacht sein könnten. Beweise dafür, dass es sich hierbei nicht nur um abschreckende Rhetorik handelt, gibt es aus der israelischen Perspektive viele. Iran sei bereits in der Vergangenheit über Leichen gegangen und habe dutzende Menschen im In- und Ausland ermorden lassen. Zudem unterstütze die Islamische Republik das Assad-Regime im Syrienkonflikt, plane aktiv Anschläge auf die USA, arbeite mit Terrororganisationen zusammen und sei auch selbst terroristisch aktiv.

Israel nimmt Iran dementsprechend als einen Staat wahr, der seit 30 Jahren ausschließlich brutal und terroristisch vorgeht, der grausam agiert und für den Gewalt das einzige Mittel ist. Der hier und jetzt eine große Gefahr, nicht nur für Israel oder die Region, sondern für die ganze Welt darstellt, und einen nuklear gerüsteten Terrorismus bewirken könnte. Der Frieden ablehnt, die Wahrheit ignoriert, der lügt, mordet und vom Wahnsinn getrieben ist. Und der viel, viel bedrohlicher ist als das vielzitierte Beispiel Nordkorea:

> „A nuclear-armed Iran in the Middle East wouldn't be another North Korea. It would be another 50 North Koreas!“ (Netanjahu, Benjamin; zitiert nach Israel Ministry of Foreign Affairs 2013)

Ein nuklear gerüsteter Iran wäre so gefährlich wie 50 Nordkoreas. Eine Zahl, die offensichtlich symbolisch gemeint ist – und die das unfassbar große Ausmaß der Bedrohung widerspiegeln soll. Doch Netanjahu belässt es nicht bei diesem Vergleich. Er nimmt Iran nicht nur als „50 Nordkoreas“ wahr, sondern sieht die Islamische Republik auf einer Ebene mit dem Islamischen Staat und Deutschland zur Nazizeit. Die Islamische Republik ist wie Nazideutschland. Sie könnte einen zweiten Holocaust anstreben:

> „The last century has taught us that when a radical regime with global ambitions gets awesome power, sooner or later, its appetite for aggression knows no bounds. That's the central lesson of the 20th century.“ (Netanjahu, Benjamin; zitiert nach Israel Ministry of Foreign Affairs 2013)

> „Iran and ISIS are competing for the crown of militant Islam. One calls itself the Islamic Republic. The other calls itself the Islamic State. Both want to impose a militant Islamic empire first on the region and then on the entire world.“ (Netanjahu, Benjamin; zitiert nach The Washington Post 2015 b)

> „Iran's goons in Gaza, its lackeys in Lebanon, its revolutionary guards on the Golan Heights are clutching Israel with three tentacles of terror.“ (Netanjahu, Benjamin; zitiert nach The Washington Post 2015 b)

Die Islamische Republik streckt ihre Tentakeln aus. Vervollständigt man dieses Bild, ist Iran ein riesiger Krake, ein Monster. Und auch an dieser Stelle endet die Bedrohungsrhetorik noch nicht. Denn am Ende all dieser von Israel wahrgenommenen Eigenschaften der Islamischen Republik legt die israelische Regierung dar, was aus ihrer Sicht die Ziele Irans sind.

Das iranische Regime wolle den Heiligen Krieg vorantreiben. Seine Ziele seien Tod, Vernichtung und religiöser Fanatismus, ein militantes islamisches Reich und die Bekämpfung der westlichen Zivilisation. Und diese Ziele seien nicht neu: Bereits seit 4000 Jahren, so betont Netanjahu, wolle das persische Volk das jüdische Volk vernichten. Die Bösartigkeit der Islamischen Republik ist folglich eine grundsätzliche, feststehende Eigenschaft.

Die israelische Regierung nimmt dementsprechend eine akute von Iran ausgehende Bedrohung wahr, die sich aus vielen einzelnen Bedrohungen zusammensetzt: Die Islamische Republik will ihre Macht ausbreiten und Kernwaffen erhalten. Sie bedroht damit nicht nur ihr eigenes Volk, sondern Israel, den Mittleren Osten und die ganze Welt. Iran will aus israelischer Sicht den Heiligen Krieg – und ist damit nicht weniger bedrohlich als der Islamische Staat.

[W-is-02]

Die internationale Gemeinschaft verkennt in ihrer Naivität Irans wahres Gesicht und die militärische Ausrichtung des Nuklearprogramms

Die israelische Regierung betrachtet das iranische Nuklearprogramm als (höchstwahrscheinlich) militärisch. Ihre Wahrnehmung unterscheidet sich somit auch in dieser Hinsicht stark von der der anderen Staaten:

> „Iran's behavior over the past several years suggests that it is actively pursuing a nuclear weapons program.“ (Israel Ministry of Foreign Affairs 2015)

> „It's not that it's hard to find evidence that Iran has a nuclear weapons program. It's hard to find evidence that Iran doesn’t have a nuclear weapons program.“ (Netanjahu, Benjamin; zitiert nach Israel Ministry of Foreign Affairs 2013)

Die Selbstverständlichkeit, mit der vor allem der israelische Ministerpräsident Netanjahu von einem „nuclear weapons program“ spricht – so, als gäbe es keinerlei Zweifel an einer militärischen Ausrichtung des Programms –, ist dabei besonders hervorzuheben. Netanjahu behandelt diese Aussage nicht so, als handle es sich dabei nur um eine Vermutung. Im Gegenteil: Er wirft den EU-3+3 sowohl indirekt als auch direkt vor, Fakten zu ignorieren und das wahre Gesicht Irans zu verkennen.

Aus Netanjahus Sicht ist es offensichtlich, dass es sich bei Rohani um einen Blender und Lügner handelt, dessen Aussagen durch die Fakten widerlegt, von der internationalen Gemeinschaft jedoch geschluckt werden:

> „Ahmadinejad was a wolf in wolf's clothing and Rouhani is a wolf in sheep's clothing – a wolf who thinks he can pull the wool over the eyes of the international community.“ (Netanjahu, Benjamin; zitiert nach Israel Ministry of Foreign Affairs 2013)

Die Wahl Rohanis zum iranischen Präsidenten macht Netanjahu zufolge keinen Unterschied. Und auch das israelische Außenministerium scheint sie nicht als sonderlich wichtig einzustufen: Auf der Website des Ministeriums ist in der offiziellen Übersicht zum „Iranian Threat“ auch noch im April 2015 von Ahmadinedschad als iranischem Präsidenten die Rede:

> „Iran, under the leadership of President Mahmud Ahmadinejad, is a rapidly growing threat to its own people, the peoples of the Middle East region, and the Western world.“ (Israel Ministry of Foreign Affairs 2015)

Es handelt sich hierbei wohl gemerkt nicht um einen Artikel, sondern um eine allgemeine Informationsseite, bei der man aktuelle Inhalte erwarten kann. Dass das israelische Außenministerium in einem derart heiklen Konflikt die Informationen auf einer solchen Seite über eineinhalb Jahre nach den Wahlen in Iran noch nicht aktualisiert hat, verfestigt den Eindruck, dass die israelische Regierung diesem Wandel keine große Bedeutung beimisst.

Israel erkennt somit nach wie vor keinerlei Anzeichen dafür, dass Iran an einer friedlichen Lösung des Konflikts interessiert sein könnte. Irans einziges Interesse an den Verhandlungen ist aus dieser Sicht, gerade durch eine scheinbare diplomatische Lösung Zugang zu Nuklearwaffen zu erhalten:

> „That deal will not prevent Iran from developing nuclear weapons. It would all but guarantee that Iran gets those weapons, lots of them.“ (Netanjahu, Benjamin; zitiert nach The Washington Post 2015 b)

Der Grund hierfür ist laut Netanjahu, dass das Atomprogramm selbst nach vermeintlich erfolgreichen Verhandlungen intakt bliebe und Iran somit die Ressourcen habe, um während der Gültigkeit des Abkommens oder nach dessen Ablauf sehr schnell Atomwaffen fertigzustellen. Der Vorwurf hier ist kein geringerer als dass die internationale Gemeinschaft, die Iran eigentlich von Kernwaffen fernhalten will, Teheran durch ihren naiven Glauben an den diplomatischen Willen der iranischen Führung genau zu diesen Waffen verhilft. Und dieser Vorwurf hängt aus der Sicht Netanjahus mit einer weiteren Fehlentwicklung zusammen:

> „The last century has taught us that when a radical regime with global ambitions gets awesome power, sooner or later, its appetite for aggression knows no bounds. That's the central lesson of the 20th century. Now, we cannot forget it. The world may have forgotten this lesson. The Jewish people have not.“ (Netanjahu, Benjamin; zitiert nach Israel Ministry of Foreign Affairs 2013)

Neben der direkten Gegenüberstellung von Nazideutschland und Iran ist der Kern dieser Aussage, dass die Welt möglicherweise den Holocaust vergessen habe. Erneut findet sich hier somit der Vorwurf, dass die internationale Gemeinschaft die Realität ignoriere und sich der Illusion hingebe, dass man eine diplomatische Lösung mit Teheran erzielen könne. Einen Vorwurf, den Netanjahu mit weiteren Aussagen, wie der folgenden, unterstreicht:

> „We don't have to gamble with our future and with our children's future.“ (Netanjahu, Benjamin; zitiert nach The Washington Post 2015 b)

Wir sind nicht gezwungen, mit unserer Zukunft zu spielen. Hier impliziert Netanjahu ohne Frage, dass die EU-3+3 mit ihrer Verhandlungstaktik genau das tun: Sie spielen mit der Zukunft. Als wären sie ahnungslose und unvernünftige Kinder. Als wären sie vollkommen naiv.

[W-is-03]

Iran agiert, Israel reagiert

Die dritte Wahrnehmungskategorie Israels bezieht sich auf den Ursprung des Konflikts: Die israelische Regierung nimmt Iran und dessen Bösartigkeit als einzige Konfliktursache wahr. Alle anderen Akteure reagieren demnach nur auf die Handlungen Irans. Iran

wiederum tut aus Sicht Israels nur so, als sei er bedroht – tatsächlich gehe die Bedrohung jedoch einzig und allein von Teheran aus.

> „Against such a threat, Israel will have no choice but to defend itself.“ (Netanjahu, Benjamin; zitiert nach Israel Ministry of Foreign Affairs 2013)

Eine Mitschuld anderer Akteure wird an dieser Stelle nicht eingeräumt. Die Regierung Israels sieht Iran als den Akteur, der Schuld am Bestehen des Konflikts ist. Iran agiert, Israel reagiert – nicht weil es will, sondern weil es muss.

6.5.2 Gestaltete Handlungsspielräume

Wie bereits angesprochen unterscheidet sich die kommunizierte Wahrnehmung der israelischen Regierung sehr stark von den Wahrnehmungen der anderen untersuchten Akteure. Vor diesem Hintergrund stellt sich natürlich die Frage: Warum?

Warum schätzt die israelische Regierung die von Iran ausgehende Gefahr größer ein als die USA, und viel größer als Deutschland oder Russland? Weil sich die Drohungen Irans vor allem gegen Israel richten? Nur: Deutschland und die USA würden wohl kaum einen nuklearen Angriff Irans auf Israel riskieren. Die Netanjahu-Regierung kritisiert aber, dass genau das geschieht.

Russland vertritt die Ansicht, dass keine größere Gefahr vom iranischen Atomprogramm ausgeht. Die US-Geheimdienste gehen davon aus, dass die Islamische Republik die militärischen Komponenten des Programms 2003 eingestellt hat (vgl. National Counterproliferation Center 2007). Die Vereinigten Staaten und Deutschland halten sowohl einen militärischen als auch einen rein zivilen Hintergrund des Programms für möglich. Und auch aus den Reihen der israelischen Geheimdienste kommen starke Zweifel an einer Bedrohung durch eine rein ideologische, vom Wahnsinn geleitete Islamische Republik (vgl. Kaye et al. 2011: 30 f.). Gleichzeitig zeigen sowohl der Forschungsstand als auch meine Forschung, dass die israelische Regierung eben diese Bedrohung sehr ernst nimmt und davon ausgeht, dass Iran mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit ein militärisches Atomprogramm verfolgt.

Für diese großen Differenzen in den kommunizierten Wahrnehmungen gibt es aus meiner Sicht zwei Erklärungsansätze. Erstens wäre es möglich, dass sich die Wahrnehmungen der israelischen Regierung und der anderen Akteure tatsächlich in diesem Ausmaß unterscheiden. Im Hinblick auf die Handlungsspielräume, die durch eben diese Wahr-

nehmungskommunikation gestaltet werden, erscheint jedoch ein zweites Szenario wahrscheinlicher: Die israelische Regierung nutzt das dramatische Bedrohungsszenario als Mittel zum Zweck.

Innenpolitisch stärkt ein derartiges Bedrohungsszenario die konservativen und rechten Kräfte im Land. Ein Vorwurf, der der Regierung gerade im Hinblick auf die vergangenen Wahlen von vielen Seiten gemacht wurde: Die Rede Netanjahus vor dem US-Kongress, bei der der israelische Ministerpräsident das Bedrohungsszenario ausführlich und öffentlichkeitswirksam nach außen kommunizierte, fassten sehr viele BeobachterInnen als reine Wahlkampfveranstaltung auf (vgl. u.a. Booth 2015; The Times of Israel 2015). Der überraschend deutliche Wahlerfolg von Netanjahus Parteienbündnis Likud stützt die These, dass der israelische Ministerpräsident Iran gezielt als Spielball in der israelischen Innenpolitik nutzt. Die konservativen und rechten Kräfte gelten in Israel als diejenigen, die für Sicherheit sorgen und das Land vor den umliegenden Gefahren schützen. Die israelische Regierung profitiert demnach innenpolitisch stark von der Kommunikation einer dramatischen Bedrohung durch Iran.

Beachtenswert sind auch die außenpolitischen Folgen der israelischen Wahrnehmungskommunikation: Israel lehnt den derzeitigen Deal mit Teheran vollkommen ab und setzt sich stattdessen für stärkere Sanktionen ein, die Iran am Ende zu einem aus israelischer Perspektive viel besseren Abkommen zwingen sollen. Durch ein derartiges Vorgehen würde Iran nicht gleichberechtigt in die internationale Gemeinschaft integriert, sondern klein gehalten. Hier zeigt sich eine Bestätigung der im Forschungsstand vorgestellten Rivalität zwischen Israel und Iran: Ein derart geschwächter Iran könnte in der Region nicht – wie von Israel befürchtet – als Hegemon auftreten. Er könnte nicht den Rückhalt der arabischen Staaten für sich gewinnen. Und er könnte weder diplomatisch noch militärisch den Druck auf Israel, eine für die PalästinenserInnen gute Einigung im Nahostkonflikt voranzutreiben, erhöhen. Der im Forschungsstand erhobene Vorwurf, Netanjahu nutze Iran als Ausrede, um keine Lösung im Nahostkonflikt zu erreichen, stützt dieses Bild.

6.6 Weitere Beobachtungen

Nach der Vorstellung meiner Forschungsergebnisse zu den einzelnen Staaten möchte ich im Folgenden noch kurz auf einige Sachverhalte eingehen, die ich im Rahmen meiner Analysen beobachten konnte, ohne dass sie direkt in die Auswertung eingeflossen sind.

Erstens lässt sich anhand der analysierten Texte feststellen, dass sowohl der israelische Ministerpräsident Netanjahu als auch der iranische Religionsführer Khamenei ein klares Gut-Böse-Schema kommunizieren, in dem ihr eigener Staat die Rolle des guten Akteurs einnimmt. Beide artikulieren somit genau das, was Fiedlers psychologische Argumentation nahelegt: Die eigene Seite wird als friedlich, die gegnerische als kriegerisch dargestellt. Das eigene Volk wird – in übertriebenem, teils heroisierendem Maße – aufgewertet, das andere abgewertet. Und: Eigene Handlungen werden als Reaktion auf die feststehenden, negativen Eigenschaften der anderen Seite verklärt (vgl. Fiedler 2014: 105). Auch wenn es sich bei diesen Aussagen *nur* um kommunizierte Wahrnehmungen handelt, sind sie sehr ernst zu nehmen: In zwei Völkern, die viel durchlitten haben und die sich bis heute nicht sicher fühlen, fallen derartige Äußerungen auf fruchtbaren Boden – was der Zuspruch für Khamenei und Netanjahu in ihren Ländern beweist. Man kann dieses Verhalten wie Bock interpretieren, der davon ausgeht, dass beide Staaten mit ihrer eskalierenden Rhetorik und dem Aufbau eines Bedrohungsszenarios den Gegner zu Verhaltensänderungen zwingen wollen (vgl. Bock 2012 a: 84). Tatsächlich ist im Fall Netanjahus aber gar nicht gesagt, dass er sich eine Veränderung der iranischen Politik wünscht. Schließlich haben die aktuellen Wahlen in Israel einmal mehr die Abhängigkeit des Likud von derartigen Bedrohungsszenarien verdeutlicht.

Zweitens konnte ich mit meinen Untersuchungen nicht bestätigen, dass die Ausgangsposition Deutschlands in den Verhandlungen aufgrund des historischen Hintergrunds eine bessere als die der anderen EU-3+3-Mitglieder ist. Die iranischen Politiker nennen Deutschland nie gesondert vom Rest der EU-3+3. Und sie nutzen sowohl die Bezeichnung P5+1 als auch EU-3+3. Im Gegensatz dazu sprechen die Regierungen der Vereinigten Staaten und Russlands von P5+1, die deutsche Regierung hingegen von EU-3+3. Je nach Begriffsverwendung lässt sich hier eine unterschiedliche Gewichtung der Rolle der EU-3 oder der P5 beobachten. Die Verhandlungspartner wählen somit schlichtweg den Begriff, der ihnen selbst eine größere Bedeutung zuschreibt. Unabhängig davon, ob dies auch dem aktuellen Stand der Entwicklungen entspricht. Während sich anhand der vorliegenden Ergebnisse somit nichts über einen etwaigen Sonderstatus Deutschlands in den Verhandlungen sagen lässt, ist allerdings ein Rückschluss auf eine Sonderrolle der USA möglich. Denn die iranische Führung hebt in ihren Aussagen kein Mitglied der EU-3+3 positiv, häufig aber die Vereinigten Staaten negativ hervor. Ihre antiwestliche Rhetorik richtet sich in vielen Fällen direkt an die USA. Allerdings kommuniziert die Regierung Irans in diesem Zusammenhang keine in Stein gemeißelte Wahrnehmung.

Eine Annäherung zwischen Teheran und Washington ist demnach trotz der iranischen Kritik an den Vereinigten Staaten möglich.

Drittens argumentieren – von Deutschland abgesehen – alle analysierten Staaten historisch, konzentrieren sich dabei aber auf vollkommen unterschiedliche Abschnitte der Geschichte. Die Islamische Republik hebt die gegen Iran begangenen Ungerechtigkeiten zwischen 1953 und 1979 hervor, sowie die jüngeren Fehler der USA und ihrer Verbündeten in Afghanistan und Irak. Die USA und Israel betonen hingegen das Geiseldrama, die Verfolgung oppositioneller IranerInnen und terroristische Aktivitäten Teherans nach der Islamischen Revolution. Russland wiederum konzentriert sich auf die jüngsten Entwicklungen der russisch-iranischen Kooperation – und verhält sich somit ganz so, als wären beide Staaten schon immer gleichberechtigte Partner gewesen. Auch hier verfestigt sich der Eindruck, dass jeder Staat den Teil der Geschichte betont, der am besten zur eigenen Wahrnehmungskommunikation passt. Unstimmigkeiten, die die eigenen Argumente und Aussagen abschwächen oder gar ins Gegenteil umkehren könnten, werden von allen Staaten in ihren Äußerungen schlichtweg ignoriert. Die Bundesrepublik wiederum hält sich mit historischen Aussagen in jedweder Richtung zurück, was den Eindruck verfestigt, dass sie die ohnehin angespannten Beziehungen zu Iran nicht weiter strapazieren möchte.

6.7 Selbstreflexion

Wie bereits erwähnt bedingen meine konstruktivistischen Vorannahmen auch eine ausführliche (Selbst-)Reflexion, die ich mit einer neuen Erkenntnis beginnen möchte: Ich war mir von Anfang an bewusst, dass der Nuklearkonflikt auch auf politischer Ebene sehr, sehr komplex ist. Ich war mir nicht bewusst, dass er *so* komplex ist. Je mehr Texte ich zum Thema gelesen und analysiert habe, desto klarer ist mir geworden, dass es in diesem Konflikt keine eindeutigen Antworten gibt. Dass ich auch nach Monaten der Auseinandersetzung mit dem Forschungsgegenstand nicht sagen kann, was tatsächlich in den „Köpfen“ der verschiedenen Regierungen vorgeht. Dass am Ende oft nicht mehr bleibt als eine Mutmaßung. Eine Mutmaßung mit intersubjektiv nachvollziehbaren Begründungen, die sich in der Zukunft vielleicht als richtig herausstellen wird, aber eine Mutmaßung.

Direkt aus dieser ersten Erkenntnis folgt die zweite, nämlich dass sich das Wahrnehmungskonzept nur bedingt bzw. ergänzend zur Analyse von Weltpolitik eignet. Das hat nach meinem jetzigen Erfahrungsstand einen einfachen Grund: Der bereits zu Beginn

dieser Arbeit hervorgehobene Umstand, dass es sich bei den analysierten Wahrnehmungen immer um kommunizierte Wahrnehmungen handelt, sorgt bei der Analyse häufig für Probleme. Ständig steht die Frage im Raum, ob die jeweilige kommunizierte Wahrnehmung nicht ausschließlich Mittel zum Zweck ist und Wahrnehmungsdifferenzen nur aufgrund unterschiedlicher Interessen bestehen. Während ich die Gestaltung der Handlungsspielräume zu Beginn meiner Forschung lediglich als eine weitere Komponente, die im Zusammenhang mit Wahrnehmungskommunikation eine Rolle spielt, betrachtet habe, hat sich bei mir im Laufe der Forschung somit der Eindruck verfestigt, dass eben diese Handlungsspielräume das zentrale Element der kommunizierten Wahrnehmungen in der internationalen Politik darstellen. Das heißt nicht, dass Staaten nie ihre tatsächliche Sicht der Dinge nach außen tragen. Aber es bedeutet, dass sie nicht automatisch ihre Wahrnehmung wiedergeben, sondern eben die Wahrnehmung, mit der sie ein bestimmtes Ziel erreichen können oder wollen. Mittlerweile bin ich überzeugt, dass beispielsweise zwei Akteure, obwohl sie einen dritten Akteur gleich wahrnehmen, trotzdem verschiedene Wahrnehmung kommunizieren können, um damit wiederum ähnliche Handlungsspielräume zu gestalten. Die Berücksichtigung eben dieser gestalteten Handlungsspielräume hat sich deshalb als äußerst hilfreich erwiesen, da ich die kommunizierten Wahrnehmungen so immer auch im Hinblick auf ihre Folgen hinterfragen konnte. Mit Bezug auf die zu Beginn dieser Arbeit kritisierte mediale Verbreitung der Aussagen von PolitikerInnen im Atomkonflikt zeigt sich hier, dass diese Inhalte mit Vorsicht zu genießen sind und Medien ihre Energie verstärkt darauf verwenden sollten, nicht nur brisante Zitate zu verbreiten, sondern auch deren Hintergründe zu analysieren.

Das alles ändert allerdings nichts an meiner Ausgangsthese, dass Wahrnehmungen trotz gleicher Faktenlage vollkommen unterschiedlich ausfallen können. Es legt aber nahe, dass sich dieses Konzept – zumindest in der internationalen Politik – nur schwer auf aktuelle Fälle anwenden lässt. Weil es gar nicht im Interesse der Akteure liegt, immer ihre tatsächliche Wahrnehmung zu kommunizieren. Eine Anwendung des Konzepts auf historische Fälle, bei denen in großem Maß ehemals interne Papiere zur Analyse vorliegen, könnte folglich deutlich ertragreicher ausfallen. Hier bestünde zudem die Möglichkeit, die intern besprochenen Wahrnehmungen mit den nach außen kommunizierten Wahrnehmungen zu vergleichen und Differenzen aufzuschlüsseln. Für den Atomkonflikt bedeutet das, dass eine Erforschung der tatsächlichen Wahrnehmungen der verschiedenen Staaten erst in Zukunft erfolgen kann – nämlich dann, wenn genügend Material für eine solche Analyse vorliegt. Ob und wann es dazu kommt, lässt sich aus heutiger Sicht nicht

abschätzen. Bereits jetzt ist allerdings ein Vergleich der aktuellen Vorgänge im Atomstreit mit ähnlichen, historischen Konflikten möglich – Bock bezieht sich in seiner Forschung beispielsweise auf die Kuba-Krise (vgl. Bock 2012 b). Vor diesem Hintergrund ist eine Erforschung historischer Konflikte auch für die heutige internationale Politik relevant – sie kann dabei helfen, aktuelle Entwicklungen nachzuvollziehen, obwohl zentrale Informationen zu diesen Entwicklungen noch nicht oder nur eingeschränkt zugänglich sind. Weiterhin wäre es sinnvoll, die Ergebnisse der vorliegenden Arbeit nach einem gewissen Zeitraum erneut zu prüfen – beispielsweise nach dem Ablauf des Abkommens, das höchstwahrscheinlich in Kürze geschlossen wird.

Im Hinblick auf mein methodisches Vorgehen lässt sich wiederum feststellen, dass dieses weder die VertreterInnen der Qualitativen Inhaltsanalyse noch die der Grounded Theory vollkommen zufrieden stellen dürfte: Den einen dürfte es zu offen, den anderen zu vorstrukturiert sein. Ich selbst muss sagen, dass diese Mischung aus Vorstrukturierung und Offenheit gut funktioniert hat, da sie Paraphrasen und Interpretationen gleichermaßen berücksichtigt. Die von Mayring entworfene Analysetabelle, die ich für meine Forschung genutzt habe, ist dabei ausgesprochen hilfreich und sorgt für einen übersichtlichen, strukturierten Ablauf der Analyse. Die im Gegensatz zur reinen Grounded Theory eingeschränktere Offenheit hat jedoch – neben dem umfassenden Forschungsstand – höchstwahrscheinlich dazu beigetragen, dass die Analyse zu wenigen neuen Erkenntnissen geführt und stattdessen vor allem bestehende Erkenntnisse untermauert oder näher erläutert hat. Unter Berücksichtigung des engen Zeitrahmens einer Bachelorarbeit ist eine derartige Vorstrukturierung aus meiner Sicht jedoch trotzdem sinnvoll. Sie ermöglicht eine Konzentration auf das Wesentliche, so dass man trotz der kurzen Forschungsdauer fundierte Analysen durchführen kann. Besagter enger Zeitrahmen und der Umstand, dass ganze fünf Staaten Teil der vorliegenden Forschungsarbeit sind, haben nichtsdestotrotz dazu geführt, dass die Analyse stellenweise sehr knapp ausgefallen ist. Für eine ausführlichere Forschung hätte ich mich allerdings auf weniger Staaten beschränken müssen, wodurch die Ergebnisse insgesamt wieder einseitiger geworden wären.

Positiv sehe ich dementsprechend, dass ich bei der Erforschung der Perspektiven der fünf Staaten das große Ausmaß der verschiedenen Wahrnehmungskommunikationen und Interessen aufzeigen konnte. Dass der israelische Ministerpräsident ebenso heftige und einseitige Formulierungen wie der iranische Religionsführer nutzt, zeigt dabei aus meiner Sicht die Qualität des Dramas, das beide Staaten auf den Bühnen der Weltpolitik

inszenieren. Die Dreistigkeit in der Rhetorik dieser beiden Männer, mit der ganz bewusst aus Vermutungen und – teilweise haltlosen – Beschuldigungen Fakten gemacht werden, um die eigenen Interessen voranzutreiben, zeigt, wie verfahren die Lage im Mittleren Osten heute ist. Denn auch wenn es sich bei all diesen Aussagen *nur* um kommunizierte Wahrnehmungen handelt: Die Folgen dieser Wahrnehmungskommunikation sind oft vollkommen real. Sie verzögern oder verhindern gar die Entspannung in einer Region, die seit Jahrzehnten von Anspannung, Misstrauen und Gewalt geprägt ist.

7. Abschließende Gegenüberstellung der Ergebnisse

Zu Beginn dieser Arbeit habe ich erklärt, dass sich die USA, Deutschland und Russland im Atomkonflikt offensichtlich zwischen zwei Polen – Israel und Iran – befinden. Beim Vergleich der Analysen zeigt sich nun, dass sich Iran und Israel zumindest in der Wahrnehmungskommunikation direkt gegenüberstehen. Am deutlichsten sieht man das bei der Gegenüberstellung der Aussagen der beiden Hauptsprecher dieser Länder – Ali Khamenei und Benjamin Netanjahu.

Beide Männer kommunizieren ein Gut-Böse-Schema und beide greifen hierfür auf viele religiöse Metaphern zurück. Ein Vorgehen, mit dem sie wiederum dieselben Handlungsspielräume gestalten: Sie lenken von (innen)politischen Problemen ihrer Länder ab, geben anderen (Netanjahu vor allem Iran, Khamenei den USA) die Schuld an diesen oder anderen Problemen und präsentieren sich selbst als starke Führungspersonen, die keine Scheu davor haben, die Wahrheit auszusprechen und alles zu tun, um ihr Land und ihre Bevölkerung zu schützen. Im Gegensatz zu Khamenei, der trotz seiner radikalen Reden die moderate Außenpolitik der iranischen Regierung unterstützt, hat der israelische Ministerpräsident allerdings bis heute keinerlei Zugeständnisse gemacht, die nahelegen, dass er eine Einigung mit Iran anstrebt. Sein jüngster Wahlsieg hat dabei einmal mehr die Abhängigkeit des Likud von Konflikten wie dem zwischen Israel und Iran gezeigt.

Die USA, Deutschland und Russland haben hingegen alle einen Weg des Kompromisses eingeschlagen, wobei sie sich über ihre Wahrnehmungskommunikation zwischen Israel und Iran positionieren. Was diese drei Staaten eint, ist das klare Hinarbeiten auf eine diplomatische, friedliche Lösung des Konflikts. Alle drei Regierungen haben dabei längst erkannt, dass eine solche Lösung nur möglich ist, wenn auch sie Zugeständnisse an Teheran machen. Folgt man der iranischen Wahrnehmungskommunikation, ist in diesem Zusammenhang eine respektvolle Behandlung Irans auf Augenhöhe unumgänglich.

Im Rahmen der Verhandlungen gibt sich Russland im Gegensatz zur Bundesrepublik und den Vereinigten Staaten als treuer Partner Irans, während Deutschland und die USA einen Mittelweg anstreben und dabei nie vergessen, auch die Bedenken Israels anzusprechen. Der einzige Unterschied hier ist, dass die Bundesregierung eine etwas positivere Sicht auf die Verhandlungen und Iran artikuliert, als die USA es tun.

In Bezug auf das Atomprogramm lässt sich wiederum sagen, dass sowohl Deutschland als auch die USA implizieren, dass es sich um ein Atomwaffenprogramm handeln könnte – während Israel diese Vermutung teilweise als Fakt behandelt: Netanjahu spricht von

einem Nuklearwaffenprogramm, als gäbe es an dessen Existenz keinerlei Zweifel. Russland wiederum behauptet das Gegenteil und stuft das Nuklearprogramm Irans als zivil ein – so wie es die iranische Regierung selbst tut.

Auf den ersten Blick ist diese Beobachtung äußerst irritierend. Schließlich kann man bei den EU-3+3 und Israel davon ausgehen, dass sie über dasselbe oder zumindest über sehr ähnliches Wissen zum Nuklearprogramm Irans verfügen. Im Hinblick auf die durch die jeweilige Wahrnehmungskommunikation gestalteten Handlungsspielräume zeigt sich jedoch, dass diese drei Perspektiven Teil verschiedener politischer Vorgehensweisen sind.

So lassen sich die leicht unterschiedlichen Wahrnehmungen der USA und Deutschlands dadurch erklären, dass die US-Regierung nicht nur mit dem Widerstand Israels, sondern auch mit dem starken innenpolitischen Gegenwind umgehen muss. Ansonsten verfolgen die Regierungen von Merkel und Obama jedoch beide eine Politik der „Nicht-Ausgrenzung“. Moskau wiederum versucht dem Westen bei dieser Politik durch eine euphorische Annäherung an Teheran zuvorzukommen. Es zeigt sich hier, dass Russland und die USA durch ihre unterschiedlichen Wahrnehmungskommunikationen ähnliche Interessen verfolgen: Beide möchten eine Stabilisierung des Mittleren Ostens vorantreiben und ihren eigenen Einfluss in der Region – zu Ungunsten des jeweils anderen – vergrößern.

Obwohl somit oft egoistische Interessen der Staaten im Vordergrund stehen, zeichnet sich bereits im Forschungsstand dieser Arbeit ein Wandel ab, den die Analyse bestätigt: Alle untersuchten Mitglieder der EU-3+3 und Iran arbeiten mittlerweile auf eine diplomatische Einigung hin. Eine Einigung, die mit dem Eckpunkteplan vom 2. April 2015 in greifbare Nähe gerückt ist. Am Ende dieses langjährigen und schwierigen Prozesses steht die Einbindung Irans in die internationale Gemeinschaft. Theoretisch ist es möglich, dass Teheran diesen Weg – wie von Netanjahu behauptet – langfristig ausschlägt und sich nuklear rüstet. Ein Schritt, der nicht nur die iranische Wirtschaft, sondern auch die Glaubwürdigkeit der iranischen Führung schwer schädigen würde. Zum jetzigen Zeitpunkt lässt sich diese Entwicklung nicht mit Sicherheit ausschließen. Viel weniger aber lässt sie sich bestätigen. Denn der Verlauf der Verhandlungen zwischen den EU-3+3 und Iran zeigt klar, dass eine Annäherung zwischen den teils verfeindeten Staaten möglich ist. Sie braucht jedoch vor allem eines: Viel, viel Zeit.

8. Literaturverzeichnis

8.1 Monographien & Sammelbände

Alaolmolki, Nozar (1991): Struggle for Dominance in the Persian Gulf. Past, Presence and Future Prospects. New York: Peter Lang.

Ansari, Hormoz (1967): Deutsch-iranische Beziehungen nach dem Zweiten Weltkrieg. München: LMU (Unv. Diss.).

Berger, Peter L. / Luckmann, Thomas (2013): Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie. Frankfurt am Main: Fischer.

Boulding, Kenneth E. (2009): National Images and International Systems. In: Jacobson, Harold Karan / Zimmerman, William (Hg.): The Shaping Of Foreign Policy. New York: Atherton Press. S. 160-178.

Ehteshami, Anoushiravan (2002): The Foreign Policy of Iran. In: Hunnebusch, Raymond / Ehteshami, Anoushiravan (Hg.): The Foreign Policies of Middle East States. Boulder: Lynne Rienner Publishers. S. 283-309.

Fiedler, Klaus (2004): Soziale Kognition und internationale Beziehungen. In: Sommer, Gert / Fuchs, Albert (Hg.): Krieg und Frieden. Handbuch der Konflikt- und Friedenspsychologie. Weinheim, Basel, Berlin: Beltz. S. 103-115.

Foerster, Heinz von / Bröcker, Monika (2007): Teil der Welt. Fraktale einer Ethik – oder Heinz von Foersters Tanz mit der Welt. Heidelberg: Carl-Auer.

Foerster, Heinz von (2014): Entdecken oder Erfinden. Wie läßt sich Verstehen verstehen? In: Gumin, Heinz / Meier, Heinrich (Hg.) (2014): Einführung in den Konstruktivismus. München: Piper S. 41-88.

Früh, Werner (2011): Inhaltsanalyse. Theorie und Praxis. Konstanz, München: UVK.

Glasersfeld, Ernst von (2014): Konstruktion der Wirklichkeit und des Begriffs der Objektivität. In: Gumin, Heinz / Meier, Heinrich (2014): Einführung in den Konstruktivismus. München: Piper. S. 9-40.

Hellmann, Gunther (2006): Deutsche Außenpolitik. Eine Einführung. Wiesbaden: VS Verlag.

Hobohm, Jens (2009): Energie. In: Steinberg, Guido (Hg.): Deutsche Nah-, Mittelost- und Nordafrikapolitik. Interessen, Strategien, Handlungsoptionen. Berlin: SWP. S. 66-73.

Hunter, Shireen T. (1990): Iran and the World. Continuity in a Revolutionary Decade. Bloomington & Indianapolis: Indiana University Press.

Hunter, Shireen T. (2010): Iran's Foreign Policy in the Post-Soviet Era. Resisting the New International Order. Santa Barbara: Praeger.

Jervis, Robert (1976): Perception and Misperception in International Politics. Princeton: Princeton University Press.

Jervis, Robert (1985): Perceiving and Coping Threat. In: Jervis, Robert / Lebow, Richard Ned / Stein, Janice Gross (Hg.): Psychology and Deterrence. Baltimore: Johns Hopkins University Press. S. 13-33.

Kaye, Dalia Dassa / Nader, Alireza / Roshan, Parisa (2011): Israel and Iran. A Dangerous Rivalry. RAND Corporation: Santa Monica.

Kegley, Charles W. (2009): World Politics. Trend and Transformation. Florence: Wadsworth Cengage Learning.

Kinzer, Stephen (2009): Im Dienste des Schah. CIA, MI6 und und die Wurzeln des Terrors im Nahen Osten. Weinheim: WILEY-VCH.

Lamnek, Siegfried (2010): Qualitative Sozialforschung. Weinheim, Basel: Beltz.

Limbert, John W. (2009): Neogtiating with Iran. Wrestling the Ghosts of History. Washington: United States Insitute of Peace.

Mayer, Peter (2003): Die Epistemologie der Internationalen Beziehungen: Anmerkungen zum Stand der „Dritten Debatte“. In: Hellmann, Gunther / Wolf, Klaus Dieter / Zürn, Michael (Hg.): Die neuen Internationalen Beziehungen. Forschungsstand und Perspektiven in Deutschland. Baden-Baden: Nomos. S. 47-98.

Mayring, Philipp (2010): Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. Weinheim, Basel: Beltz.

Reissner, Johannes (2009): Iran. In: Steinberg, Guido (Hg.): Deutsche Nah-, Mittelost- und Nordafrikapolitik. Interessen, Strategien, Handlungsoptionen. Berlin: SWP. S. 51-58.

Rittberger, Volker / Kruck, Andreas / Romund, Anne (2012): Grundzüge der Weltpolitik. Theorie und Empirie des Weltregierens. Wiesbaden: VS Verlag.

Steinbach, Udo (1981): Die Beziehungen Irans zu den Großmächten. In: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.): Der iranisch-irakische Konflikt. Ein Krieg ohne Gewinner. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung. S. 21-34.

Strübing, Jörg (2008): Grounded Theory. Zur sozialtheoretischen und epistemologischen Fundierung des Verfahrens der empirisch begründeten Theoriebildung. Wiesbaden: VS Verlag.

Ulbert, Cornelia (2005): Konstruktivistische Analysen der internationalen Politik. Theoretische Ansätze und methodische Herangehensweisen. In: Ulbert, Cornelia / Weller Christoph (Hg.): Konstruktivistische Analysen der internationalen Politik. Wiesbaden: VS Verlag. S. 9-34.

Weller, Christoph (2005): Perspektiven eines reflexiven Konstruktivismus für die Internationalen Beziehungen. In: Ulbert, Cornelia / Weller Christoph (Hg.): Konstruktivistische Analysen der internationalen Politik. Wiesbaden: VS Verlag. S. 35-64.

Wiener, Antje (2003): Die Wende zum Dialog: Konstruktivistische Brückenstationen und ihre Zukunft. In: Hellmann, Gunther / Wolf, Klaus Dieter / Zürn, Michael (Hg.): Die neuen Internationalen Beziehungen. Forschungsstand und Perspektiven in Deutschland. Baden-Baden: Nomos. S. 133-159.

8.2 Zeitschriftenartikel, Studien & Paper

Adomeit, Hannes (2007): Russlands Iran-Politik unter Putin. Politische und wirtschaftliche Interessen und der Atomstreit. In: SWP-Studie, 2007/8. S. 1-44.

Amirpur, Katajun (2008): Juden im Iran: Heimat in der Diaspora? In: israel & palästina – Zeitschrift für Dialog. 2008/4. S. 8-11.

Bock, Andreas (2012 a): Rationalität des Irrationalen. In: ADLAS. Magazin für Außen- und Sicherheitspolitik. 2012/3. S. 83-87.

Bock, Andreas (2012 b): (Un-)Sicherheitsfaktor Atombombe. Eine Analyse der Krise um das iranische Nuklearprogramm. In: Friedrich-Ebert-Stiftung, Internationale Politik-analyse. 2012.

Brzoska, Michael / Neuneck, Götz / Meier, Oliver (2006): Die Diplomatie ist noch nicht am Ende: Gegen den Alarmismus im Atomstreit mit dem Iran. In: Hamburger Informationen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik. 2006/1.

Castano, Emanuele / Sacchi, Simona / Gries, Peter Hays (2003): The Perception of the Other in International Relations: Evidence of the Polarizing Effect of Entiativity. In: Political Psychology. 2003/3. S. 449-468.

Finger, Anne / Hiermann, Roland (2006): Das iranische Atomprogramm und der Westen. Bilanz und Ausblick der nuklearen Nichtverbreitung in europäischen Fachaufsätzen. In: SWP-Zeitschriftenschau. 2006/6.

Freedman, Robert O. (1997): Russia and Iran. A Tactical Alliance. In: Jerusalem Letter. 1997/372. S. 1-7.

Freedman, Robert O (2001): Russian Policy toward the Middle East: The Yeltsin Legacy and the Putin Challenge. In: Middle East Journal. 2001/1. S. 58-90.

Gassel, Steffen (2008): Natürliche Feinde? Iran und Israel zwischen radikaler Rhetorik und regionalen Interessen. In: israel & palästina – Zeitschrift für Dialog. 2008/4. S. 8-11.

Hiro, Dilip (1995): Iran, America and Other Major Powers. In: Economic and Political Weekly. 1995/27. S. 1662.

Hunter, Shireen T. (1989): Post-Khomeini Iran. In: Foreign Affairs, 1989/5. S. 133-149.

Kamrava, Mehran (2008): The United States and Iran: A Dangerous but Contained Rivalry. In: The Middle East Institute Policy Brief. 2008/9.

Katz, Mark N. (2008): Russian-Iranian Relations in the Ahmadinejad Era. In: Middle East Journal. 2008/2. S. 202-216.

Katz, Mark N. (2012): Russia and Iran. In: Middle East Policy. 2012/3. S. 54-64.

Khasan, Hilal (1998): Russia's Middle Eastern Policy. In: The Indian Journal of Political Science. 1998/1. S. 84-105.

Kroenig, Matthew (2012): Time to Attack Iran. Why a Strike Is the Least Bad Option. In: Foreign Affairs. 2012/1. S. 76-86.

Liebert, Wolfgang / Kalinowski, Martin B. (2008): Das iranische Exempel und die Zukunft nuklearer Nichtverbreitung. In: israel & palästina – Zeitschrift für Dialog. 2008/4. S. 31-37.

Maull, Hanns W. (2006): Nationale Interessen! Aber was sind sie? In: Internationale Politik 2006/10.

Meier, Oliver (2014): In der Krise liegt die Chance. Der Atomkonflikt mit Iran und seine Auswirkungen auf das nukleare Nichtverbreitungsregime. In: SWP-Studie, 2014/17.

Milani, Mohsen M. (2009): Tehran's Take: Understanding Iran's U.S. Policy. In: Foreign Affairs, 2009/4. S. 46-62.

Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela (2012): Deutschland – Europas einzige Führungsmacht? In: ApuZ 2012/10. S. 16-22.

Nirumand, Bahman (2008): Die Rolle Irans im Gaza-Krieg. In: israel & palästina – Zeitschrift für Dialog. 2008/4. S. 22-26.

Nixey, James (2010): Russian Policy on Iran: Balancing is Best. In: The World Today. 2010/5. S. 7-9.

Perthes, Volker (2009): Iran als außenpolitischer Akteur. In: ApuZ 2009/49. S. 3-9.

Posch, Walter (2011): Ahmadineschad und die Prinzipalisten. Irans politische Reche und die Perspektiven für einen neuen Elitenkompromiss. In: SWP-Studie, 2011/35.

Posch, Walter (2013): Dritte Welt, globaler Islam und Pragmatismus. Wie die Außenpolitik Irans gemacht wird. In: SWP-Studie, 2013/4.

Reissner, Johannes (2008): Irans Selbstverständnis als Regionalmacht. Machtstreben im Namen antikolonialer Modernität. In: SWP-Studie, 2008/29.

Rudolf, Peter / Lohmann, Sascha (2010): Amerikanische Iran-Politik unter Barack Obama. In: SWP-Studie, 2010/21.

Rudolf, Peter (2012): Die USA, Israel und die Legitimität eines Präventivangriffs gegen Iran. Strategische, völkerrechtliche und ethische Aspekte. In: SWP-Studie, 2012/14.

Trenin, Dmitri (2006): Russia Leaves the West. In: Foreign Affairs. 2006/4. S. 87-96.

Vatanka, Alex (2008): 'Ali Khamene'i: Iran's Most Powerful Man. In: The Middle East Institute Policy Brief. 2008/10.

Wendt, Alexander (1992): Anarchy is what States make of it: The Social Construction of Power Politics. In: International Organization. 1992/2. S. 391-425.

Wendt, Alexander (1995): Constructing International Politics. In: International Security. 1995/1. S. 71-81.

Wendt, Alexander (2004): The State as Person in International Theory. In: Review of International Studies, 2004/2. S. 289-316.

Wolf, Reinhard (2008): Respekt. Ein unterschätzter Faktor in den Internationalen Beziehungen. In: Zeitschrift für Internationale Beziehungen. 2008/01. S. 5-42.

8.3 Internetquellen

8.3.1 Regierungen / Regierungsinstitutionen

Auswärtiges Amt (Hg.) (2014 a): Text des Vertrages über die Nichtverbreitung von Kernwaffen – NVV – (deutsche Übersetzung). URL: http://www.auswaertiges-amt.de/cae/servlet/contentblob/349442/publicationFile/4149/NVV.pdf (zuletzt aufgerufen am 29.04.2015).

Auswärtiges Amt (Hg.) (2014 b): Iran. Beziehungen zu Deutschland. URL: www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Iran/Bilateral_node.html (zuletzt aufgerufen am 29.04.2015).

Auswärtiges Amt (Hg.) (2015): Außenminister Steinmeier zur Einigung mit Iran: "Großer und entscheidender Schritt nach vorne". URL: http://www.auswaertiges-amt.-de/DE/Aussenpolitik/RegionaleSchwerpunkte/NaherMittlererOsten/Iran/150402_Einigung_Iran-Verhandlungen_Lausanne.html (zuletzt aufgerufen am 16.04.2015).

Netanjahu, Benjamin (2012): Rede von Netanyahu vor der UN-Vollversammlung. URL: http://embassies.gov.il/berlin/NewsAndEvents/Pages/Rede-von-Ministerpraesident-Netanyahu-vor-der-UN-Vollversammlung.aspx (zuletzt aufgerufen am 29.04.2015).

National Counterproliferation Center (Hg.) (2007): National Intelligence Estimate. Iran: Nuclear Intentions and Capabilities. URL: http://www.counterwmd.gov/files/20071203_release.pdf (zuletzt aufgerufen am 29.04.2015).

U.S. Energy Information Administration (Hg.) (2014): Petroleum & Other Liquids. U.S. Imports of Crude Oil. URL: http://www.eia.gov/dnav/pet/hist/LeafHandler.ashx?n=PET&s=MCRIMUS1&f=M (zuletzt aufgerufen am 02.02.2015).

8.3.2 Medienberichte

Booth, William (2015): Netanyahu's planned speech to Congress now dominates Israeli elections. URL: http://www.washingtonpost.com/world/netanyahus-speech-to-congress-now-dominates-israeli-elections/2015/02/11/89f18bb6-b092-11e4-bf39-5560f3918d4b_story.html (zuletzt aufgerufen am 31.03.2015).

Borgstede, Michael / Schmitt, Uwe (2013): „Die Welt ist sehr viel gefährlicher geworden“. URL: http://www.welt.de/politik/ausland/article122214913/Die-Welt-ist-sehr-viel-gefaehrlicher-geworden.html (zuletzt aufgerufen am 29.04.2015).

Brulliard, Karin (2012): Leaders misleading public on Iran, former Israeli security chief says. URL: http://www.washingtonpost.com/world/former-israeli-security-chief-says-leaders-misleading-public-on-iran/2012/04/28/gIQAXVIknT_story.html (zuletzt aufgerufen am 29.04.2015).

CBS News (Hg.) (2012): The Spymaster: Meir Dagan on Iran's threat. URL: http://www.cbsnews.com/news/the-spymaster-meir-dagan-on-irans-threat-12-09-2012 (zuletzt aufgerufen am 29.04.2015).

Fischer, Sebastian (2014): Nuklearverhandlungen mit Iran: Republikaner torpedieren Obamas Kurs. URL: http://www.spiegel.de/politik/ausland/atomverhandlungen-mit-iran-us-republikaner-gegen-us-praesident-obama-a-1004805.html (zuletzt aufgerufen am 29.04.2015).

Löwenstein, Stephan (2014): Der Marathon geht in die Verlängerung. URL: http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/naher-osten/wo-die-atomverhandlungen-mit-iran-stehen-13055741.html (zuletzt aufgerufen am 29.04.2015).

Mazzetti, Mark / Risen, James (2012): U.S. Agencies See No Move by Iran to Build a Bomb. URL: http://www.nytimes.com/2012/02/25/world/middleeast/us-agencies-see-no-move-by-iran-to-build-a-bomb.html (zuletzt aufgerufen am 29.04.2015).

Mehr News Ageny (Hg.) (2013): The full text of Iran, P5+1 nuclear deal document. URL: http://en.mehrnews.com/detail/News/100732 (zuletzt aufgerufen am 29.04.2015).

Ravid, Barak (2012): Israel's former Shin Bet chief: I have no confidence in Netanyahu, Barak. URL: http://www.haaretz.com/news/diplomacy-defense/israel-s-former-shin-bet-chief-i-have-no-confidence-in-netanyahu-barak-1.426908 (zuletzt aufgerufen am 29.04.2015).

Süddeutsche Zeitung (Hg.) (2013): Durchbruch bei Atomverhandlungen mit Iran. URL: http://www.sueddeutsche.de/politik/gespraeche-in-genf-durchbruch-bei-atomverhandlungen-mit-iran-1.1825980 (zuletzt aufgerufen am 29.04.2015).

The Times of Israel (Hg.) (2015): Likud uses Netanyahu speech to Congress in campaign ad. URL: http://www.timesofisrael.com/campaign-ad-shows-netanyahu-speech-before-congress (zuletzt aufgerufen am 31.03.2015).

8.3.3 Wissenschaftliche Online-Beiträge

Ben-Mair, Alon (2009): Nuclear Iran is not an Option. A New Negotiating Strategy. URL: http://www.unc.edu/depts/diplomat/item/2009/0103/comm/benmeir_iran.html (zuletzt aufgerufen am 29.04.2015).

Byrne, Malcolm (2013): CIA Confirms Role in 1953 Iran Coup. URL: http://www2.gwu.edu/~nsarchiv/NSAEBB/NSAEBB435 (zuletzt aufgerufen am 29.04.2015).

National Security Archive (Hg.) (2013): Campaign to Install Pro-Western Government in Iran. URL: http://www2.gwu.edu/~nsarchiv/NSAEBB/NSAEBB435/docs/Doc%202%20-%201954-00-00%20Summary%20of%20Wilber%20history.pdf (zuletzt aufgerufen am 29.04.2015).

Schelling, Thomas C. (2009): A world without nuclear weapons? URL: https://www.amacad.org/content/publications/pubContent.aspx?d=945 (zuletzt aufgerufen am 01.04.2015).

Waltz, Kennetz N. (2012): Why Iran Should Get The Bomb. Nuclear Balancing Would Mean Stability. URL: http://www.foreignaffairs.com/articles/137731/kenneth-n-waltz/why-iran-should-get-the-bomb (zuletzt aufgerufen am 29.04.2015).

Wilson, Ward (2013): 5 Myths About Nuclear Weapons. URL: http://www.publishersweekly.com/pw/by-topic/industry-news/tip-sheet/article/55552-5-myths-about-nuclear-weapons.html (zuletzt aufgerufen am 01.04.2015).

World Economic Forum (Hg.) (2008): Islam and the West: Annual Report on the State of Dialogue. URL: http://www.weforum.org/pdf/C100/Islam_West.pdf (zuletzt aufgerufen am 27.01.2015).

8.4 Analysierte Texte

Iran

Leader.ir (Hg.) (2014): Supreme Leader's Speech in Meeting with Government Officials. URL: http://www.leader.ir/langs/en/index.php?p=contentShow&id=12087 (zuletzt aufgerufen am 10.02.2015).

United Nations (Hg.) (2014): Statement by H.E Dr. Hassan Rouhani, The President of the Islamic Republic of Iran. Before the 69th Session of the UN General Assembly. URL: http://www.un.org/en/ga/69/meetings/gadebate/pdf/IR_en.pdf (zuletzt aufgerufen am 15.02.2015).

The Washington Post (Hg.) (2015 a): Transcript: Iran foreign minister's remarks at Munich Security Conference. URL: http://www.washingtonpost.com/world/middle_east/transcript-iran-foreign-ministers-remarks-at-munich-security-meeting/2015/02/08/1319df96-afc7-11e4-827f-93f454140e2b_story.html (zuletzt aufgerufen am 11.02.2015).

USA

IIP Digital (Hg.) (2014 a): Round Table on Iran in Jerusalem by State's Sherman. URL: http://translations.state.gov/st/english/texttrans/2014/02/20140223293840.html (zuletzt aufgerufen am 11.02.2015).

IIP Digital (Hg.) (2014 b): Kerry's Press Conference in Vienna on Iran's Nuclear Talks. URL: http://translations.state.gov/st/english/texttrans/2014/11/20141124311423.html (zuletzt aufgerufen am 11.02.2015).

The White House, Office of the Press Secretary (Hg.) (2013): Statement By The President On First Step Agreement On Iran's Nuclear Program. URL: http://www.whitehouse.gov/the-press-office/2013/11/23/statement-president-first-step-agreement-irans-nuclear-program (zuletzt aufgerufen am 11.02.2015).

Russland

Kremlin.ru (Hg.) (2014): Meeting with President of the Islamic Republic of Iran Hassan Rouhani. URL: http://eng.kremlin.ru/news/7210 (zuletzt aufgerufen am 03.03.2015).

The Ministry of Foreign Affairs of the Russian Federation (Hg.) (2013): Statement by the Russian Ministry of Foreign Affairs on the results of the negotiations between the foreign ministers of the P5+1 international mediators and the Iranian delegation on the situation around Iran's Nuclear Programme Geneva, 24 November 2013. URL: http://www.mid.ru/BDOMP/Brp_4.nsf/arh/5D9C070E763F626F44257C2F006075E9?OpenDocument (zuletzt aufgerufen am 11.02.2015).

The Ministry of Foreign Affairs of the Russiand Federation (Hg.) (2014): Speech by the Russian Foreign Minister Sergey Lavrov and his answers to questions from the mass media during the press conference summarising the results of the negotiations with the Minister of Foreign Affairs of Iran, Mohammad Javad Zarif, Moscow, 16 January 2014. URL: http://www.mid.ru/BDOMP/Brp_4.nsf/arh/BC51B-F65C915F3E444257C630058AC6D?OpenDocument (zuletzt aufgerufen am 11.02.2015).

Deutschland

Auswärtiges Amt (Hg.) (2014 c): Rede von Außenminister Westerwelle im Deutschen Bundestag am 28. November 2013 zur Genfer Vereinbarung der E3+3 mit Iran. URL: http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Infoservice/Presse/Reden/2013/131129_BM_Iran.html (zuletzt aufgerufen am 12.02.2015).

Auswärtiges Amt (Hg.) (2014 d): Außenminister Steinmeier zur Verlängerung der Verhandlungen über das iranische Atomprogramm. URL: http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Infoservice/Presse/Meldungen/2014/140719_AM_Steinmeier_zu_Verl%C3%A4ngerung_Nuklearverhandlungen.html?nn=337666 (zuletzt aufgerufen am ..)

Die Bundesregierung (Hg.) (2014): Rede von Bundeskanzlerin Merkel bei der Verleihung des israelischen Staatsordens. URL: http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Rede/2014/02/2014-02-25-rede-merkel-presidential-award-israel.html (auferufen am 11.02.2015).

Tagesschau.de (Hg.) (2014): Interview mit Außenminister Frank-Walter Steinmeier. URL: http://download.media.tagesschau.de/video/2014/1123/TV-20141123-1848-3501.webxl.h264.mp4 (zuletzt aufgerufen am 03.03.2015).

Israel

Israel Ministry of Foreign Affairs (Hg.) (2013): PM Netanyahu addresses UN General Assembly. URL: http://mfa.gov.il/MFA/PressRoom/2013/Pages/PM-Netanyahu-addresses-UN-General-Assembly-1-Oct-2013.aspx (zuletzt aufgerufen am 11.02.2015).

Israel Ministry of Foreign Affairs (Hg.) (2015): The Iranian Threat: Overview. URL: http://mfa.gov.il/MFA/ForeignPolicy/Iran/Pages/Iranian_Threat.aspx (zuletzt aufgerufen am 11.02.2015).

The Washington Post (Hg.) (2015 b): The complete transcript of Netanyahu's address to Congress. URL: http://www.washingtonpost.com/blogs/post-politics/wp/2015/03/03/full-text-netanyahus-address-to-congress (zuletzt aufgerufen am 11.03.2015).